

Nr. **15**

9.- 15. April 1990

BRD 2, - DM
Österreich 10, - ÖS
Schweiz 1, 80 sfr
Berlin (West) 2, - DM

**MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK**

NEUE ZEIT

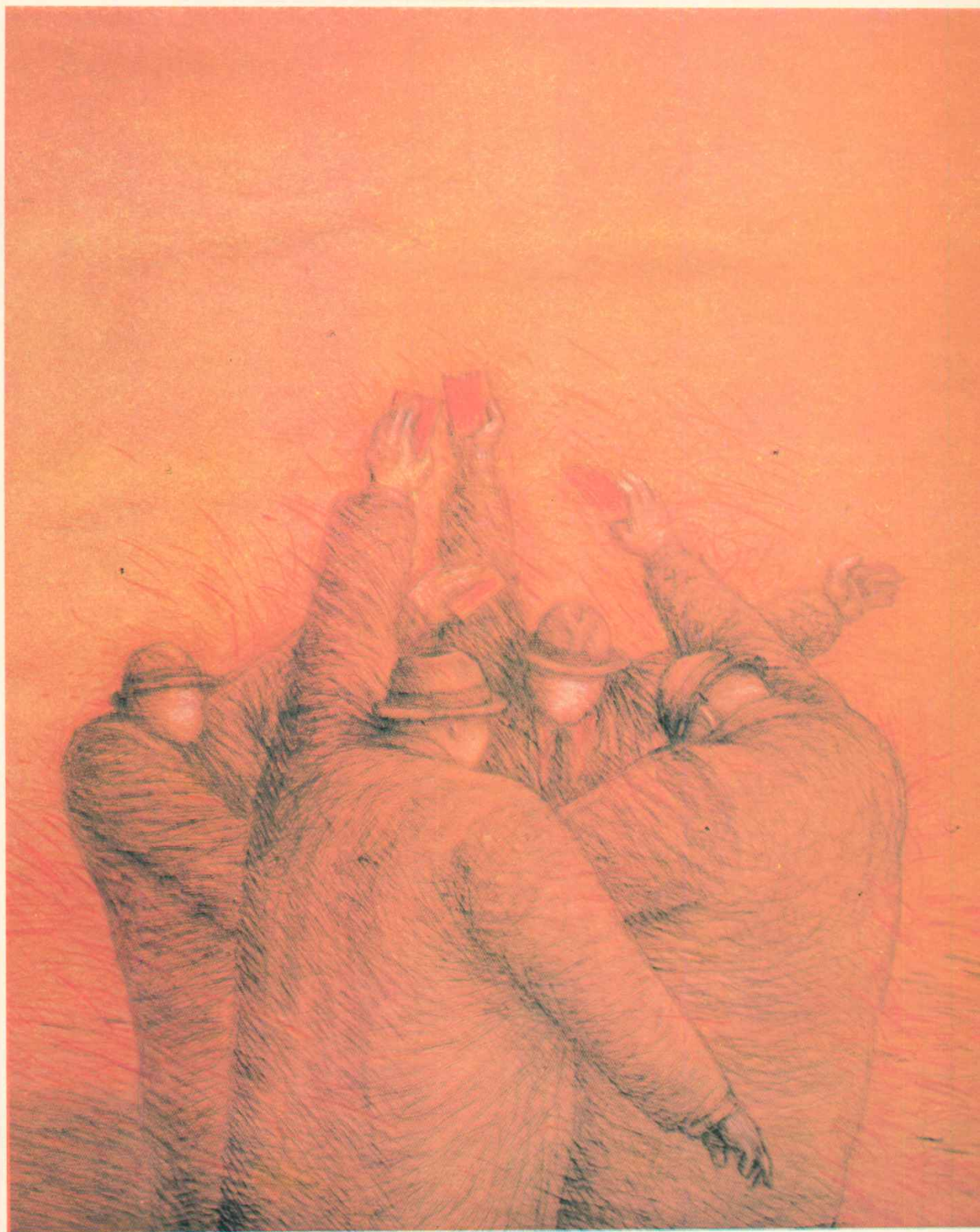
Der Sprung
des Taiwan-Tigers

GEHEIMDIENST OHNE GEHEIMNISSE



Einem Aussätzigen die Hand geben

Unser Korrespondent bei Leprakranken



Zeichnung: Garif Bassyrow (*Fragment*)

TIME

Eduard Schewardnadse
mit den Gästen der NZ
S.12

Der erste
CSR-Präsident T. Masaryk
über Humanismus
S.40



| | |
|---|----|
| LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44) | |
| UdSSR FÖDERATION: WIRD MAN SIE BEWAHREN KÖNNEN? | 5 |
| L. Michailow WEDER PANZER NOCH VERHANDLUNGEN | 9 |
| VON UNSEREM PARLAMENTSKORRESPONDENTEN N. Andrejew | |
| LANGE WAHLEN | 11 |
| UdSSR – USA Eduard Schewardnadse: | |
| DIE WICHTIGSTE AUFGABE DES PRÄSIDENTIALRATES: | |
| SCHUTZ DER DEMOKRATIE | 12 |
| VITA B. Balkarej „SEID MILDTÄTIG, MEINE FREUNDE...“ | 14 |
| UNGARN S. Swirin RECHTSWENDUNG | 15 |
| JUGOSLAWIEN G. Syssojew DIE KOSOVO-QUADRILLE, | |
| oder: Zwei Wahrheiten auf einer Straße | 16 |
| KUBA V. Sobolew BESONDERE PERIODE | 17 |
| DDR–BRD M. Besrukow, A. Kortunow | |
| DIE DEUTSCHE SPHINX | 18 |
| EXKLUSIV FÜR DIE NZ Douglas Hurd, | |
| Außenminister Großbritanniens „HISTORISCHER | |
| DURCHBRUCH MÖGLICH“ | 20 |
| FRANKREICH A. Koshemjakow | |
| KEINE ROSE OHNE DORNEN | 22 |
| SPANIEN S. Murawjow SPANISCHES INTERMEZZO | 24 |
| NAHER OSTEN D. Sgerski VERBOTENE SEITEN | 26 |
| ASIATISCH-PAZIFISCHE REGION A. Tschudodejew | |
| DIE VOM TAIFUN VERWEHTEN | 28 |
| BESONDERE VORKOMMNISSSE A. Guber ANT-GATE? | |
| Logisches Resultat eines Skandals: Das Geld bleibt in fremden Taschen | 30 |
| NZ-DISKUSSIONSCLUB J. Andrejew WEM DIENT DAS KGB? | 32 |
| MENSCHENRECHTE Sergej Kowaljows „WEISSBUCH“ | 34 |
| TAGEBUCH DES SOZIOLOGEN L. Ionin MELPOMENE, | |
| PLURALISMUS UND ANDERES | 36 |
| BARMHERZIGKEIT L. Mletschin EINEM AUSSÄTZIGEN DIE HAND GEBEN | 37 |
| HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT T. G. Masaryk | |
| HUMANISTISCHE IDEALE | 40 |
| JUNGE WELT S. Soloweitschik „VERDORBENE KINDER“? | 43 |
| KUNST L. Rasgon KONKRETES ÜBER ABSTRAKTES | 46 |
| FILM K. Raslogow DAS ERSTE FESTIVAL | 47 |

Titelbild: W. Ptschjolkin



Varianten
der Zukunft
S.18

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl. Tel: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-42-23

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Tschechisch und Griechisch ● Druck: „Moskowskaja Prawda“

Chefredakteur
Vitali IGNATENKO
Redaktionskollegium:
Leonid ABRAMOW,
Lew BESYMENSKI,
Alexej BUKALOW
(verantwortl. Sekretär),
Alexander DIDUSSENKO,
Vitali GANJUSCHKIN
(stellv.
Chefredakteur),
Sergej GOLJAKOW,
Wladimir
KULISTIKOW
(stellv. Chefredakteur),
Leonid MLETSCHIN,
Dmitri POGORSHELSKI,
Alexander PUMPJANSKI
(1. stellv.
Chefredakteur),
Galina SIDOROWA,
Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:
Igor SCHEJIN
Verantw. Redakteur
der deutschen Ausgabe:
Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:
Algier
Michail CHROBOSTOW;
Belgrad
Gennadi SYSSOJEW;
Berlin
Michail PODWIGIN;
Bonn
Nikita SHOLKWER;
Bukarest
Sergej SWIRIN;
Delhi
Sergej IRODOW;
Havanna
Vitali SOBOLJEW;
London
Sergej BABUSSENKO
Lusaka
Nikolai RESCHETNJAK;
Managua
Juri KUDIMOW;
New York
Jewgeni ANDRIANOW;
Prag
Kim KOSTENKO;
Rom
Pawel NEGOIZA;
Stockholm
Alexander POLJUCHOW;
Tokio
Wladimir
OWSJANNIKOW;
Wien
Anatoli KOWRIGIN
Auslandsredaktionen:
Prag, „Nova doba“
Vladimir TRAVNICEK;
Athen, „Nei Keri“
Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

„Alter: Lebensabend oder Zeit der Vergeltung“ (NZ 5/90)

■ Der Beitrag stammt von einem Volksdeputierten. Ich habe den Kongreß aufmerksam verfolgt und gehofft, es würden Beschlüsse gefaßt, die es meiner 90jährigen Großmutter erlauben würden, sich wenigstens am Ende ihres langen Lebens wie ein Mensch zu fühlen. Sie bekommt 28 Rubel Rente. Im Oktober 1989 wurde sie erhöht, aber nur um 87 Kopeken. Ich habe also gedacht, nach dem Kongreß würde diese Ungerechtigkeit beseitigt, aber vergebens...

In dem Beitrag geht es um Barmherzigkeit. Erstens muß Barmherzigkeit von klein auf anerzogen werden, und zweitens habe ich das Geschwätz satt. Man fühlt sich erniedrigt, daß man kein Geld an irgendeinen Fonds überweisen kann, weil man es nicht hat. Deshalb möchte ich den Deputierten fragen: Was haben Sie für das Alter getan, Sie persönlich und der ganze Kongreß?

Viktoria Panowa
Moskau

„Personalien“ (NZ 12/90)

■ In der ganzen Welt wächst gegenwärtig das Interesse am Monarchismus. Ihre Zeitschrift könnte vielleicht, weil sie am wenigsten tendenziös ist, diese Frage beleuchten. Interessant wären u. a. Informationen über den Aufruf des Thronfolgers von Albanien, über die monarchistische Bewegung in Rumänien und über die Perspektiven von Mohammed Zahir Shah, Staatsoberhaupt von Afghanistan zu werden.

Wie eigenartig das auch auf den ersten Blick erscheinen mag, aber die konstitutionelle Monarchie ist oft eine demokratischere Staatsform als viele republikanische Regimes. Es ist auch kein Zufall, daß sich die Bevölkerung Spaniens nach dem Tod Francos für die Monarchie als Garanten für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit entschied. Ich glaube kaum, daß die Spanier ihre Entscheidung bisher bereut haben. Auch die Briten, Belgier und Schweden bereuen sicher nicht, daß ihre Staatsoberhäupter Monarchen sind.

Das sind natürlich recht schwierige Fragen. Ich rufe keineswegs zur Wiedereinführung der Monarchie in unserem Land auf. Meiner Ansicht nach ist das aber gegenwärtig eines der interessantesten Themen. Man muß die Traditionen kennen, die des eigenen Landes und die anderer Staaten, ganz besonders aber seiner Nachbarn Rumänien, Bulgarien und Albanien. Nicht wahr?

Konstantin Doroschenko
Kiew, Ukrainische SSR

Leserbrief von P. Saweljew (NZ 17/89)

■ Vor einem Jahr wurde in Ihrer Zeitschrift der Vorschlag geäußert, sowjetisch-amerikanisch-indische Touren zu organisieren, denen Thoreaus, Tolstois und Gandhis Ideen von einer gewaltfreien Welt zugrunde liegen sollten. Diese Initiative fand Unterstützung. Das Sowjetische Friedenskomitee plant die Durchführung eines Friedensmarsches unter der Devise „Für Einigung, gewaltfreien Frieden und ewiges Leben der Menschheit“ durch Orte, die in Beziehung zum Leben des amerikani-

Ist die Furcht berechtigt?

■ Die Sowjetische soziologische Assoziation der AdW der UdSSR und das Unionszentrum für Film und Fernsehen haben eine unionsweite Telefonumfrage zum Gesetzentwurf „Über das Recht der Bürger der UdSSR auf Aus- und Einreise in die UdSSR“, über seine Rolle bei der Schaffung einer wirklich „offenen Gesellschaft“ durchgeführt.

Befragt wurden 1000 Personen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verschiedener Unionsrepubliken.

93,6 % der Befragten sind der Ansicht, daß der Ein- und Ausreisemodus der UdSSR den international üblichen Normen und der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte entsprechen muß. Nur 3,1 % meinten, dieser Modus könne für jedes Land spezifisch sein.

Auf die Frage der Soziologen, „Kann die Freizügigkeit eine Explosion der Emigrationsabsichten bewirken?“, gab mehr als die Hälfte eine eindeutig negative Antwort. Jedoch 35,5 % befürchten eine derartige Explosion.

Was behindert, nach Meinung der Sowjetbürger, die Wahrnehmung ihres in Artikel 13 der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte fixierten Rechts auf Freizügigkeit? Zu den am meisten genannten Antworten gehören folgende:

Beschränkungen durch die Behörden – 43,5 %
Fehlende finanzielle Möglichkeiten aufgrund der hohen Preise für Fahrkarten und Ferienscheke – 60,3 %

Ungenügend entwickelte Struktur für Touristikreisen – 8,2 %

Fehlende Information über Reisemöglichkeiten – 13,7 %.

Besonders negativ war die Haltung gegenüber dem Punkt des Gesetzentwurfs, in dem es heißt, daß „P. vatreisen im Interesse des Schutzes der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit und der Moral der Bevölkerung nicht genehmigt werden können“. Die überwiegende Mehrheit ist davon überzeugt, daß dieser Punkt die Menschenrechte verletzt.

Bei der Erörterung der Formulierung, wonach „nicht erfüllte Verpflichtungen gegenüber dem Staat einen Hinderungsgrund für die Ausreise zur ständigen Wohnsitznahme im Ausland darstellen“, teilten sich die Meinungen. Etwa die Hälfte der Befragten sind für den Ausschluß dieser Passage, 36,2 % sind damit einverstanden.

54,5 % äußerten ihre Ablehnung gegenüber dem Punkt: „Ein Umtausch privater Mittel in ausländische Währungen erfolgt nicht für Bürger der UdSSR, die zu ständiger Wohnsitznahme ausreisen“. Nur 13,3 % sind dafür, diesen Punkt im Gesetz zu belassen.

Die überwiegende Mehrheit, 80,7 %, ist der Ansicht, daß Auslandsreisen zu persönlichen geschäftlichen und anderweitigen Zielen für jeden zu Norm werden sollen. 87,8 % möchten visafreie Reisen mit dem Recht haben, jederzeit ins Ausland fahren zu können. Die absolute Mehrheit (91,8 %) steht der Möglichkeit des Studiums im Ausland positiv gegenüber.

Dr. phil. Lilia Kasakowa
Historikerin, Leiterin der Abteilung für soziologische und Marketing-Studien des Zentrums „Ekonomwazij“

Was hat der Kongreß für meine Oma getan?

Sprechen wir doch über Monarchie...

Freie Ausreise – freie Emigration?

schen Philosophen und Schriftstellers Henri Thoreau, des russischen Schriftstellers und Denkers Lew Tolstoi und des indischen Politikers und Philosophen Mahatma Gandhi stehen. Hier die konkreten Routen: 1991 – Walden-Tour durch den US-Bundesstaat Massachusetts, 1992 – Jasnaja-Poljana-Tour durch die UdSSR (Jasnaja Poljana – Optina Pustyn – Kaluga – Tula), 1993 – Indien-Tour.

Die Zahl der Teilnehmer wird 200 Personen betragen (je 50 aus den USA, der UdSSR und Indien sowie aus anderen Ländern).

Vorschläge können an folgende Adresse gerichtet werden: 301214 Gebiet Tula, Stschekinski-Rayon, Museum Jasnaja Poljana.

Marsch „Für Einigung, gewalt-

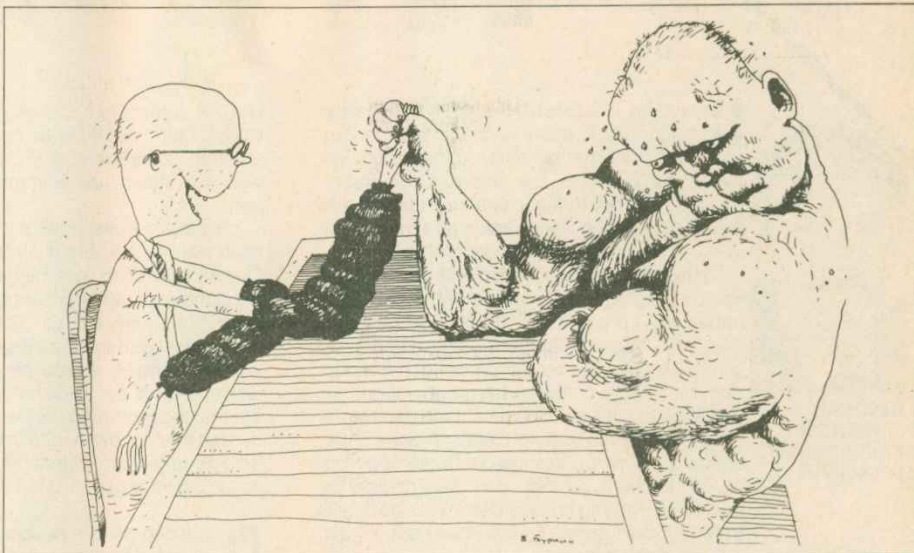
freien Frieden und ewiges Leben der Menschheit“. Tel.: 25 64 37

A. Nikitin

Direktor des Zentrums für politische und internationale Studien, Sekretär des Sowjetischen Friedenskomitees

Moskau

S O G E S E H E N



Zeichnung: Wladimir Burkin

Leserbrief von V. Potschepko (NZ 47/89)

■ Vor 20 Jahren wurde in Bulgarien das Werk unseres Philosophen Sheljo Shelew „Faschismus“, eine wissenschaftliche Untersuchung der Struktur faschistischer Staaten und Einschätzung totalitärer Mächte, herausgegeben. Darin

waren keine Parallelen zwischen Stalinismus und Faschismus zu finden, aber jeder gebildete Mensch konnte sie selbständig ziehen. Das war eine Aufgabe, die auch unsere Stalinisten lösen konnten. Shelew wurde verfolgt, entlassen, sein Buch verboten...

Nun ist Professor Shelew Vorsitzender des neuen Bundes der demokratischen Kräfte und tritt aktiv für den Umbau in Bulgarien ein. Ich hoffe auch, daß auch das verbotene Buch bald wieder frei zu kaufen sein wird.

I. Stanimirov

Sofia, Bulgarien

„Beruf: Soldat?“ (NZ 46/89)

■ Aus unserer Presse habe ich erfahren, daß die sowjetischen Streitkräfte zum 1. Januar 1990 eine Stärke von fast vier Millionen Mann hatten. Da dachte ich: Wozu brauchen wir eine so große Armee? Wir sind uns doch inzwischen darüber klar geworden, daß es keine militärische Bedrohung gibt. Ist nicht diese Zahl für ein vernünftiges Verteidigungsminimum viel zu hoch? Mich hat noch eine weitere Zahl schockiert: 1990 sollen 31 Milliarden Rubel für die Streitkräfte ausgegeben werden. Und das bei unserer gegenwärtigen Wirtschaftslage!

K. Utkin

Rentner
Murmansk, RSFSR

**Zusammengestellt von
T. Tschernowa**

Jubiläum des „Vaters aller Völker“

■ In London sah ich ein Plakat mit einem Porträt Stalins und dem Aufruf, sich an den Feierlichkeiten des „110. Geburtstages des großen Marxisten-Leninisten, des Kämpfers für die Sache der Arbeiterklasse und die Rechte der Völker Jossif Stalin“ zu beteiligen. Als Organisator dieser Festveranstaltung trat das Regionalkomitee der „Revolutionären kommunistischen Partei Britanniens (Marxisten-Leninisten)“ auf. Diese Ankündigung interessierte mich, und so beschloß ich, mir einen unmittelbaren Eindruck von dieser Stalin-Ehrung in England zu machen und diese Veranstaltung zu besuchen.

Durch den ganzen Saal verlief ein Plakat, das die in der Ankündigung enthaltenen kanonischen Titel enthielt. Darunter hing ein rotes Banner mit Hammer und Sichel, den Profilen der vier Führer Marx, Engels, Lenin und Stalin. Auf den mit rotem Tuch bedeckten Tischen lagen ihre Arbeiten aus, wobei die des Jubilars deutlich überwogen. Darunter waren auch der „Kurzer Abriss der KPdSU (B)“, der Bericht Dimitroffs an den 7. Kongreß der Komintern, Unterlagen des Prozesses gegen das „Trotzkistisch-Sinowjewische Terroristen-Zentrum“, Arbeiten von Enver Hoxha („Die Schaffung der Grundlagen für das neue Albanien“, „Zusammen mit Stalin“) usw.

Die Veranstaltung begann mit einem zweistündigen Vortrag, in dem grundlegende Passagen aus dem „Kurzen Abriss“ wörtlich wiedergegeben wurden. Unter den „historischen Verdiensten“ Stalins wurde besonders die Lösung der nationalen Frage hervorgehoben, die „als Modell für alle kommenden Generationen dienen sollte“.

Der abschließende Teil der Rede war der gegenwärtigen Lage in den sozialistischen Ländern gewidmet. Der Redner beschwor „dunkle Kräfte“ und „reaktionäre Elemente“, die in letzter Zeit die Grundpfeiler des „wahren Sozialismus“ untergraben haben. Als einziger lichter Punkt vor diesem düsteren Hintergrund wurde Albanien erwähnt...

Dann erhob sich ein älterer Mann. In überaus vorsichtigen Formulierungen äußerte er gewisse Zweifel. Er hatte noch nicht ausgesprochen, als ein Afrikaner mit Feuer in den Augen aufsprang und ihn angriff, einen „unwürdigen Versuch zur Anschwärzung des Andenkens an den großen Führer“ unternommen zu haben. Der Saal spendete stürmischen Beifall. Den Afrikaner löste ein weiterer Redner ab, der allem Anschein nach aus dem Nahen Osten stammte. Er entlarvte, wie auch sämtliche Redner nach ihm, die „völlige Haltlosigkeit der Fälschungen der echten heroischen Gestalt des Genossen Stalin“. Der Saal applaudierte.

Nach dieser Veranstaltung dachte ich lange über das Erlebte nach. Es ist nicht auszuschließen, daß die jüngsten Ereignisse in Osteuropa dazu führen können, daß sich die am meisten orthodoxen Kräfte in verschiedenen Ländern zu „revolutionären“ und „proletarischen“ kommunistischen Parteien zusammenschließen werden, zu Wählern der „reinen marxistisch-leninistischen Lehre“. Man sollte sich jedoch keiner falschen Hoffnungen hingeben.

I. Belikow

London, Großbritannien



**NIKOLAI
GUBENKO,**
Kulturminister
der UdSSR

Bei dem Gespräch Nikolai Ryshkows mit Kulturschaffenden und Parlamentariern, das kürzlich stattfand, kamen keine neuen Probleme zur Sprache. Sie sind alle altbekannt, und die Lage der Kultur in unserem Land wurde präzise als sittliche Degradation und moralische Verkümmern der Nation definiert.

Heute darüber nachzudenken, wie es dazu kommen konnte, halte ich für verspätet. Auch haben wir uns schon die Antwort darauf gegeben. Jetzt müssen konkrete Schritte und energische Anstrengungen unternommen werden. Von den Kulturschaffenden hängt allerdings längst nicht alles ab. Gebraucht werden Regierungsbeschlüsse und viel Geld, um diese Situation zu verändern. Solange die Regierung nicht zu der Einsicht gelangt, daß die Entwicklung der Kultur Vorrang hat, werden wir auf der Stelle treten, und all unsere guten Absichten werden gute Absichten bleiben.

Natürlich ist das Ministerium in der Lage, gewisse Mittel selbst zu erarbeiten. In erster Linie können wir mit dem Geld rechnen, das beim Bau von Hotels zusammen mit ausländischen Firmen erwirtschaftet wird. Der Weg, die Kunst in eine Maschine für das Heranschaffen von Devisen zu verwandeln, ist ein extremer, und er wird in einer Sackgasse enden. Gleichzeitig werden wir aber, wenn bis zum Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes solche Fragen wie z. B. die würdige Entlohnung der Arbeit unserer Talente nicht gelöst sind, viele von ihnen verlieren.

Und dennoch... Kultur muß Kultur, Kunst muß Kunst bleiben. Sie sind Formen der geistigen Tätigkeit des Menschen, die vor allen Dingen auf eine moralische Bereicherung, nicht aber auf eine materielle, ausgerichtet sind. Ich will keineswegs eine Hypostase der anderen gegenüberstellen, aber ich bin gegen eine völlige Kommerzialisierung unserer Kultur.

UdSSR kontrolliert, als Apparat beschuldigt wurde. Mehr als 70 Leute, hauptsächlich Bergarbeiter, verließen aus Protest den Kongreß, weil man ihnen das Stimmrecht vorenthalten hatte.

Ich bin für Konsolidierung. Meiner Meinung nach wäre es ein Schritt zurück, würden wir die Gewerkschaft in verschiedene Komitees für Schachtbauer, Maschinenbauer und Untertagearbeiter aufteilen. Es gibt viele Probleme, und gelöst werden können sie nur gemeinsam.

Beim Kongreß wurde ein neues Statut der Gewerkschaft der Beschäftigten der Kohleindustrie angenommen. Seine wichtigste Besonderheit besteht darin, daß in ihm unsere völlige Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von sämtlichen Staatsorganen fixiert ist.

Der Kongreß der zahlenmäßig kleinen Völker des Nordens hat eine neue Etappe in ihrer ethnischen, kulturellen und ökonomischen Entwicklung eingeleitet. Das ist ein Zeichen dafür, daß sie zu einem bewußten und selbstständigen politischen und gesellschaftlichen Leben erwacht sind. Früher sah es so aus, daß ein „großer Bruder“ kam, um ihnen Verstand beizubringen. Dabei sah es so aus, als wären sie selbst zu nichts in der Lage. Man beteiligte sie nicht an der Lösung von Problemen. Die Perestroika bietet diesen Völkern neue historische Möglichkeiten. Es ist wichtig klarzustellen, daß jedes Volk sein eigener Herr ist. Das Hoffen auf Almosen von einem anderen Volk, ja sogar von der UNO, ist keine Selbstentwicklung, sondern eine Sackgasse. Das ist, als würde man einen lebenden Organismus künstlich beatmen und ernähren.

Der Kongreß hat gezeigt, daß jedes der kleinen Völker des Nordens seine eigenen spezifischen Probleme hat. Es gibt aber auch viele gemeinsame. Die Tundra darf nicht aufgeteilt werden, denn sie ist unsere Ernährerin. Wenn wir die Tundra zerstören, unbesonnen ihre Reichtümer herauspumpen und die Natur zerstören, schädigen wir nicht nur die dort ansässigen Völker, sondern die ganze Bevölkerung des Landes.

Dieser Kongreß ist die erste Stufe zur Konsolidierung der kleinen Völker, zur Herausbildung einer ernstzunehmenden und einflußreichen politisch-gesellschaftlichen Kraft.



**NIKOLAI
ENGWER,**
Mitglied
des Nationalitäten-
sowjets
im Obersten
Sowjet
der UdSSR



**WLADIMIR
LUNEW,**
Vorsitzender
des Zentral-
rates der
Gewerkschaft
der Beschäf-
tigten
der Kohle-
industrie

Kürzlich ging der außerordentliche Kongreß der Gewerkschaft der Beschäftigten der Kohleindustrie zu Ende. Die Einberufung des Forums war einerseits aufgrund der Unzufriedenheit der Bergleute mit ihrem Leben und andererseits ihres Mißtrauens gegenüber den Branchengewerkschaften nötig geworden.

Die Bergarbeiterstreiks im Juli des vergangenen Jahres, die praktisch das ganze Land erfaßten, haben nicht nur eine Menge von Problemen sichtbar gemacht, sondern auch die Unfähigkeit vieler Gewerkschaftsfunktionäre. Die Streikkomitees wurden in vielen Fällen von Leuten angeführt, die in keinerlei Beziehung zur Gewerkschaft standen.

Zum Kongreß kamen neue Vorsitzende von Gewerkschaftskomitees, die von den Kollektiven selbst gewählt wurden. Dennoch konnte nicht vermieden werden, daß der Kongreß seitens einer Gruppe, die die Erfüllung des Beschlusses Nr. 608 des Ministerrates der

Föderation:

Wird man sie bewahren können?

Unsere Föderation steckt in der Krise. Die Sowjetunion wird nicht nur von Nationalitätenkonflikten geschüttelt – in ihren verschiedenen Teilen wird die Frage nach einem Austritt aus der Union, nach der Selbständigkeit der Republiken gestellt.

Der Oberste Sowjet der UdSSR erörterte zur gleichen Zeit drei Gesetzesvorlagen, deren Verabschiedung das Schicksal der Föderation beeinflussen muß: das Gesetz über die Erneuerung des Unionsvertrages sowie die Abgrenzung der Vollmachten der Union und der Unionsrepubliken, das Gesetz über den

Modus zur Lösung von Fragen, die mit dem Austritt einer Unionsrepublik aus der UdSSR zusammenhängen, sowie das Gesetz über die allgemeinen Prinzipien der Leitung der Wirtschaft und des sozialen Bereichs in den Unionsrepubliken und den autonomen Republiken.

Die Diskussion unter den Deputierten, die nicht im Fernsehen gezeigt und nicht in den Zeitungen dargelegt wurde, förderte nicht nur uns bekannte kritische Punkte zutage, sondern auch andere, gefährliche Probleme, die noch nicht in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gelangt sind.

Gehen oder bleiben?

So paradox das auch scheinen mag, für die Festigung der Föderation ist es erforderlich, ein Gesetz über die Prozedur des Austritts einer Unionsrepublik aus der UdSSR zu verabschieden.

Deputierter Andrej Sebenzow. Das Problem des Austritts einer Republik aus der Union wurde auf dem dritten Kongreß der Volksdeputierten im Zusammenhang mit der Entscheidung des Obersten Sowjets von Litauen erörtert. Bezeichnenderweise bestritt dabei niemand das Recht des litauischen Volkes auf einen beliebigen Grad der Selbstbestimmung. Doch Probleme wurden deutlich, die mit der historischen Entstehung des Territoriums und der Grenzen der Republik, mit der Gewährleistung der legitimen Interessen aller Nationen, die in Litauen leben, verbunden sind. Ferner stellten sich Fragen, die mit der Veränderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Betrieben, mit der Regelung dieser Beziehungen verbunden sind...

Welche Prozedur schlägt der Gesetzentwurf vor?

In der ersten Phase die Fragestellung: ein Beschluß des Obersten Sowjets der Republik oder die Forderung von wenigstens einem Zehntel der Bevölkerung der Republik.

In der zweiten Phase die Abhaltung eines Referendums (frühestens 6 Monate danach).

In der dritten Phase eine Bilanz und die Aufbereitung der Ergebnisse des Referendums durch den Obersten Sowjet der Republik.

In der vierten Phase die offizielle Weiterleitung der Ergebnisse des Referendums an den Obersten Sowjet der UdSSR. Der Oberste Sowjet der UdSSR hat das Recht, eine Wiederholung des Referendums in der gesamten Republik oder in Teilen von ihr

anzusetzen, sollte gegen das Gesetz verstossen worden sein.

In der fünften Phase der Austausch von Informationen und die Sammlung von Vorschlägen für die konkreten Probleme, die im Zusammenhang mit dem Austritt der Republik entstehen.

In der sechsten Phase die Erörterung auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR, wonach eine Übergangszeit (von bis zu 5 Jahren) beginnt.

In der siebten Phase die Anerkennung des Austritts als vollzogen, wozu der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR einberufen wird.

Deputierter Georgi Tarasewitsch. Die Gesetzesvorlage geht davon aus, daß in einer Unionsrepublik, zu der autonome Republiken, autonome Gebiete und Bezirke gehören, das Referendum getrennt nach jedem autonomen Gebilde durchgeführt wird. Den Völkern der autonomen Republiken, Gebiete und Bezirke bleibt das Recht vorbehalten, selbst eine Entscheidung der Frage, ob sie in der Union oder in der austretenden Republik verbleiben wollen, herbeizuführen. Ferner entscheiden die Bewohner eines autonomen Gebildes selbst über die Fragen ihres weiteren staatsrechtlichen Status... Was das Schicksal der nationalen Gruppen angeht, die in geschlossenen Siedlungsräumen auf dem Territorium einer austretenden Republik leben, so haben wir uns Gedanken darüber gemacht, wie diese Frage zu lösen ist: Das Referendum wird unter Berücksichtigung ihrer Meinung durchgeführt... Wie sind die Grenzen geschlossener Siedlungsräume einer nationalen Gruppe zu bestimmen, und wie soll der Mechanismus für die Willensbekundung eines Volkes dieser Gruppe verwirklicht werden? So wird folgende Variante vorgeschlagen. Die Grenzen nach den Einheiten der jetzigen administrativ-territorialen Gliederung, z. B. jener Rayons oder Dorfgemeinden festzulegen,

in denen die meisten Menschen der betreffenden Nationalität leben. Nach den administrativen Grenzen die Grenzen der geschlossenen Siedlungsräume zu bestimmen. Die Ergebnisse des Referendums auszuzählen, und wenn z. B. eine Mehrheit oder zwei Drittel der Bevölkerung, die auf dem Territorium in den betreffenden Grenzen lebt, den Wunsch bekundet, in der Union zu verbleiben, dann soll sie diese nicht verlassen... Man kann auch eine andere Variante vorschlagen – den dort lebenden Menschen die Möglichkeit zu geben, selbst über ihren Status, zum Beispiel den Status einer Autonomie, zu befinden, und weiter eben so zu handeln, wie ein autonomes Gebilde...

Deputierter Juri Bojars. Zu den „in geschlossenen Siedlungsräumen lebenden Gruppen“. Als diese Frage in unserem Ausschuß erörtert wurde, waren etwa fünf Professoren zugegen. Wir alle kamen zu dem gleichen Schluß, daß gemäß den allgemeinen Prinzipien des Völkerrechts ein „Ethnos“ ein Recht auf Selbstbestimmung hat – ethnische Gruppen, Völker, doch nicht soziale Gruppen, wie, pardon, die sogenannte russischsprachige Bevölkerung. Bei uns in Lettland z. B. sind 85 Nationalitäten allein in der KP vertreten, und die meisten von ihnen gehören zur sogenannten russischsprachigen Bevölkerung...

Deputierter Alexander Pawlij. Wir werden jetzt mit einer Praxis konfrontiert, da aus verschiedenen Gründen Gruppen von Menschen, die die eine oder andere Republik verlassen, in einer anderen Republik nicht aufgenommen werden. Es kann eine Situation entstehen, da beim Austritt einer Republik aus der Sowjetunion sehr viele Menschen ihren Wohnort verlagern werden. Halten Sie es nicht für erforderlich, in dieses Gesetz einen Artikel aufzunehmen, der vorsehen würde, eine so große Zahl von Menschen aufzunehmen?

Deputierter Georgi Tarasewitsch. Ich meine, es dürfte kaum rechtmäßig sein, diese Fragen durch Gesetz lösen und wen auch immer zwingen zu wollen, sich auf irgendwelchen bestimmten Territorien





Das, was in Litauen geschieht, findet seine Anhänger und Gegner in anderen Republiken. Diejenigen, die für die staatliche Souveränität Estlands eintreten, unterstützen die litauischen Abgeordneten

anzusiedeln. Ich meine, daß wenn ein einzelner Bürger oder eine einzelne Gruppe von Bürgern den Wunsch bekundet umzuziehen, dann müssen diese Menschen, bevor die Frage gestellt wird, die Zustimmung z. B. des Territoriums oder der Republik haben, wohin sie umzuziehen gedenken...

Deputierter Juri Krassilnikow. Bei einer eingehenden Analyse ergibt sich, daß die Gesetzesvorlage keine Lösung für die eigentliche Aufgabe darstellt – den Völkern die Möglichkeit zur Selbstbestimmung zu geben. Es fehlen die konkreten Fristen für die Dauer der einen oder anderen Prozedur. So wird das ganze viele Jahrzehnte dauern. Kann man etwa die Lösung einer Frage, zu der das Volk bereits seine Meinung gesagt hat, auf 5 Jahre (die Dauer der Übergangszeit) in die Länge ziehen... So gut wie alle Prioritäten wurden der Union zugestanden. Und warum sollten wir nicht das Recht, die Entscheidung über den Zeitpunkt für die Abhaltung des Referendums zu fassen, dem Obersten Sowjet der Unionsrepublik überlassen? Die Entscheidung über den konkreten Zeitpunkt muß gerade unter Berücksichtigung der örtlichen Situation getroffen werden, man darf sie nicht von oben, aus dem Zentrum diktieren.

Deputierter Wladimir Wolkow. Mir scheint, der Gesetzentwurf nimmt der Entscheidung über die Frage des Austritts einer Republik im Grunde jede Chance. Bei der Teilung des Eigentums der Union, des gemeinsamen Eigentums der Union und der Republik und des der Republik werden die Entscheidungen im Namen der Union im Grunde von den Ministerien getroffen werden. Und wird auch nur ein Ministerium eine Entscheidung zugunsten einer Republik fällen, die die Union verlassen will? Das zu meinen, wäre sehr naiv. Zu den finanziellen Fragen. Wir haben die Rede von Genossen Maslujukow auf dem Kongreß der Volksdeputierten gehört. Wir haben auch die Unterlagen erhalten, die die Delegation Litauens vorlegte – welche Schulden ihrer Meinung nach die Sowjetunion heute gegenüber Litauen hat. Ein ganz

unterschiedliches Herangehen, ganz verschiedene Ausgangspunkte und natürlich ganz verschiedene Schlußfolgerungen. Zu den Fragen, die mit den geschlossenen Siedlungsräumen der Nationen zusammenhängen. Vom Standpunkt der Union wird es wohl sinnvoll sein, drei Häuser – sozusagen ein Gehöft aus drei Häusern – schon als Raum anzusehen, wo Menschen einer Nationalität leben. Für die Republik kann diese Einheit nicht gesondert betrachtet werden, und die Meinung dieser Menschen, z. B. bei besagtem Referendum, sollte unberücksichtigt bleiben... Zu den Ergebnissen eines Referendums: Wer wird darüber befinden, ob alles rechtens war? Ich habe hier die Fragen aufgezählt, bei deren Lösung man einen Schiedsrichter braucht... Erforderlich ist ein Unionsorgan, das bei der Lösung von Streitfragen so objektiv wie nur möglich wäre...

Deputierter Juri Blochin. Dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker kann man keineswegs zustimmen. Die Selbstbestimmung der Völker ist zu berücksichtigen, doch das vermischt sich sogleich mit der Selbstbestimmung der Republiken. Man muß diese Begriffe wohl auseinanderhalten. Gerade das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker hat unser Land in die Sackgasse geführt. Unser multinationaler Staat, jede Republik ist eine Gesellschaft, die von vielen Nationen repräsentiert wird. Und wenn wir eine Nation herausreißen, bringen wir sie ganz offensichtlich schon in Gegensatz zu einer anderen, die in dieser Region, in dieser Republik lebt. Schon im voraus sorgen wir für eine Disproportion, für Probleme beim Zusammenleben und haben die Situation, die jetzt überall...

Deputierter Sergej Danilow. In der Gesetzesvorlage ist meiner Meinung nach das Recht auf Austritt aus der Union zu großzügig geregelt. Alles nach dem Motto: Wenn ich will, trete ich der Union bei, wenn es mir dann in der Union nicht mehr gefällt, dann trete ich eben wieder aus. Deshalb schlage ich folgende Formulierung vor: Die Unionsrepubliken haben das Recht auf freien Austritt aus der Union, wenn sie

ihren Verpflichtungen vor der Union nachgekommen sind. Sonst diszipliniert das die Unionsrepubliken nicht richtig.

Deputierter Juri Bojars. Der Deputierte Blochin sagte, die Selbstbestimmung der Völker habe die Sowjetunion in die Sackgasse geführt. Ich möchte da sagen, daß die Selbstbestimmung der Völker die heutige Welt und die heutigen demokratischen Staaten geschaffen hat. Und ich meine, daß niemand dagegen Einwände erheben kann. Das ist das Grundprinzip, das der weltweiten Entwicklung zugrundeliegt...

Union und Souveränität

Ein Ausführungsgesetz, das die Prozedur des Austritts einer Unionsrepublik aus der Föderation regelt, wird natürlich bestimmte Spannungen in einigen Regionen beseitigen und den Beziehungen zwischen den Republiken zivilisierten Charakter geben. Dieses Gesetz aber gilt für eine extreme Situation, wenn eine Republik sich bereits zum Austritt entschlossen hat... Doch die eigentliche Aufgabe ist es, derartige Situationen zu vermeiden. Welche Maßnahmen schlagen die Abgeordneten vor, um die Union zu bewahren?

Deputierter Boris Olejnik. Das Gesetz über die Erneuerung des Unionsvertrages und die Abgrenzung der Vollmachten der Union und der Unionsrepubliken ist vor allem darauf orientiert, den Unionsrepubliken und den autonomen Republiken alle Vollmachten



Moskauer, die sich im Zentralen Kultur- und Erholungspark eingefunden haben, protestieren gegen eine gewaltsame Lösung der „litauischen Frage“

in ihrer Region zu geben, angenommen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fragen, die die gemeinsamen Interessen der in der sowjetischen Föderation vereinten Völker gewährleisten. Wichtig ist hier, daß nach dem neuen Gesetz die Liste der Fragen, die ausschließlich in der Kompetenz der Union stehen, nur mit Zustimmung aller Unionsrepubliken geändert werden kann...

Deputierte Valentina Schewtschenko. Das Unionsgesetz hat nur in zwei Fällen Priorität gegenüber dem Gesetz der Republik. Wenn es Beziehungen regelt, die ausschließlich in die Zuständigkeit der Union fallen, was in Abstimmung aller Unionsrepubliken festgelegt wird. Und wenn es die Grundprinzipien für die normative Regelung der gesellschaftlichen Beziehungen in einem Bereich festlegt, der in die gemeinsame Kompetenz der Union und der Unionsrepubliken fällt... Was den Ministerrat der UdSSR und die Unionsministerien angeht, so müssen bei Differenzen ihrer Normativakte mit Gesetzen der Unionsrepubliken die Unionsrepubliken den Vorrang haben. Sie müssen das Recht haben, die Geltung von Normativakten der Unionsregierung sowie der Unionsministerien und -behörden auf ihrem Territorium auszusetzen... In die Zuständigkeit der Union müssen Fragen fallen wie die Verteidigung des Landes, die Entwicklung der Streitkräfte wie den Militär-Industrie-Komplex einschließt... den Verkehr, mit Ausnahme des Kraftverkehrs und der Binnenschifffahrt... das Nachrichtenwesen, die Finanzen, insbesondere die Geldemission, die Sicherung der Grundrechte und -freiheiten der sowjetischen Menschen. Der Schutz der Außengrenzen des Landes... Die Realisierung wichtiger Unionsprogramme von gesamtstaatlicher Bedeutung wie der Raumforschung. Doch diese Fragen müssen mit den Unionsrepubliken abgestimmt werden.

Deputierter Anatoli Sobtschak. Wir können keinen Unionsstaat, nicht einmal auf der Ebene einer Konföderation, haben ohne gemeinsame Elemente der Zivil- oder der Arbeitsgesetzgebung, der Grundlagen der Gesetzgebung über das Gesundheitswesen und über die Volksbildung. Wenn wir in angeblicher Fürsorge um die Interessen der Unionsrepubliken diese Gesetzgebungsbereiche ganz den Unionsrepubliken überlassen, versetzen wir eben den Unionsrepubliken einen schweren Schlag. Und zwar weil Menschen aus den verschiedenen Unionsrepubliken in Moskau, in Leningrad und in den Republiken behandelt werden. Und diese Behandlung erfolgt sehr oft an den entsprechenden medizinischen Zentren anderer Republiken... Und wenn wir nicht landesweite Grundlagen schaffen, die es z. B. jemandem aus Usbekistan erlauben, nach Moskau zur medizinischen Behandlung zu kommen



Die nichtlettische Bevölkerung Lettlands ist gegen einen Austritt. Sie kann sich ein Leben nur in der Sowjetunion vorstellen

oder an der Moskauer bzw. Leningrader Universität zu studieren, dann werden sie morgen eine solche Möglichkeit nicht haben. Morgen werden die örtlichen Machtorgane sagen: Keine Kaukasier, keine Menschen aus Mittelasien, keine Belorussen aufnehmen.

Deputierter Konstantin Lubentschenko. Die UdSSR ist ein Staat, der souveräne Republiken umfaßt, doch er ist kein mechanischer Zusammenschluß, sondern ein organisches Gebilde, ein organisches Ganzes. Hier gelten die Prinzipien des einfachen Summierens nicht, sondern die der höheren Mathematik... Sehr oft meinen wir, wenn wir das Problem der Souveränität, vor allem der Unionsrepubliken, betrachten, den Begriff der absoluten Souveränität. Das ist nicht richtig... Die Völkergemeinschaft entwickelt sich jetzt nach dem Prinzip des allmählichen Verzichts auf die absoluten Rechte der Staaten, die nach Einmütigkeit, nach der Gestaltung neuer Beziehungen, gegründet nicht nur auf die Achtung der Rechte des Staates, sondern auch der Rechte aller Völker, streben. Deshalb ist die absolute Souveränität schon keine Lebensform des Staates in der Völkergemeinschaft mehr... Wenn wir folglich die föderative Ordnung unseres Landes betrachten, geht es nicht um die absolute Souveränität der Republiken. Es geht vielmehr um eine relative Souveränität, bei der die Republiken ihre Rechte auf ihrem Territorium voll bewahren. Doch sie delegieren einen Teil ihrer Rechte an den Bereich der ausschließlichen Vollmachten einer größeren Gemeinschaft, die die Interessen und die Unantastbarkeit jeder Republik schützt.

Deputierte Ludmilla Arutjunian. Die Gesetzesvorlage schafft nur neue

bürokratische Abhängigkeiten. Unterdes muß unser Land zu wirtschaftlichen Beziehungen übergehen, die Abhängigkeiten dürfen nur wirtschaftlicher Art sein. Ich versichere Ihnen, daß bei administrativer Unterordnung keine Republik in der Union bleiben wird. Das wirtschaftliche Interesse muß die Union bestimmen. Wir haben die Kompetenzen voneinander abgegrenzt, haben gesagt: Das wird das Zentrum tun, das kann die Republik tun, das kann eine autonome Republik tun. Wo sind die wirtschaftlichen Abhängigkeiten, wo ist die stabilste Grundlage? Das Europa, das bis 1992 alle Grenzen beseitigt, basiert auf gemeinsamen Wirtschaftsinteressen. Warum räumen wir heute, 1990, den wirtschaftlichen Interessen keinerlei Platz ein und sprechen ständig von einer willkürlichen Abgrenzung der Rechte und Pflichten.

Dritter Sorte?

Natürlich scheint die Situation mit Litauen die gefährlichste und am schwersten lösbare zu sein. Doch dabei darf man nicht vergessen: Schon einige Jahre fließt Blut, nicht, weil die Litauer die Union verlassen wollen, sondern als Ergebnis des tragischen Konflikts um Nagorny Karabach – ein autonomes Gebiet, dessen Status zwei Unionsrepubliken zum Bürgerkrieg geführt hat. Fast unbeachtet (während der Unruhen in Baku) blieb der Beschluß des Obersten Sowjets der ASSR Nachitschewan, aus der UdSSR auszutreten...

Deputierter Olshas Sulejmenow. Vielleicht ist die Zeit gekommen, einen heuchlerischen Euphemismus zu betrachten. Der Begriff der „Autonomie“ bedeutet Selbständigkeit. Doch gerade Selbständigkeit, Souveränität, wurde Republiken, die als autonom bezeichnet werden, vorenthalten... Das Volk selbst muß seinen staatlichen Status in der Föderation bestimmen. Ob es in einer doppelten Unterordnung sein will, ob es eine gleichberechtigte Unionsrepublik sein möchte – ein Referendum hat darüber zu entscheiden. Da stellt sich die Frage, ob wir dann nicht zu viele Unionsrepubliken erhalten werden? Nach europäischen Kriterien könnten ein Territorium wie das der Sowjetunion bis zu 400 selbständige Staaten regieren. Und in Zukunft wird eine solche Aufteilung mit der Zunahme des nationalen Selbstbewußtseins weitergehen. Wir gehen von der imperialen Form staatlicher Herrschaft zu nationaler Staatlichkeit über, und dieser Prozesse muß man sich klar bewußt werden...

Deputierter Anatoli Tschechojew. Wir haben bislang noch keine feste Kon-



Die nationalen Probleme Moldawiens werden keineswegs durch Dispute entschieden. Viele Menschen fühlen sich nicht geschützt, bangen um ihre Zukunft

zeption: Wird unser Vertrag nur ein Vertrag der 15 Unionsrepubliken sein oder aber ein Vertrag der 53 national-territorialen Gebilde... Vielleicht wäre es für das Zentrum heute am leichtesten, mit den Unionsrepubliken ins klare zu kommen, d. h. den in 70 Jahren glattgefahrenen Weg zu gehen, wobei die Probleme der Autonomie in den Hintergrund gerückt, ausschließlich den Unionsrepubliken überlassen würden... Die Vertreter der autonomen Gebilde verstehen all diese Probleme nur zu gut. Und ich bin davon überzeugt, daß viele Fragen größeres Verständnis finden würden, wenn es wirksame, feste Garantien für ihre künftigen Rechte und Kompetenzen geben würde. Hier ein Beispiel. Auf dem dritten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR wurde über einen Zusatz zur Erweiterung der Rechte der autonomen Gebilde abgestimmt. Die meisten Vertreter der Unionsrepubliken, denen diese autonomen Gebilde angehören, stimmten dagegen... Besteht da nicht die Gefahr, daß es in unserer erneuerten Föderation wiederum Völker, vereinfacht gesagt, verschiedener Sorte geben wird? Sie wissen, daß heute eine solche Qualifizierung erfolgt. Bei uns tauchten Hausherrn auf, tauchten Gäste, Fremdländische auf, oder um es mit einem parlamentarischen Ausdruck zu sagen, eine Stammbevölkerung und eine Nichtstammbevölkerung...

Deputierter Juri Scharipow. Ein autonomes Gebilde hat sehr begrenzte Rechte... Das Recht einer autonomen Republik, aus einer Unionsrepublik in die andere überzugehen, ist nicht verankert. Solche Fälle aber gab es in der Geschichte unseres Landes. In letzter Zeit wird in einigen autonomen Republiken, insbesondere in der Tatarischen und der Baschkirischen ASSR, die Frage nach einer Umwandlung in eine Unionsrepublik aufgeworfen. Das hängt damit zusammen, daß der Status einer Unionsrepublik mehr Möglichkeiten für die Entwicklung von Wirtschaft und Kultur der Völker, die in diesen Republiken leben, gibt... Wenn ein Staat, eine autonome Republik von einem anderen Staat, einer anderen Unionsrepublik

abhängig und ihr untergeordnet ist, dann führt das unwillkürlich zu dem Gedanken, daß es übergeordnete und untergeordnete Nationen gibt...

Deputierter Valeri Woskoboinikow. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dem föderativen Staat UdSSR ein weiterer föderativer Staat angehört. Ich meine die Russische Föderation. Gewisse Zweifel

weckt sogar zum Beispiel ihre territoriale Integrität. Meiner Meinung nach wird, sollten die autonomen Gebilde aus der Russischen Föderation ausscheiden, diese Republik an ein Stück Käse erinnern – mit vielen Löchern. Deshalb halte ich es für erforderlich, die Konzeption des Gesetzes noch einmal zu überprüfen und es zu verändern, wobei Einmischung in die Angelegenheiten der Unionsrepubliken zu vermeiden ist. Und die Unionsrepubliken selbst werden dann entscheiden, ob sie entsprechende Verträge mit allen national-territorialen Gebilden, die ihnen angehören, schließen werden...

Deputierter Wladislaw Ardshinba. Auf dem dritten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR erklärte der Vorsitzende des Redaktionsausschusses, daß eine autonome Republik kein souveräner Staat ist. Als nichtsoverän gelten weltweit Kolonien und abhängige Länder. Bedeutet dies, daß wir Kolonien von wem auch immer oder nichtenteigneter Besitz von wem auch immer sind? Das eigentliche Problem der neuen Föderation ist weniger das Problem, die Rechte der Staaten, die der Union angehören, zu gewährleisten, als vielmehr das Problem, die Rechte der Völker zu sichern, denen alle bestehenden Formen der Staatlichkeit und die Union selbst zu verdanken sind. Die UdSSR ist, wie es in der Erklärung von 1922 hieß, eine „freiwillige Vereinigung gleichberechtigter Völker“.

Tbilissi-Chronik

Aus dem politischen Leben Georgiens

Februar

– Gründungskongreß der Sozialdemokratischen Partei Georgiens, die 1918 – 1921 die Regierung der Demokratischen Republik Georgien bildete. Statut und Programm der wiederhergestellten Partei angenommen. Kooptierung einiger Mitglieder der wiederhergestellten Partei zum Auslandsbüro der SDP, das sich aus früher emigrierten Mitgliedern zusammensetzt.

– Gründung einer unabhängigen Fußballföderation Georgiens.

– Am 23. Februar wird in Tbilissi vor dem Regierungshaus, wo 1921 im Kampf für Georgiens Unabhängigkeit Gefallene begraben wurden, ein Gottesdienst abgehalten. Nach der Messe findet eine Kundgebung statt, deren Teilnehmer die Verletzung des Friedensvertrags mit dem Demokratischen Georgien durch Sowjetrußland verurteilen. Eine weitere Kundgebung vor dem Stab des Transkaukasischen Militärbezirks. Gefordert wird der Abzug der sowjetischen Truppen aus der Republik.

– Am 25. Februar Protestkundgebungen in ganz Georgien mit der Forderung, seine Unabhängigkeit wiederherzustellen. Betont wird, daß der Kampf für die Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit politisch zu erfolgen hat. In den Städten

Samtredia, Kutaisi, Gurdshaani und einigen anderen schändeten einige Teilnehmer der Aktionen nach den Kundgebungen die Denkmäler und staatlichen Symbole der Georgischen SSR. In allen diesen Fällen wurden strafrechtliche Verfahren eingeleitet.

– Am 27. Februar eine stark besuchte Kundgebung in Tbilissi zur Frage der Turk-Mescheten. Die Kundgebungsteilnehmer treten gegen die Ansiedlung von Turk-Mescheten in der Republik auf. Es wird gefordert, im Georgischen Fernsehen einen Dokumentarfilm vorzuführen, der zeigt, wie Turk-Mescheten seinerzeit mit ihren Nachbarn, Georgiern, abrechneten.

März

– Von der Nationaldemokratischen Partei Georgiens angeregtes Treffen von Vertretern der informellen Organisationen aller drei transkaukasischen Republiken. Erörtert werden die Wege zur Normalisierung der Lage im Transkaukasus. Die Idee eines Koordinationsrates des Transkaukasus (nach dem Beispiel des Rats des Baltikums) wird vertreten, die Einigung jedoch nicht in allen Punkten erzielt. Die armenische Seite weigert sich, die Lösung der Karabach-Frage aufzuschieben, bis alle drei Republiken die Unabhängigkeit erlangt haben. Position der Nationaldemokratischen Partei

Weder Panzer noch Verhandlungen

Wochen vergehen, ein Kompromiß zwischen Moskau und Vilnius deutet sich jedoch nicht einmal an

„Das ist nicht nur unser Kampf. Wir kämpfen für das Recht, frei zu sein, Freiheit aber ist unteilbar“, sagte Premierministerin Kazimiera Prunskiene ausländischen Journalisten nach jener Nacht, in der Panzerkolonnen durch Vilnius rollten. Damals, als sie und Vytautas Landsbergis von den Panzern erfahren hatten, stürzten sie zu den Deputierten: „Die Panzer kommen! In fünf Minuten sind sie hier.“

Die Panzer rollten vorbei. Wie Militärsprecher erklärten, waren sie bei einem Militärmanöver eingesetzt. Hätte die Entscheidung von Politikern abgehängt, wären sie möglicherweise zu dem Schluß gekommen, daß es nicht sehr sinnvoll ist, die Spannungen in Litauen zu verstärken und jenen zusätzliche Argumente in die Hände zu spielen, die ihren Mitbürgern einreden: „Moskau erkennt nur die Sprache der Stärke an, ein zivilisierter Dialog mit ihm ist unmöglich, wir müssen schnellstens weg.“ Die Ausmaße des Manövers waren mehr als

bescheiden, deshalb hatte ein Luftlanderegiment, das man eilig nach Vilnius herübergeworfen hatte, eigentlich nichts zu tun. Dann fand man ihm doch eine Beschäftigung: Ausgezeichnet ausgebildete Soldaten erhielten den Auftrag, die Häuser zu bewachen, in denen sich die Komitees der auf der Plattform der KPdSU stehenden KPL befinden. Und wiederum: Politiker wären ein solches Risiko wohl kaum eingegangen, war doch dieser Schritt eher dazu angetan, den Eindruck zu erwecken, die KPL sei alles andere als selbständig, könne nur unter Bewachung der Armee existieren, und so die Autorität dieser Partei zu untergraben. Weitere Fallschirmjäger hatten jene litauischen Soldaten zu suchen, die aus ihren Verbänden heim ins Land, in ihre sich als unabhängig proklamierende Republik desertiert waren. Das Außenministerium der UdSSR hatte vorgesorgt und den Abzug aller ausländischen Diplomaten und Journalisten aus der Republik veranlaßt. Dennoch bekam die ganze Welt zu hören, wie Fallschirmjäger Deserteure aus einer Nervenheilanstalt, wo ihnen die Ärzte

Zuflucht geboten hatten, herausschleppen. Es gibt für die Armee keine wichtigere Aufgabe, als die rigoroseste Disziplin zu wahren, auf Desertion steht eine harte Strafe. Trotzdem hätten Politiker, wie man annehmen darf, die Zweckmäßigkeit der Aktion und ihre Resonanz in der Republik und der ganzen Welt erst genauestens erwogen.

Als man in Vilnius den Austritt aus der UdSSR bekanntgab, vermutete man dort wahrscheinlich zwei Varianten der späteren Entwicklung: entweder Verhandlungen oder Panzer. Es gibt jedoch weder das eine noch das andere. Ein dritter Weg? Die Formel ist in Moskau im Schwange.

Vom Standpunkt der für die ganze Union geltenden Gesetze hat der UdSSR-Präsident alle Gründe, den Konflikt gewaltsam beizulegen. Es ist anzunehmen, daß ein nicht geringer Teil der Öffentlichkeit dem beipflichten würde. Was steht dieser Lösung also im Wege? Eine mögliche Reaktion des Westens? Ja, Präsident Gorbatschow ist gewarnt: Beliebige Repressalien gegen Litauen würden die Ost-West-Beziehungen in die frühere Situation zurückversetzen, die Verhandlungen über

Georgiens: Eine Kolonie könne einer anderen Kolonie gegenüber keine Gebietsansprüche erheben; alle Fragen seien bis zur Erlangung der Souveränität aufzuschieben.

– Eine außerordentliche Tagung des Obersten Sowjets der Georgischen SSR (9. März) faßt den Beschluß, den Vertrag zwischen Georgien und der RSFSR vom 21. Mai 1921 und den Vertrag über die Bildung der Union von 1922 für null und nichtig zu erklären.

– An einer außerordentlichen Konferenz der nationalen Freiheitsbewegung (13. – 15. März) nehmen alle informellen oppositionellen Parteien, Organisationen und Gesellschaften Georgiens teil. Die Organisatoren sind die Parteien, die zum Hauptkomitee zur nationalen Rettung gehören. Ein nationales Forum wird gegründet; ihm treten die sieben wichtigsten Parteien bei, die die Standpunkte der Initiatoren der Konferenz vorbehaltlos unterstützen. Aufgaben des Forums: Koordination der Aktivitäten der nationalen Freiheitsbewegung, Einberufung eines Landeskongresses, Bildung einer oppositionellen Koalitionsregierung, Boykott der Wahlen und anderer Maßnahmen der derzeitigen Regierung. Es wird festgestellt, daß Wahlen auf breiter demokratischer Grundlage unter den gegenwärtigen Bedingungen unmöglich seien, weil das geltende Wahlgesetz die wirkliche Sachlage nicht widerspiegeln und den im gesellschaftlichen und politischen Leben der Republik eintretenden Veränderungen nicht entspreche. In einem Appell an

das Präsidium des Obersten Sowjets der Georgischen SSR wird vorgeschlagen, eine außerordentliche Tagung einzuberufen, aus der gültigen Verfassung den Artikel über die führende Rolle der Kommunistischen Partei zu streichen, die Wahlkampagne auszusetzen und unter den Bedingungen eines Mehrparteiensystems ein neues Wahlgesetz auszuarbeiten. Die Wahlen seien für einen späteren Zeitpunkt vorzusehen.

– Eine außerordentliche Tagung des Obersten Sowjets der Georgischen SSR prüft am 20. März die Frage nach der Abänderung von Artikeln 6, 7 und 49 der Verfassung der Georgischen SSR. Der neue Wortlaut von Art. 6: „Die Kommunistische Partei Georgiens, andere Parteien sowie Gewerkschaften, Jugend- und sonstige Massenorganisationen und Massenbewegungen beteiligen sich über ihre zu den Sowjets der Volksdeputierten gewählten Vertreter sowie in anderen Formen von gleich zu gleich an der Ausarbeitung der Politik des Staates, an der Leitung aller staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten.“ Den Vorschlägen der Öffentlichkeit gemäß verschiebt die Tagung die Wahlen zu den örtlichen Sowjets auf den Oktober und November d. J. Vor diesem Beschluß wurden die Wahlen in der Republik faktisch boykottiert. Selbst Vertreter der Rustaweli-Gesellschaft, der Volksfront, der Sozialdemokratischen Partei, ganz zu schweigen von radikaleren Parteien und Organisationen, verweigerten ihre Teilnahme an der Wahlkampagne. Es ist nicht ausgeschlossen, daß mehrere Parteien

und Bewegungen auch die Herbstwahlen boykottieren werden.

– Am 21. März findet ein Treffen von Giwi Gumbaridse, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Georgischen SSR, und Nodar Tschitanawa, Vorsitzender des Ministerrats Georgiens, mit hochgestellten Vertretern des Komitees für Staatssicherheit, der Staatsanwaltschaft, des Innen-, des Justizministeriums und der wichtigsten Dienste und Abteilungen des Innenministeriums der Georgischen SSR statt. Es wird darauf hingewiesen, daß in der Republik eine äußerst angespannte Situation und ein Machtvakuum entstehen, viele Bestimmungen der geltenden Gesetze und der Verfassung der Georgischen SSR nicht eingehalten werden sowie die staatliche, gesellschaftliche und Arbeitsdisziplin sinkt. Die Menschen fühlen sich nicht sozial und in ihren Bürgerrechten geschützt und glauben nicht an die Fähigkeit der Behörden, Ordnung zu schaffen.

– Ein Plenum des ZK der KP Georgiens vom 22. März erörtert den Zeitpunkt der Einberufung des 28. Parteitags der KP Georgiens, die Durchführung einer Kampagne vor dem Parteitag, den Delegierten-schlüssel und das Verfahren zur Delegiertenwahl. Bildung einer Kommission, die Vorschläge über den Status der KP Georgiens vorbereiten sowie Thesen des Programms und einen Entwurf des Statuts der Partei ausarbeiten soll.

Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie über die Rüstungskontrolle würden gestoppt werden; es sei nicht ausgeschlossen, daß das Vertrauen zu Moskau, dieses Fundament der sowjetischen außenpolitischen Erfolge, untergraben werde. Ist eine solche Warnung des Westens für Gorbatschow von entscheidender Bedeutung?

Selbstverständlich möchte kein einziger, noch so demokratischer Staatschef als Zerstörer seines Staates in die Geschichte eingehen. Aber als Würgeengel der Freiheit agieren, einen dicken Strich durch das ziehen, was unseren Politiker Nr. 1 erstmalig in der Geschicht zum populärsten Politiker der Welt gemacht hat: durch die Perestroika, die Befreiung von Osteuropa, die Beendigung des kalten Krieges?..

Bei aller Wichtigkeit äußerer Faktoren bestimmen nicht sie die Entscheidungen des Staatschefs einer Großmacht. Gewiß, Litauens Schicksal hängt hochgradig von Entscheidungen ab, die Moskau jetzt trifft. Aber auch das Schicksal des gesamten Landes wird in Litauen mitbestimmt. Jeder Vergleich hinkt, und doch: Der Einzug der Truppen in die CSSR machte Schluß nicht nur mit dem „Prager Frühling“, sondern auch mit der Erneuerung in der Sowjetunion, in einem weiteren Sinne war die Überlebenschance der sozialistischen Idee in Osteuropa verspielt. 1968 stand die Kommunistische Partei an der Spitze der aus dem Schlaf gerüttelten Gesellschaft, 20 Jahre später sprechen die Wähler den Kommunisten in Osteuropa das Recht ab, das Schicksal ihrer Länder zu bestimmen. Was in Litauen geschieht, ist eine harte Prüfung für Moskau, sie ist nicht leicht zu bestehen, doch muß man sich vor Augen halten: Ein taktischer Gewinn könnte in eine strategische Niederlage umschlagen.

Die führenden Politiker in Vilnius haben gute Karten in der Hand: das Mandat des litauischen Volkes (80 % der Bevölkerung), das sich für die Abtrennung einsetzt, moralische Unterstützung durch die Weltgemeinschaft, befriedigende wirtschaftliche Perspektiven. Sie können diese Karten jedoch nur ausspielen, wenn sich der Partner zu einem Spiel bereit erklärt. Die Moskauer Politiker haben keine schlechteren Karten: Sowohl das Parlament als auch die Öffentlichkeit haben Vilnius verurteilt. Vor allem aber: Ein selbständiges Litauen kann es ohne Zustimmung von Moskau nicht geben.

Es genügt nicht, die Macht zu erobern, man muß noch lernen, sie zu nutzen. Es genügt nicht, die Unabhängigkeit zu proklamieren, man muß sie noch real erlangen. Vilnius stellte Moskau vor eine vollendete Tatsache, stellte so dem Präsidenten und dem Parlament ein Ultimatum. Das ist nicht die beste Methode, mit der Führung einer Großmacht umzugehen, denn sie kann es sich nicht leisten, Schwäche zu zeigen, Druck und Erpressung nachzugeben und ohne weiteres Zugeständnisse

zu machen. Realpolitik wird so nicht gemacht. Öffentliche Erklärungen können Anhänger beeindrucken, aber nicht einen Partner. Die starke emotionale Reaktion bestimmte die harte und kompromißlose Form der Antwort aus Moskau. Das war nicht zur Schau getragen. Moskau ist entschlossen, alles zu unternehmen, damit Litauen nicht geht. Wenn es trotzdem nicht gehalten werden kann, so wenigstens die Loslösung aus der Union möglichst schwierig und langwierig zu machen. Das soll zugleich auch eine Warnung für andere Republiken sein.

Moskau wird mit der gegenwärtigen Führung in Vilnius nicht verhandeln. Nachdem das Gesetz über das Verfahren zum Austritt von Republiken aus der UdSSR verabschiedet sein wird, kann Litauen sich dieses Gesetzes bedienen. Das Verfahren ist jedoch so beschaffen, daß die Abtrennung Jahre in Anspruch nehmen würde. Das seinerseits wäre eine harte Prüfung für die Landsbergis-Administration. Jeder Tag, der von der Unfähigkeit zeugt, das Versprochene zu realisieren, bringt Landsbergis der Niederlage näher.

Litauens nicht sehr glückliche Erfahrungen werden in Tallinn und Riga in Betracht gezogen. Anatoli Gorbunow, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Lettischen SSR, erklärte, als er die Zusammensetzung einer Kommission für Verhandlungen mit der Union über die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit Lettlands bestätigte: „Es geht nicht darum, eine Deklaration anzunehmen. Deklarationen können, wenn man will, jeden Tag abgestimmt und angenommen werden. An der realen Situation ändert das nichts. Viel wichtiger ist, reale Schritte zur Unabhängigkeit zu tun.“ Riga und Tallinn sind vorsichtig, weil dort die Anhänger einer Lostrennung keine so starke Unterstützung haben wie in Litauen. Das schon aus ethnischen Gründen. Die Nichtesten machen 39 % der Bevölkerung Estlands, die Nichtletten 48 % der Bevölkerung Lettlands aus. Das sprach Väino Vjälis, der die Führung der KP Estlands behalten hat, offen aus: „Zweifelloos unterstützen wir, da wir ein gleiches historisches Schicksal haben, die Wahrnehmung des legitimen Selbstbestimmungsrechts des litauischen Volks auf jede Weise. Die Entwicklung in Litauen hat zudem recht überzeugend vor Augen geführt, wie wichtig der Konsens des ganzen Volkes ist, während die Selbständigkeit erst feste Konturen annimmt. Wir alle wissen, daß die demographische Situation und die nationale Zusammensetzung in unserer Republik anders geartet sind, bei Verhandlungen aber kommt es unbedingt darauf an, auf welcher Seite des Verhandlungstisches die Vertreter des nichtestnischen Bevölkerungsteils sind.“ Unterdessen wurde in Tallinn die „staatliche Macht der UdSSR in Estland“ als ungesetzlich verkündet und der „Prozeß der Wiederherstellung der Estnischen Republik“ eingeleitet.

Wie werden sich die Ereignisse weiter entwickeln?

Die Bewegung der baltischen Republiken zur Unabhängigkeit kann behindert, gebremst, aber nicht gestoppt werden. Die Politiker in Vilnius werden ihre Unfähigkeit, in Kategorien einer realen Politik zu denken und zu handeln, teuer bezahlen müssen. Aber auch Moskau darf sich einen solchen Fehler nicht leisten. Spürbar ist der Wunsch bestimmter Kreise, die litauischen Spitzenpolitiker unter Druck zu setzen, sie zu erpressen, aber das ist eine gefährliche Versuchung.

Das Präsidium des Obersten Sowjets Belorusslands gab seine Gebietsansprüche gegenüber Litauen bekannt: „Angestammte belorussische Gebiete wurden Litauen übergeben. Bei einem Austritt der Litauischen SSR aus der Sowjetunion wird sich die Belorussische SSR nicht mehr als an die Gesetze, Erlasse und sonstige Akte über die Übergabe eines Teils des belorussischen Territoriums an Litauen gebunden betrachten... Wir werden gezwungen sein, auf der Rückgabe der belorussischen Lande an die BSSR zu bestehen.“ Ist man sich in Minsk darüber klar, daß diese Erklärung das nach Helsinki erste Dokument ist, worin sich ein UNO-Staat (in diesem Fall Belorussland) gegen das Prinzip der Unverletzbarkeit der Nachkriegsgrenzen wendet? In einer Situation, da auf der politischen Karte Europas ohnehin große Veränderungen eintreten, könnte die Erklärung von Minsk auch in anderen europäischen Hauptstädten nachahmenswert scheinen. Die territoriale Integrität vieler Staaten wird in Zweifel gestellt. Dann könnte z. B. Polen auf Vilnius und Umgebung, die das Präsidium des Obersten Sowjets Belorusslands als ein angestammtes belorussisches Stück Land bezeichnet, Anspruch erheben und sich darauf berufen, daß dieser Teil Belorussland weniger als einen Monat lang gehört habe, nämlich seit der zweiten Septemberhälfte (als die Rote Armee in Polen eindrang) bis zum 10. Oktober 1939...

Moskau steht es nicht an, zu solchen Druckmethoden zu greifen. Das Prestige der Staatsmacht muß in jedem Fall bewahrt und auch vor eigenen unbedachten Handlungen und Erklärungen geschützt werden.

Der Präsident der UdSSR hat nicht die Absicht, Verhandlungen mit Landsbergis aufzunehmen. Diese Position ist begründet. Wahrscheinlich sollte sich jedoch in Vilnius eine Kommission des Sowjets der Nationalitäten befinden. Der Umgang mit Vilnius mittels Offener Briefe kann nicht ewig dauern. Die Litauer haben immerhin das Recht zu wissen, wie Moskau auf ihre klar ausgedrückte Absicht, die staatliche Selbständigkeit zu erlangen, zu antworten denkt. Außerhalb des Baltikums rechnet man mit der staatlichen Weisheit und Weitsicht Moskaus.

Leonid Michailow

Fotos: TASS und

„Moskowskij Komsomolez“

Lange Wahlen

Fünf Tage benötigte der Unionssowjet, um seinen Vorsitzenden zu wählen. Schließlich bekam „Iswestija“-Chefredakteur Iwan Laptew diesen Posten

„Der Unions-sowjet hat noch eine relativ kleine Frage zu behandeln“, erklärte Sitzungsleiter

Anatoli Lukjanow am 28. März am Ende einer gemeinsamen Sitzung der beiden Parlamentskammern. Deshalb entließ man die Deputierten vom Nationalitätensowjet zur Mittagspause, und ihre Kollegen blieben zur „Erledigung der kleinen Frage“ da, die jedoch fast eine Woche dauerte. Die Deputierten sollten einen neuen Vorsitzenden wählen, denn Akademiemitglied Jewgeni Primakow, der bisher dieses Amt ausgeübt hatte, war mit einer neuen, verantwortungsvollen Aufgabe betraut und in den Präsidialrat gewählt worden. Er nannte auch einen Nachfolgekandidaten: „Ich meine, der jetzige ‚Iswestija‘-Chefredakteur Iwan Laptew eignet sich gut für die Arbeit als Vorsitzender der Kammer. Er ist ein gebildeter und guter Organisator (das sieht man an seiner Zeitung), ein Mensch mit zweifellos fortschrittlichen Ansichten.“

Die Zeiten der Alternativlosigkeit sind vorbei, und deshalb ist es ganz natürlich, daß ein Gegenkandidat aufgestellt wurde. Die Kollegen aus dem Deputiertencorps nominierten Konstantin Lubentschenko. Zwischen diesen beiden Kandidaten war zu wählen. Später fragte ich Anatoli Lukjanow, wieso er angenommen hatte, die Wahl würde nur wenig Zeit in Anspruch nehmen. „Die Vorsitzenden der Kommissionen hatten mir mitgeteilt, sie hätten alle gemeinsam die Kandidatur Laptews erörtert. Dann stellte sich jedoch heraus, daß sie das nicht bis zu Ende getan hatten. Das ist alles.“

Es ist durchaus möglich, daß früher eine solche Vorbereitungsarbeit ausreichend gewesen wäre. Heute dagegen sieht es anders aus. Der Deputierte Wladimir Judin sagte: „Man schlägt uns ein völlig neues Gesicht vor. Der Deputierte Laptew ist als Zeitungsredakteur bekannt, aber ich will ihn als Deputierten, als Mitglied des Obersten Sowjets kennenlernen, anhand seiner Auftritte hier, seiner Position zu den hier behandelten Fragen! Das kann sich ruhig in seiner Zeitung widerspiegeln, aber hier ist das eine andere Arbeit. Ich möchte, daß die Leiter unserer Kommissionen, Aus-



Foto: Boris Chassjanow

schüsse und Kammern hier heranwachsen, in diesem Saal, bei ihrem Wirken als Deputierte. Lubentschenko ist es in gewisser Hinsicht schon in seiner Rolle als stellvertretender Ausschußvorsitzender zu eng. Er könnte mehr tun...“

Beide, Iwan Laptew und Konstantin Lubentschenko, sind bekannte Figuren in der Gesellschaft. Für den einen spricht sein gewaltiges Werk, die Zeitung, die unter seiner Leitung zu einer Autorität geworden ist, und das nicht nur im Inland. Der Einfluß der „Iswestija“ auf die Perestroika ist nicht zu bezweifeln. Das ist sein wichtigstes Plus. Der andere stützt sich auf die Autorität eines ernsthaften und gebildeten Juristen, eines Menschen mit unabhängigen Ansichten, der in der Lage ist, ruhig und ausgewogen schwierige Situationen zu bewältigen. Lubentschenko geriet in eine eigenartige Situation: Alle erkennen seine Kompetenz, sein fachliches Können und seine politische Reife an, aber mit der Einschränkung, er sei zu jung. 45 Jahre und zu jung? In welchem Alter soll

man denn die Last einer ernsthaften Funktion übernehmen? Während der Stagnationszeit betrug das Durchschnittsalter führender Persönlichkeiten 70 Jahre. Jetzt aber haben sich die Zeiten und die Anforderungen geändert.

Drei Wahlgänge endeten ergebnislos. Meiner Ansicht nach war daran auch die altmodische Werbung einiger Deputierter für Iwan Laptew schuld. Einige Redner hinterließen während der Diskussion den Eindruck, als sei die Frage bereits entschieden, und man müsse sie nur noch formell durch die Abstimmung bestätigen. Der Deputierte Alexander Krajko sagte: „Es ist sehr schade, daß Iwan Laptew offenbar seiner Zeitung ‚Iswestija‘ ade sagen muß. Andererseits müssen wir wahrscheinlich Iwan Laptew als Redakteur ‚opfern‘.“

Andererseits hat der Wahlmarathon auch etwas anders deutlich gemacht: Die Kammer wird selbständig, entwickelt einen eigenen Charakter und will ihre Beschlüsse selbst fassen, nicht auf Anweisung von oben. Der Deputiertencorps ist schon keine einheitliche Masse, keine „Abstimmungsmaschine“ mehr, sondern ein Parlament, das nichts mehr einstimmig billigt. Und der Wert eines Deputierten wird nicht mehr nach seiner „Hauptarbeitsstelle“ gewertet, sondern nach seiner Tätigkeit als Deputierter, darunter auch im Parlament. Seine wichtigste Arbeitsstelle ist jetzt der Oberste Sowjet. Die Leistungen Iwan Laptews sind ohne jeden Zweifel bedeutend und überzeugend. Als Chefredakteur genießt er Vertrauen und Ansehen. Kürzlich übernahm er die Leitung des Journalistenverbandes der UdSSR, um, wenn wir ehrlich sind, dessen Zerfall zu verhindern. Als Deputierter, als Parlamentarier hat er sich jedoch nicht so deutlich profiliert.

Die ganze Zeit schien es, als würde eine Chance verspielt, daß ein Mann mit wirklich fortschrittlichen Ansichten an die Spitze des Unionssowjets tritt. „Laptew ist ein Verfechter der gesteuerten Demokratie“, charakterisierte ein Mitarbeiter der „Iswestija“ den Chefredakteur. Als Bestätigung hierfür möchte ich ein weiteres Beispiel anführen. Laptew hüllt seine kadermäßigen Absichten nicht in den Mantel des Geheimnisvollen. Lange vor einer Berufung weiß man in der Redaktion schon, wer Stellvertreter des Chefs, wer Abteilungsleiter wird. Dem Obersten Sowjet fehlt eine solche klare Kaderpolitik. Dafür schlagen Gruppeninteressen, persönliche Leidenschaften und Ambitionen hohe Wellen. Und so kam es, daß ein würdiger Kandidat beinahe keine Unterstützung beim Deputiertencorps fand. Am 3. April war es dann endlich soweit. Iwan Laptew ist Vorsitzender des Unionssowjets der UdSSR. Herzlichen Glückwunsch!

Nikolai Andrejew

Die wichtigste Aufgabe des Präsidialrates: Schutz der Demokratie

Nichteingeplantes Interview des UdSSR-Außenministers

In den internationalen Angelegenheiten ist es meist so: Wo ein gemeinsames Interesse besteht, da findet sich auch ein Weg, ihm sichtbare Formen zu verleihen.

Die Führung der Time-Warner Inc. traf mit ihrem eigenen Flugzeug am 1. April in Moskau ein. Eduard Schewardnadse war in Begriff, von Moskau abzufliegen, um am 3. April in Washington mit dem US-Präsidenten und dem State Secretary, seinem Amtskollegen, zusammenzukommen. Theoretisch konnte ein Treffen zwischen unserem Minister und der Time-Warner-Führung am 2. April stattfinden, und es fand auch statt, obwohl nichts vorher vereinbart worden war.

Übrigens geschieht nichts von allein. Jedes Unternehmen braucht seinen Sponsor. Der Moskauer Sponsor der Time-Warner war die „Neue Zeit“.

Beim Treffen mit Eduard Schewardnadse waren wir nicht so sehr Teilnehmer wie vielmehr bescheidene Zeugen. Die Zeitschrift „Time“ wird sein Interview in ihrem nächsten Heft bringen. Wir hörten dem Minister zu und beobachteten unsere Kollegen aus der „Time“.

Das Gespräch begann mit der Frage nach der Tagesordnung der bevorstehenden Zusammenkünfte in Washington und danach, wie sowjetischerseits die Linie von Präsident Bush in der litauischen Situation beurteilt werde.

Die Tagesordnung sei traditionell, sagte Schewardnadse, im Brennpunkt stehe die Abrüstungsfrage. Es gebe eine grundsätzliche Vereinbarung, das Abkommen über die 50prozentige Reduzierung der strategischen Waffen vorzubereiten und zu paraphieren. Übrig bleiben noch recht komplizierte Fragen. Man werde sie beim bevorstehenden sowie bei einem weiteren Ministertreffen, Anfang oder Mitte Mai, besprechen. Wie Schewardnadse betonte, hoffe er auf einen Erfolg beider Zusammenkünfte. Sollte das eintreffen, werde das einen außerordentlich großen Durchbruch bedeuten.

Die zweite Frage sei die Sachlage bei den Wiener Gesprächen.

Man werde prinzipielle Fragen besprechen. Endgültige Schlüsse werde man nach einer Rücksprache mit den Bündnispartnern ziehen.

Als nächstes Thema der Washingtoner Diskussionen bezeichnete der UdSSR-Außenminister die europäischen Angelegenheiten, die deutsche Frage inbegriffen. Außerdem wollen wir, fügte er hinzu, einen Fortschritt in unseren bilateralen Angelegenheiten erzielen, wobei diese Beziehungen gar nicht schlecht stünden.

Schließlich werde man wie immer Informationen austauschen, führte Schewardnadse aus. Der Präsident und der Außenminister der USA hätten immer Interesse für die Entwicklung bei uns an den Tag gelegt. Auch uns interessiere die Entwicklung in den USA lebhaft. Es sei nämlich so, daß die Innenpolitik auch die äußeren Kontakte eines Landes mitpräge.



Die amerikanischen Gäste wollten, wie uns schien, mehr über Litauen hören: Präsident Bush werde recht stark unter Druck gesetzt, damit er sich aggressiver zeige. Für die „Time“ sei die sowjetische Reaktion auf den Kurs des Präsidenten in der litauischen Frage interessant.

„Worauf wir in dieser Situation rechnen?“ Das war eher ein lautes Nachdenken. Dann setzte Schewardnadse fort: „Auf die Weisheit des litauischen Volkes. Ich bin sicher, das Volk wird sein entscheidendes Wort sprechen und bestimmen, wie es weiter gehen soll. Wir fordern keineswegs zu einem Aufstand oder zu Zusammenstößen auf. Wir treffen alle möglichen Maßnahmen, damit jeder Ärger vermieden wird. Wir sind stets für politische Lösungen, sowohl im Inland als auch in äußeren Angelegenheiten, gegenüber jedem Volk, jeder Nationalität.“



Die Führung der Time-Warner Inc. in Moskau

Foto: Wladimir Panow

Die amerikanischen Gäste insistierten jedoch auf ihrer Frage. Einer von ihnen sagte:

„Präsident Bush möchte nicht, daß Litauen zu einem Zankapfel zwischen der UdSSR und den USA wird. Welche Meinung haben Sie über diese Linie von Präsident Bush?“

„Ich würde mir jetzt kein Urteil bilden“, antwortete Eduard Schewardnadse. „Ich bin überzeugt, daß es dem Präsidenten nicht daran liegt, die Beziehungen zu der UdSSR zu komplizieren. Kein Zweifel, daß der Präsident unserer Perestroika Erfolg wünscht. Das gleiche gilt sicherlich für Ihren Außenminister wie auch für alle vernünftigen Politiker. Das ist eine reale Politik.“

Wir sagen oft, daß es zur Perestroika keine Alternative gebe. Das ist vielleicht nicht ganz genau. Es gibt sehr wohl eine Alternative. Falls die Perestroika nicht zustande kommt, werden wir einen Diktator heraufbeschwören.

Gegenwärtig heißt es bei uns und auch im Ausland: „Man braucht eine feste Hand, um Ordnung zu schaffen.“ Das wird mit Diktatur assoziiert. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, daß die Perestroika, daß die Demokratisierung und Erneuerung zustande kommen. Ohne jede Übertreibung kann man sagen, daß das im Interesse der gesamten Zivilisation liegt. Man darf Handlungen, die die Perestroika behindern, nicht fördern. Ich denke, daß die US-Administration das versteht.“

Auf die Frage nach Deutschland und der Meinung der Sowjetregierung über mögliche Beziehungen zwischen einem vereinigten Deutschland und der NATO (Euphemismus für einen eventuellen NATO-Beitritt) antwortete Eduard Schewardnadse:

„Auf einer Pressekonferenz in Afrika sagte ich bereits: Wir sind ein gastliches Volk und laden ein vereinigtes Deutschland in die Organisation des Warschauer Vertrags ein. Warum auch nicht? Das mag keine konventionelle Lösung sein, warum sollte sie aber schlecht sein? Ich höre sagen, dies passe dem Westen nicht. Ich denke, daß man nach Lösungen suchen muß, die allen passen. Warum könnte das künftige Deutschland nicht paktfrei sein? Da heißt es, Neutralität gehe nicht. Warum nicht? Österreich ist ein neutraler Staat im Herzen Europas, und dieser Status ist für alle annehmbar. Übrigens könnte man sich auch eine andere, völlig neuartige Variante der Verantwortung Deutschlands gegenüber der NATO und dem Warschauer Vertrag vorstellen. Solche Varianten gibt es. Wir müssen uns nur hinsetzen, daran arbeiten, vieles besprechen... Eins steht für mich fest: Ein vereinigtes Deutschland muß das Bewußtsein haben, daß es ein gleichberechtigtes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft ist. Also muß eine Lösung gefunden werden, die dem vereinigten Deutschland einen angemessenen

Platz in der EG sichert. Also muß auch etwas geschehen, damit das vereinte Deutschland ein gewichtiger Faktor der Stabilität wird.“

Die letzte Frage wurde Schewardnadse als Mitglied des Präsidialrats gestellt. Das Organ ist neu, die Gäste fragten nach seinen Funktionen und nach der Arbeitsteilung zwischen diesem Rat und anderen Machtkörpern, z. B. dem Politbüro des ZK der KPdSU und dem Ministerrat der UdSSR.

„Die Macht des Präsidenten, die Präsidentschaft als Regierungsform wird in unserem Land erst gestaltet. Funktionen werden abgegrenzt. Das Politbüro wird sich rein politischen, parteiischen Angelegenheiten widmen. Wie jede andere Partei wird die KPdSU die Entwicklung im Lande über ihre Mitglieder zu beeinflussen suchen – gleich der Republikanischen oder der Demokratischen Partei in den USA. Die Funktionen der Regierung sind allgemein bekannt, weil in der Verfassung festgeschrieben. Die Präsidentschaftsmacht schränkt die Funktionen der Regierung nicht ein. Der Präsident trägt die Verantwortung für den allgemeinen Zustand der Außen- und Innenpolitik und trifft Entscheidungen über die wichtigsten, kardinalen Fragen. Der Präsidialrat ist, wie schon der Name besagt, ein beratendes Organ. Jedes Mitglied des Rats hat seinen Zuständigkeitsbereich. Als Mitglied des Rats trage ich die Verantwortung natürlich vor allem für die Außenpolitik.“

Ich war von Anfang der Perestroika an für die Präsidentschaftsmacht“, betonte Schewardnadse für sie eine große Ehre sei. Wir aber interessierten uns für Nuancen. Jason McManus, der Chef der Firma, beachtete vor allen Dingen Schewardnades Stellungnahme zur deutschen Frage. Henry Muller, Chefredakteur der „Time“, sah in seinen Äußerungen Aufrichtigkeit und den Wunsch, jede konstruierte Polemik von sich fernzuhalten; außerdem schätzt er am sowjetischen Außenminister eine Eigenschaft wie unkonventionelles Denken. Henry Muller und Reginald Brack, Präsident der Verlegergruppe „Time Inc. Magazines“, fanden die Gedankengänge über Diktatur und Demokratie, die Geschehnisse der Perestroika nicht ganz alltäglich.

Wir unsererseits wagen die Behauptung, daß unser kleines Joint Venture „Time“ – „Neue Zeit“ Früchte trägt.

Alexander Pumpjanski

„NEUE ZEIT“

**Ein aktueller
Überblick
über das
neue Denken,
Glasnost
und
Perestroika**

In der DDR kann unsere Zeitschrift bei allen Postämtern abonniert werden. In der BRD, Österreich, Berlin (West), der Schweiz und anderen Ländern Westeuropas kann man die NZ bei allen Firmen, die in Geschäftsverbindungen mit V/O

„Meshdunarodnaja Kniga“ stehen, sowie in Buchhandlungen, in denen Literatur aus der Sowjetunion vertrieben wird, bestellen.

**Mit der
„Neuen Zeit“
auf der Höhe
der Zeit!**

„Seid mildtätig, meine Freunde...“

In der Redaktion der NZ fand die Übergabe von Mitteln für die medizinische Behandlung des Testfliegers Anatoli Gristchenko statt



Anatoli Gristchenko (links) und Guren Karapetjan waren gemeinsam über Tschernobyl geflogen. Als den einen das Unheil traf, tat der andere alles, um ihn zu unterstützen

Vor einem Monat berichteten wir in Heft Nr. 10 über das dramatische Schicksal des Testfliegers Anatoli Gristchenko, der bei der Bekämpfung der Havarie in Tschernobyl dabei war. Der Spezialist für Hubschraubertransporte gehörte zu jenen, die in den ersten Tagen nach der Katastrophe, als noch völlig unklar war, was mit dem Reaktor passiert war, alles taten, um die todbringende Gefahr einzudämmen.

Der große und kräftige Flieger wurde zum Invaliden. Die Diagnose lautet: Leukämie. Gerettet werden kann er nur durch Implantation von Knochenmark eines Spenders. Aber diese Operation beherrscht man noch nicht in der Sowjetunion.

Er schien verloren, wenn sich nicht ein amerikanischer Kollege, der Testflieger Cap Parlier, seines Schicksals angenommen hätte. Er brachte in den USA viele auf die Beine: Senatoren, Mitarbeiter des State Department und Ärzte... Parlier vereinbarte die Behandlung Gristchenkos im onkologischen Zentrum von Fred Hutchinson in Seattle. Man brauchte nur noch einen Spender und 200 000 Dollar.

Da erarbeitete die regierungsunabhängige Organisation „Fonds der Volksdiplomatie“ ein Hilfsprogramm für Flieger, die in Tschernobyl geschädigt wurden. Der Fonds wandte sich an unsere Zeitschrift mit der Bitte, die Adresse des Hutchinson Center in Seattle zu veröffentlichen. Das hat sich als richtig erwiesen. Bald fanden sich Menschen, die ihren Beitrag für die Bezahlung der Behandlung leisten wollten, darunter bedeutende ausländische Geschäftsleute. Zur selben Zeit wurde mit Hilfe von Computern, die an Knochenmarkbanken in vielen Ländern angeschlossen sind, ein Spenderkandidat ausgewählt, ein Bürger Frankreichs.

Seit der Veröffentlichung in der NZ ist gerade ein Monat vergangen, und vor eini-

gen Tagen fand in der Redaktion die feierliche Übergabe der Mittel für die Behandlung Gristchenkos statt. Dabei kamen Leute aus verschiedenen Ländern zusammen, die an dieser Geschichte bewegt und aktiv Anteil genommen hatten: der sowjetische Testpilot Guren Karapetjan und Viktor Wekschin vom Ministerrat der UdSSR, Debbie Black von der Botschaft der USA in Moskau und der Gründer des Fonds der Volksdiplomatie Valeri Ganijew, der Präsident der Firma Bollus International Ltd. Wu Xiaohua und das Vorstandsmitglied der Bayerischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion Siegfried Sanden...

„Die Behandlung von Anatoli Gristchenko stellt lediglich das erste Glied des von uns ausgearbeiteten Programms ‚Recht auf Hilfe‘ dar. Dieses Programm gründet sich auf die Überzeugung, daß jeder Mensch, dem ein Unglück widerfahren ist, unabhängig von seiner materiellen Lage ein Recht auf Hilfe hat. Wohltätigkeit muß für die Gesellschaft etwas Selbstverständliches werden und staatliche Strukturen von Aufgaben entlasten, die sie ihre Kraft übersteigen. Dennoch möchte ich in diesem Fall die Unterstützung durch die sowjetische Regierung hervorheben.“

Wenn man vom neuen Denken in den Beziehungen zwischen den Völkern spricht, denkt man gewöhnlich an die außergewöhnlichen Aktivitäten bei zwischenstaatlichen Kontakten, die Entwicklung der kommerziellen Zusammenarbeit und das Anwachsen des Handels. Das ist schon recht viel. Das neue Denken, das sind auch neue zwischenmenschliche Beziehungen. Sie kommen zum Ausdruck, wenn sich plötzlich ein Mensch auf der einen Seite des Ozeans für das Leben eines Unbekannten, der am anderen Ufer lebt, verantwortlich fühlt. So ein Fall ist Cap Parlier, der im wahrsten Sinne Berge versetzt hat, um Gristchenko zu helfen.

Eben ist in Moskau ein Telex des amerikanischen Fliegers eingetroffen:

„Werte Alexej, Mark und Guren! (Konstrukteure Alexej Iwanow, Mark Wainberg und Testflieger Guren Karapetjan - die Red.) Ich habe gute Nachrichten. Das Hutchinson Center hat mich informiert, daß der Spender für Anatoli bestätigt wurde. Damit sind wir einen großen Schritt weiter... Das Hutchinson Center schlägt folgenden Ablaufplan vor: ...Das Einreisevisum kann bis zum 6. April in der Botschaft der USA in Moskau abgeholt werden. Die Fahrt von Anatoli und Galina Gristchenko nach Seattle kann in der Woche nach dem 9. erfolgen. Die Vorbereitungen für die Transplantation beginnen am 20., und die Transplantation selbst soll am 27. April erfolgen...“

Das Hutchinson Center braucht noch Angaben über den derzeitigen Gesundheitszustand von Anatoli. Zusätzlich möchte das Center wissen, ob er einem langen Flug mit kommerziellen Linien der USA mit möglichen Verspätungen und Flugplanänderungen gewachsen ist...

Ich bin sehr glücklich, diesen Tag zu erleben. Wir werden so schnell handeln, wie es möglich ist, um Anatoli rechtzeitig zur Knochenmarktransplantation nach Seattle zu bringen. Unser wichtigstes Ziel ist es jetzt, Anatoli zu helfen, sich nach dem schweren Flug zu erholen, der ihm bevorsteht. Ich möchte ihn so bald wie möglich in Seattle begrüßen. Anatoli steht ein schwerer Kampf bevor, aber ich bin sicher, daß er dazu bereit ist.

Seid mildtätig, meine Freunde. Mit den besten Wünschen, Cap.“

Wir können uns nur den Worten von Cap Parlier anschließen und allen danken, die am Schicksal des sowjetischen Testfliegers Anteil genommen haben.

Boris Balkarej

Rechtswendung

Nach der ersten Runde der Parlamentswahlen

Die Ergebnisse dieser Runde stehen also fest. Nach vorläufigen Schätzungen führen mit weitem Abstand das Ungarische Demokratische Forum (UDF), das 24,71 % der Stimmen erhielt, und der Bund der Freien Demokraten (BFD), für den 21,38 % der Wähler stimmten.

Das sind die Ergebnisse der Abstimmung nach Parteilisten. Die Ergebnisse der Wahlen nach individuellen Wahlkreisen sind noch offen, weil kein Kandidat in fast 80 % dieser Wahlkreise die nötige Stimmenmehrheit, 50 % plus eine Stimme, auf sich vereinigen konnte. Dort muß erneut gewählt werden. Unabhängig vom Ausgang kann sich das politische Kräfteverhältnis kaum noch merklich verändern. Wie auch angenommen, zeigen die Wähler einen ausgesprochenen Rechtstrend. Die Opposition hat gesiegt. Zusammen mit anderen Oppositionsgruppen – Unabhängige Partei der kleinen Landwirte (11,76 %), Allianz Junger Demokraten (8,94 %), Christlich-Demokratische Volkspartei (6,46 %) – verfügen das UDF und der BFD insgesamt über zwei Drittel der Stimmen.

Es wäre noch verfrüht, jetzt zu rätseln, welche der führenden Parteien die neue Regierung bilden soll. Fest steht auf jeden Fall, daß das eine Koalitionsregierung sein wird. Ohne erst die Ergebnisse der zweiten Wahlrunde abzuwarten, erwägen die Vorsitzenden der führenden Parteien schon mögliche politische Kombinationen. UDF-Vorsitzender Jozsef Antall nennt die Unabhängige Partei der kleinen Landwirte und die Christlich-Demokratische Volkspartei als wahrscheinliche Partner in der Regierung, lehnt

jedoch kategorisch die Möglichkeit einer Koalition mit der Ungarischen Sozialistischen Partei (USP) ab. Die Allianz der Freien Demokraten bezieht die gleiche Position. Im Grunde hört die politische Kampagne gegen die USP, gegen die ungarischen Kommunisten, die lange Jahre in der Landesführung waren, nicht auf. Ihnen werden alle Probleme des heutigen Ungarn, alles Negative im Leben des ungarischen Volkes zur Last gelegt: die Million Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, die 100 000 Obdachlosen und die 21 Md. Dollar hohe Auslandsschuld.

Selbstverständlich wirkte sich das auf die Wahlergebnisse aus. Nach der ersten Runde hatte die USP 10,89 % und die USAP nur 3,68 % der Stimmen. Niemand von den führenden Politikern dieser zwei Parteien, mit Ausnahme des gegenwärtigen Premierministers Miklos Nemeth, der als unabhängiger Politiker kandidierte, kam ins Parlament. Nach Ansicht hiesiger politischer Beobachter wird die ungarische Linke das Vertrauen der Wähler nicht in absehbarer Zukunft zurückgewinnen. Die Macht im Lande geht zu den Parteien über, die sich zum rechten Zentrum rechnen und Unterstützung bei analogen Parteien in den west-

europäischen Ländern und den USA finden, zu den nicht nur antisozialistisch, sondern auch in hohem Maße antisowjetisch gesinnten Parteien. Zeugnisse dafür sieht man auf Schritt und Tritt.

Im Hauptquartier des UDF fällt beispielsweise sofort ein riesiges buntes Plakat auf. Es zieht ständig Korrespondenten, Bildreporter und Fernsehjournalisten an. In schwarzen kyrillischen Lettern steht da geschrieben: „Towaristschi, konjez!“ (Genossen, aufhören!). Die Aufschrift schmückt den Rücken eines robusten Mannes, der die Schirmmütze und die Uniform scheinbar eines sowjetischen Offiziers – das könnte jedoch auch ein Hotelportier sein – trägt. Der politische Sinn, den die Autoren ihrem Opus verleihen wollten, liegt auf der Hand. Fragen nach der Zeit des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Ungarn, nach dessen Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag und sogar nach einem eventuellen NATO-Beitritt spielten nämlich eine beträchtliche Rolle im Wahlkampf und werden auch nach der Bildung des neuen Kabinetts politisch aktuell bleiben. Verwunderlich ist etwas anderes: Parteien, die sich lauthals als durch und durch ungarisch und national preisen, bedienen sich eines Plakats, das in einer Massenaufgabe in der BRD gedruckt wurde. Sie verzichten auch nicht auf eigene Produktion in der Plakatkunst, die freilich nicht weniger primitiv ausfällt.

Bei Gesprächen mit UDF-Vertretern berührten wir das Problem, ob dieses taktlose Verhalten gegenüber einem Bündnispartner statthaft sei, aber eine eindeutige Antwort blieb aus. Der Eindruck entsteht, daß die UDF-Führer in ihren künftigen Beziehungen zur UdSSR nur das Pragmatische behalten möchten. Sie sind bereit, unser Land als einen riesigen Markt für ungarische Industriewaren sowie als einen Lieferanten von Erdöl, Erdgas, Strom, Holz, Nutzholz usw. zu akzeptieren. Ungarn hängt zu 50 % von den Energieträgern aus der UdSSR ab, und jeder Politiker muß dieser Tatsache Rechnung tragen.

Die zweite Runde der Parlamentswahlen findet am 8. April statt. Wie gesagt, wird sie die politische Konstellation kaum wesentlich verändern. Das muß in Betracht gezogen werden.

Sergej Swirin
NZ-Korrespondent
BUDAPEST



Zwischenparteiliche Beziehungen

Zeichnung: „Uj Forum“ (Ungarn)

Die Kosovo-Quadrille

oder: Zwei Wahrheiten auf einer Straße

Irgend jemand hat das Kosovo-Problem mit einer Krankheit verglichen, an der Jugoslawien leidet. Dieser Vergleich ist recht korrekt. Seit November 1988 wechseln die Krisenerscheinungen mit Perioden zeitweiliger Besserung, um später in neue Komplikationen zu verfallen. Die jüngste war im Februar d. J. zu beobachten, als es in verschiedenen Städten der Region Kosovo zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten der albanischen Minderheit und Ordnungskräften kam. Dabei kamen Steine, Knüppel und Schußwaffen zum Einsatz. Über 30 Demonstranten fanden den Tod, einige Milizionäre wurden schwer verletzt.

Um die Situation unter Kontrolle zu halten und die Spannungen zu verringern, sah sich die Führung des Landes gezwungen, auf Kräfte der Armee zurückzugreifen. Sperrstunden wurden eingeführt. Diese Maßnahmen haben die Situation etwas stabilisiert, allerdings nur relativ, denn die Spannungen in der Region ließen sich dadurch nicht abbauen.

Die Bevölkerung, darunter auch die albanische, hat den Einmarsch der Truppen gelassen aufgenommen. Das Verhältnis zur Miliz und den Sondereinheiten sieht dagegen ganz anders aus. Man kann natürlich die Milizionäre verstehen, die keine Sympathien für Leute empfinden, die mit Steinen nach ihnen werfen und Schußwaffen auf sie richten. Jedoch berichten Albaner recht häufig vom Machtmißbrauch der Ordnungskräfte. Es ist für einen außenstehenden Beobachter recht schwer, darüber zu urteilen. Wir konnten uns jedoch selbst davon überzeugen, daß die Miliz gegenüber Journalisten ihre Befugnisse oft genug überschreitet.

Eine vernachlässigte Krankheit zu heilen, ist sehr schwierig. Die Schwierigkeit liegt außerdem darin begründet, daß sich die verschiedenen Republiken Jugoslawiens bis jetzt noch nicht über die Diagnose einigen konnten. Deshalb gibt es auch noch keine abgestimmte Therapie. Die einen halten einen Dialog aller in Kosovo agierenden Kräfte für die einzige Arznei, andere meinen, dieser Dialog sei erst nach der Stabilisierung der Lage möglich. Bevor sich der Arzt mit dem Kranken befaßt, muß er sich zunächst selbst kurieren.

An dieser Stelle ist eine Einschränkung nötig. Die autonome Region Kosovo gehört zu Serbien, und deshalb ist das Kosovo-Problem gerade in dieser Republik am deutlichsten zu spüren. Kürzlich hat der BdK Serbiens der republikanischen Skupstschina ein eigenes Programm zur Lösung der Frage vorgelegt. Das Programm sieht die Umsiedlung von 100 000 Serben und anderen Bürgern in Kosovo innerhalb der nächsten Zeit vor. Gleichzeitig sollen alle Albaner ausgewiesen werden, die nicht die Staatsbürgerschaft Jugoslawiens besitzen oder diese unrechtmäßig erworben haben. Jene Gebiete in Kosovo sollen in ökonomischer Hinsicht bevorzugt entwickelt wer-

den, in denen viele Serben und Montenegriner wohnen. Die Beziehungen zwischen Betrieben in Serbien und Kosovo sollen gefestigt und die Ordnungskräfte in Kosovo verstärkt werden. Die Realisierung dieses Programms soll aus einem Fonds finanziert werden, an den alle Beschäftigten Serbiens ein Prozent ihrer persönlichen Einkünfte überweisen... Viele Albaner aus Kosovo äußern sich sehr vorsichtig, manche sogar eindeutig negativ zu diesem Programm, da sie darin eine Beabsichtigte „Kolonisierung“ ihrer autonomen Region sehen.

Leute und Meinungen

Die Tage, die ich Ende Februar – Anfang März in Pristina und anderen Städten der Region verbrachte, waren recht ruhig. Aber in dieser Ruhe war eine Spannung zu spüren, die das Begreifen der gegenwärtigen Dramatik und das Warten auf die künftige Lösung einschloß.

Wie wird sie aussehen, diese Lösung? Das ist wohl die wichtigste Frage, die alle quält. Natürlich bildete sie das Hauptthema meiner Gespräche in Kosovo.

Zunächst interviewte ich den Premier von Kosovo, **Jusuf ZEJNULAHU**.

Kann man von einer gewissen Stabilisierung der Lage in Kosovo sprechen?

Die gegenwärtige Lage in der Region ist eine andere als einige Tage zuvor. Die Demonstrationen sind abgeebbt, die meisten Betriebe haben ihre Arbeit wieder aufgenommen. Bestimmte Sondermaßnahmen (Sperrstunde, Versammlungsverbot) werden erst dann aufgehoben, wenn keine Bedrohung der Sicherheit mehr vorhanden ist. Wir tun alles, damit das bald der Fall ist.

Die Opposition von Kosovo hat sich zu Wort gemeldet. Wie steht die Führung der autonomen Region zu ihr?

Die Frage, ob man sich mit der Gründung alternativer Parteien abfinden sollte, steht für den BdKJ nicht. Der Bund der Kommu-

nisten ist heute nur eine der politischen Kräfte, die in der Region wirksam sind. Aber alle existierenden Parteien haben ihre Aktivitäten den geltenden Gesetzen unterzuordnen. Darin sind die wichtigsten Kriterien verankert, die den Parteien eine legale Tätigkeit gestatten: Anerkennung der föderativen Struktur Jugoslawiens, Gleichberechtigung aller Nationalitäten, Unveränderlichkeit des Status der Republiken und Regionen. Das letzte ist unter den Bedingungen von Kosovo besonders wichtig.

Beabsichtigt der BdK Kosovos, Kontakte zu oppositionellen Parteien und Verbänden aufzunehmen?

Zum Dialog mit verschiedenen Bevölkerungsschichten sind wir immer bereit. Was die oppositionellen Organisationen betrifft, so wäre diese Frage vor ihrer offiziellen Registrierung verfrüht.

Und die Forderung der Opposition nach vorgezogenen Neuwahlen?

Die Wahlen zu den Machtsorganen Serbiens haben Ende vorigen Jahres stattgefunden. Wenn dafür Bedarf besteht, sind Neuwahlen möglich. Die Opposition fordert ihre sofortige Durchführung und rechnet dabei mit ihrem Sieg. Aber vor einer völligen Stabilisierung der Lage sind Wahlen jedoch nicht real.

Um das Wesen des Streits zu begreifen, muß man beide Seiten anhören. Die Opposition ist hier zahlenmäßig recht stark. Unter den verschiedenen Organisationen spielt zweifellos die Demokratische Union Kosovos die erste Geige.

Ich befragte hierzu Ibrahim RUGOVA, den Führer dieser Organisation.

Wir haben etwa 300 000 Mitglieder. Eine straffe Organisation fehlt noch, da wir vorläufig noch nicht registriert sind.

Welche Ziele verfolgen Sie?

Wir treten für die Beseitigung der ökonomischen Rückständigkeit Kosovos ein, die wir als das Hauptproblem der Region ansehen, für ein Mehrparteiensystem und die Bildung eines Parlaments auf der Basis freier Wahlen. Die Frage des Status unserer Region muß bei der Ausarbeitung einer neuen Landesverfassung berücksichtigt werden. Wir sind für eine Verstärkung der Autonomie im Rahmen Jugoslawiens, obwohl auch andere Varianten möglich sind.



Demonstrationen, auf denen nationale Symbole gezeigt werden, gehören in Jugoslawien heute zum Alltag

Foto aus: „Newsweek“ (USA)

Sind Sie zu einem Dialog mit den Behörden Wir sind zum Dialog mit jeder politischen Kraft bereit, die in Kosovo oder in Jugoslawien wirkt. In unserer Region muß der Dialog unverzüglich aufgenommen werden, denn er ist der einzige Weg zur Stabilisierung der Lage.

Was beabsichtigen Sie in nächster Zukunft zu tun?

Den nächsten Schritt müssen die Behörden tun...

Die Opposition und die Behörden von Kosovo sind nicht die einzigen politischen Kräfte, die in der Region am Werk sind. Die Vorstellung von der politischen Szene wäre unvollständig, würde man das Komitee für die Rückkehr der Serben und Montenegriener nach Kosovo, „Bozur“, nicht erwähnen. Dieses Komitee wurde in Kosovo Polje, einer kleinen Stadt, acht Kilometer von Prestina entfernt, gegründet.

Darüber unterhielt ich mich mit seinem Vorsitzenden **Bogdan KECMAN**.

„Bozur“ ist keine klassische Partei, sondern eine Vereinigung. Ihr Einfluß in Serbien ist recht groß. Vor dem Krieg haben nämlich in Kosovo etwa gleichviel Serben und Albaner gelebt. Heute liegt der Anteil der Serben an der Gesamtbevölkerung unter zehn Prozent. 400 000 Serben und Montenegriener haben die Region verlassen, die meisten unter Druck. Deshalb bestehen wir jetzt auf der Rückkehr von einer knappen Million Serben nach Kosovo.

Wie sehen Sie den Status von Kosovo?

Wir treten für ein Serbien ohne autonome Gebiete ein.

Sind Sie zu einem Dialog mit den albanischen oppositionellen Organisationen bereit?

Nur wenn sie ihre Zustimmung zur Rückkehr von 500 000 Serben nach Kosovo geben.

Und wenn die Albaner nicht auf Ihre Forderungen eingehen?

Dann ist alles möglich...

Und mein Gesprächspartner zeigt mir seine Pistole, die er unter dem Jackett trägt.

Die Sperrstunde hinderte mich daran, das berühmte „Korzo“ in Prestina zu beobachten, einen gemächlichen Spaziergang der Einwohner im Kreis. Augenzeugen sagten mir jedoch, daß dieser „Korzo“ hier sehr untypisch sei. Er besteht aus zwei entgegengesetzten Strömen. Der eine besteht aus Serben, der andere wird von Albanern gebildet. Das erinnert an eine Quadrille, bei der die Paare nicht getrennt werden, aber auch nicht zusammenkommen, eine Widerspiegelung des Kosovo-Dramas. Die Beteiligten sind alle davon überzeugt, daß der Schutz der Rechte der einen Nation nur durch die Beschneidung der Rechte der anderen möglich ist.

Heute existieren in Kosovo zwei Wahrheiten nebeneinander, ohne sich zu tangieren, eine serbische und eine albanische, aber keine einheitliche für ganz Kosovo. Ob man sie findet, wird die Zukunft zeigen.

Gennadi Syssojew

NZ-Korrespondent
PRISTINA - BELGRAD

Besondere Periode

nennen die Kubaner die harten Zeiten, die anbrechen, wie man hier annimmt, wenn die Sowjetunion ihre Lieferungen nicht im bisherigen Umfang aufrechterhält

Öffentliche Küchen und Kantinen steigen auf Brennholz um. Statt importierten Weizenmehls mengt man jetzt Kartoffeln und Möhren in die Wurst. Kräne, Ladegeräte und Schaufelbagger bleiben stehen, ab jetzt wird von Hand beladen. Büroangestellte schalten Licht und Ventilatoren aus und begeben sich dahin, wo es an Arbeitskräften mangelt, weil die Maschinen fehlen. Impressionen von der Übung „Besondere Periode“, die derzeit auf Kuba abgehalten wird.

In dieser Periode, vermuten die Kubaner, wird sich der Mangel an Treibstoff, Energie und Ersatzteilen mehr als alles andere bemerkbar machen. Noch verbraucht das Land 12 Millionen importiertes Erdöl pro Jahr. Inzwischen übt man, mit zehn, acht, sechs oder vier Millionen Tonnen auszukommen. Ersten Schätzungen zufolge muß das gegenwärtige Produktionsvolumen für Strom und Zement auf die Hälfte wenn nicht gar ein Drittel reduziert werden. Ganz eingestellt werden muß der Bau von Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern, nicht dagegen der von Wirtschaftsobjekten.

Das sich vor den Kubanern abzeichnende Bild ist nicht gerade heiter. Glaubt man dagegen hiesigen Zeitungen, wird es den revolutionären Enthusiasmus nur verstärken und den Erfindungsgeist der Werktätigen anspornen. Die in der Presse veröffentlichten Stellungnahmen zu der von der Führung dargelegten Ansicht über die besondere Periode bringen die einmütige und flammende Bereitschaft zum Ausdruck, jede Prüfung durchzustehen. Die Prüfungen beziehen sich dabei nicht nur auf Arbeit und Entbehrungen, sondern man will sein Leben einsetzen, um die Würde Kubas, der Revolution und des Sozialismus zu verteidigen. Hier werden zwei verschiedene besondere Perioden vorausgesehen. Die eine für den Fall einer militärischen Aggression und einer militärischen Blockade, die andere für friedliche Bedingungen, wenn nur die Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird. Auf die erste bereitet man sich schon seit längerem vor, während die zweite eine neue Situation darstellt.

Die entsprechenden Erläuterungen lieferte Fidel Castro, als er vor kurzem vor dem Kongress der kubanischen Frauenföderation sprach. Auch hier war wieder von Blut und Tod die Rede. Der Grund: Vor kurzem hatten die USA der UNO-Menschenrechtskommission einen Resolutionsentwurf über Menschenrechtsverletzungen auf Kuba vorgelegt. Unterstützt wurde er unter anderem auch von Bulgarien,

Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei. Nachdem der kubanische Führer diesen zornig die Leviten gelesen hatte, sagte er, daß ihre Position „die imperialistische Aggressivität ermuntert, den Imperialismus rechtfertigt und ihm Vorwände bietet, sich unserer Heimat gegenüber noch aggressiver zu gebärden“.

Wenig später wurden dieselben Länder im Hinblick auf die weiteren Aussichten ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu Kuba einer rüden Kritik unterzogen. Castro fragte seine Zuhörerinnen: „Können wir noch mit 12 000 Hühnern (so viele waren es früher - d. Red.) aus Bulgarien rechnen? Können wir noch mit Gerste aus der Tschechoslowakei rechnen? Können wir noch mit Bussen und Ersatzteilen aus Ungarn rechnen?“ Jedesmal wurde ihm mit einem schallenden „Nein!“ geantwortet.

Fidel Castro sprach auch den Warenaustausch mit diesen Ländern an: „Wir exportieren wichtige Lebensmittel und Rohstoffe und bekommen dafür oft nur Krempel. Die bulgarischen Lademaschinen sind der reinste Schrott, und man hat so viel Ärger mit ihnen, daß sie keiner mehr kauft außer uns. Die ungarischen Autobusse kommen mit einer Gallone Sprit nur sechs Kilometer weit. Sie haben automatische Getriebe aus der Tschechoslowakei, und die wiederum haben nur zwei Transmissionen, so daß 30 Prozent mehr Treibstoff verbraucht werden...“

Über Hühner und „Schrott“ habe ich mich in Havanna mit Botschaftsmitarbeitern aller Bruderländer, wie sie früher hießen, unterhalten und konnte in Erfahrung bringen, daß sowohl Hühner als auch die Gerste für das bei kubanischer Hitze durch nichts zu ersetzende Bier, als auch die Ersatzteile für Busse in nächster Zukunft in den vertraglich zugesicherten Mengen nach Kuba gelangen werden. Überlassen wir die technischen und kommerziellen Einzelheiten jedoch lieber den Fachleuten.

Wie vieles in dieser Welt weckt auch die gegenwärtige hochtourig geführte Kampagne um die „besondere Periode“, über deren Beginn die Kubaner anhand der schlagartig auftretenden „ernsten Ereignisse in der UdSSR“ urteilen sollen, zwiespältige Empfindungen. Einerseits hat man hier gewissermaßen den revolutionären Enthusiasmus vor Augen. Andererseits stimmt es einen traurig, wenn für das Verladen von Hand und den Transport auf Mauleseln die Propagandatrommel gerührt wird.

Vitali Sobolew

NZ-Korrespondent
HAVANNA

Die deutsche Sphinx

Wer beantwortet die Fragen?

In der Sowjetunion herrschte in den ersten Jahren der Perestroika lange die Ansicht, der Prozeß der Reformen im Osten werde schneller erfolgen als das Auftauen der ungelösten internationalen Probleme aus der Zeit des kalten Krieges und fast automatisch die Differenzen der vergangenen Jahrzehnte beseitigen. Im Westen hatte man sich in gewissem Sinne an eine relative Windstille in dieser Frage gewöhnt; kaum jemand glaubte hier daran, der eiserne Vorhang werde so schnell durchlässig werden.

Politiker, Experten und Vertreter der Öffentlichkeit in der Sowjetunion und in anderen Ländern zerbrechen sich heute den Kopf bei der Suche nach einer Antwort auf zwei grundsätzliche Fragen: Stellt die Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine Gefahr für die Nachbarn und die internationale Stabilität insgesamt dar und welchen politischen Kurs sollten die betreffenden Länder steuern?

Ängste und Gewohnheiten

In der Sowjetunion wecken diese Fragen nicht selten die Erinnerung an das, was man in den Jahren des zweiten Weltkrieges durchgemacht hat, der nach jüngsten offiziellen Angaben 26 Millionen Sowjetbürgern das Leben kostete. Hierbei beeinflusst die Tatsache der Aggressivität Hitlerdeutschlands wie übrigens auch des kaiserlichen Deutschlands oft die heutige Haltung zu den Aussichten auf einen Zusammenschluß von BRD und DDR. Solche Denkschablonen wie „Deutschlands Streben nach Lebensraum“ und „deutscher Revanchismus“ wirken nach, obwohl territoriale Annexionen in jenem Teil Europas, zu dem die BRD gehört, schon lange ihren Sinn verloren haben und obwohl Mutmaßungen von der Möglichkeit eines deutschen Angriffs auf die UdSSR, die über ein enormes Nuklearpotential verfügt, mehr als fragwürdig sind. Die Anhänger der Formel „Den Deutschen darf man nicht trauen, ein starkes Deutschland ist stets gefährlich“ werden in ihren Überzeugungen unter anderem von Meldungen sowjetischer Medien über zunehmende Aktivitäten der Neonazis in der DDR und in der BRD und über sich hier von Zeit zu Zeit wiederholende Erscheinungen des Antisowjetismus bestärkt.

Dabei muß man eingestehen, daß wenn sich in den letzten fünf Jahren die Diskussion in der UdSSR über Fragen der Außenpolitik auch noch nicht endgültig von lebensfremden ideologischen Dogmen befreit hat, so doch zumindest viele von ihnen nicht mehr praktische Orientierungspunkte sind. Heute suchen die Organisatoren scholastischer Dispute Unterstützung

vor allem beim nichtinformierten Publikum. Zugleich sollte es viel leichter sein, ehemalige Tabus über Bord zu werfen als sich von deren Einfluß zu befreien. Wir sind zu sehr an die Rolle einer dominierenden Kraft in der internationalen Arena gewöhnt (man hat uns das so gelehrt!), daran, daß sich die Welt nach uns richtet, nicht aber umgekehrt. Unser Denken gewöhnt sich nur schwer an die Notwendigkeit, unsere Pläne und Wünsche, die sich aus der inneren Entwicklung der UdSSR ergeben, in Einklang mit den objektiven Prozessen zu bringen, die sich außerhalb unseres Landes vollziehen.

Das Gesagte gilt voll und ganz auch für die deutsche Frage. Natürlich wäre es schön, wenn die Annäherung der beiden deutschen Staaten unter solchen Bedingungen und nach einem solchen Zeitplan erfolgen würde, die weitgehend die Schwierigkeiten und Probleme, die die UdSSR durchmacht, berücksichtigen würden. Viele sehen, und das nicht ohne Grund, in dem, was sich jetzt in der DDR und in der BRD tut, einen Faktor, der die Aufgaben der sowjetischen Führung zusätzlich erschwert. Die „mangelnde Zurückhaltung“ der Deutschen nimmt sich besonders betrüblich vor dem Hintergrund der Qualen aus, mit denen sich das Neue seinen Weg in der Sowjetunion bahnt. Sind wir denn nicht eine der Großmächte, die den deutschen Faschismus besiegt und seitdem den Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage in Händen hält? Bedeutet unsere militärische Macht denn nichts mehr? Seien wir ehrlich gegenüber uns selbst. Die jetzigen Krisenerscheinungen in unserer Gesellschaft sind ein Produkt unserer eigenen Vergangenheit. Wir dürfen nicht hoffen, daß die Welt um uns herum solange stillhalten wird, bis wir alle Rechnungen für frühere Sünden beglichen haben werden. Sie entwickelt sich ja nach ihrer eigenen Logik. Die UdSSR hat Grund, mit einem Entgegenkommen der anderen zu rechnen, doch alles hat seine Grenzen. Schließlich darf man nicht vergessen, daß Politik die Kunst des Möglichen ist!

Eng mit der Perestroika verbunden

Dabei sollte man auch nicht vergessen, daß die deutsche Frage in ihrer jetzigen Form eng mit der Perestroika verbunden ist.

Das Erscheinen der DDR auf der politischen Landkarte stellte eine Übertragung des sowjetischen Modells jener Jahre auf deutschen Boden dar. Ein Volk sollte nicht nur territorial, sondern auch ideologisch geteilt sein. Die „Wahl“ der Ostdeutschen

brachte Probleme hervor, die aus den sowjetischen Erfahrungen wohl bekannt sind, obwohl man der Gerechtigkeit halber eingestehen muß, daß wir, was die Selbstzerstörung angeht, die meisten unserer Verbündeten in Osteuropa weit hinter uns gelassen haben. Der unnatürliche Charakter der Entwicklung der DDR wurde besonders deutlich vor dem Hintergrund dessen, was sich westlich der Grenze, die das einst einheitliche Deutschland teilte, tat. Während die BRD recht schnell zu einer Lokomotive der europäischen, ja der globalen Entwicklung wurde und sich auszeichnete in die „objektiven Tendenzen“ fügte, wurden die Probleme der DDR mit den Jahren immer deutlicher. Jeder neue Aufschwung fiel immer schwerer. Und sie mußte sich immer häufiger bundesdeutsche Finanzspritzen verpassen lassen.

Die Ereignisse 1989 in der DDR, die die Beobachter in aller Welt erschütterten, kündeten vom Beginn der Perestroika auf ostdeutsche Art. Sie unterscheiden sich in vielem von der Perestroika in der UdSSR. Doch wer hat gesagt, daß revolutionäre Wenden im Leben der Gesellschaft einander ähnlich sein müssen wie Zwillinge, selbst wenn die Entwicklungswege in der Vergangenheit eng miteinander verbunden waren? Die Wege der Rückkehr der DDR und der UdSSR in die natürlichen Bahnen der historischen Entwicklung müssen unterschiedlich sein.

Szenarios der Zukunft

Die Wiedervereinigung (Vereinigung) Deutschlands ist unausweichlich. Und da stellt sich die berechnete Frage, in welchen Formen und unter welchen Bedingungen diese Vereinigung erfolgen soll. Dabei wäre sogleich der Vorbehalt anzumelden, daß man die Möglichkeiten der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten oder anderer Länder, diese Formen und Bedingungen zu bestimmen, nicht überbewerten sollte. Der Charakter des Prozesses der Wiedervereinigung kann heute wohl kaum von außen vorherbestimmt werden. Nichtsdestoweniger muß eine einheitliche Position von Ost und West in dieser Frage ihren Einfluß auf den Verlauf der Vereinigungsprozesse in Deutschland, vor allem aber auf den späteren Status eines wiedervereinigten Deutschlands in der europäischen Politik, haben.

Gegenwärtig werden vor allem drei Varianten einer Vereinigung und die ihnen entsprechenden drei Varianten für den Status eines vereinigten Deutschland in Europa und in der Welt erörtert. Die erste Variante kann man als „traditionell“ bezeichnen – in dem Sinn, daß sie bereits Anfang der 50er Jahre unterbreitet wurde, sie läuft auf die Neutralisierung eines vereinigten Deutschlands hinaus, darauf, daß sein westlicher und sein östlicher Teil im Prozeß der Vereinigung die NATO bzw. den Warschauer Vertrag verlassen und ein Staat nach Art Österreichs gebildet wird.

(Der Friedensvertrag mit Deutschland würde dann dem österreichischen Staatsvertrag von 1955 entsprechen.)

Die zweite Variante ist die „modernistische“. Die BRD und die DDR gehen aufeinander zu, wobei sie Mitglieder der militärisch-politischen und der wirtschaftlichen Blöcke bleiben, denen sie heute angehören. Die BRD gehört nach wie vor der NATO und der EG an, die DDR dem Warschauer Vertrag und dem RGW. So wird das Territorium Deutschlands zu einer Art Versuchsfeld für eine konstruktive Zusammenarbeit der Blöcke, wird zum Ort ihrer allmählichen Auflösung, der Verwandlung in gesamteuropäische Strukturen der Sicherheit und der Zusammenarbeit. Deutschlands Vereinigung erfolgt parallel zur Vereinigung Europas, beschleunigt diesen Prozeß, doch löst sich von ihm nicht zu stark. Erstmals in der Geschichte des 20. Jahrhunderts treten die Deutschen als Kraft auf, die Europa eint, nicht aber den Kontinent entzweit.

Die dritte Variante ist die „realistische“. Ein vereinigtes Deutschland gehört der NATO an, doch zu besonderen Bedingungen. Entweder werden die militärischen Strukturen der NATO nicht auf das Territorium der früheren DDR ausgeweitet (Ostdeutschland wird eine entmilitarisierte Zone, ein Puffer im Herzen Europas), oder sogar ganz Deutschland, das den politischen Einrichtungen der NATO angehört, verändert seinen Status in der militärischen Organisation des Blocks (von der Verringerung seiner Militärpräsenz bis zum vollständigen Austritt nach Vorbild Frankreichs). Die sowjetischen Truppen werden allmählich vom Territorium der ehemaligen DDR abgezogen, und die amerikanische Militärpräsenz in Deutschland wird auf eine symbolische Größe verringert.

Sehen wir uns einmal an, wie weit diese drei Varianten realisierbar sind und welche Bedeutung sie für die Sowjetunion haben.

Die „traditionelle“ Variante. Sie wurde

auf dem Höhepunkt des kalten Krieges unterbreitet und war auf die Verfestigung der Blockkonfrontation in Europa gerichtet. Gegen diese Variante lassen sich folgende Argumente ins Feld führen.

Ihre Verwirklichung heute würde eher zu zunehmender Instabilität in Europa als zu einer Stabilität der Lage führen: Ein unabhängiges Kraftzentrum mit unklaren politischen Absichten, einer unvorhersehbaren Militärdoktrin und einem enormen Wirtschaftspotential würde auf dem Kontinent entstehen. Dieses neue Kraftzentrum würde unweigerlich zugleich Ängste hervorrufen wie Objekt für Druck seitens der Nachbarn sein. Die Versuchung, ein neutrales Deutschland auf die eine oder andere Seite hinüberzuziehen, kann für die UdSSR wie für die USA allzu groß sein (zumindest wird jede Seite die andere solcher Pläne verdächtigen), und der deutsche Zankapfel würde zu einem neuen und sehr ersten Problem in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen werden. Überhaupt paßt der Begriff des „Neutralismus“ kaum für die Epoche der Beendigung der Ost-West-Konfrontation.

Die „modernistische“ Variante ist theoretisch sauber gedacht. Doch sie wäre nur dann realisierbar, wenn es um die Wiedervereinigung von zwei gleichstarken Staaten und um die Zusammenarbeit von zwei gleichwertigen Blöcken ginge. Doch von einem solchen „Gleichgewicht“ kann im Prozeß der Vereinigung nicht die Rede sein. Die BRD geht von einer Position der Stärke aus in die Einheit, die DDR von einer Position der Schwäche aus. Und deshalb diktiert gerade Bonn die Bedingungen und Formen der Vereinigung, nicht aber Berlin. Ebenso schwer ist es, von einer Gleichwertigkeit bei der Zusammenarbeit von NATO und Warschauer Vertrag, EG und RGW zu sprechen. Während die NATO weitgehend eine politische Organisation ist, konnte der Warschauer Vertrag

keine bedeutendere politische Infrastruktur schaffen, während seine militärische Infrastruktur vor aller Augen hinfällig wird.

Noch grundloser nehmen sich Versuche aus, den RGW mit der EG zu vergleichen. Die Europäische Gemeinschaft entwickelte sich stürmisch, der RGW aber steckt in einer überaus schweren Krise. Diese Krise wird man kaum in nächster Zukunft überwinden können. (Eine andere Frage ist es, ob es der Sowjetunion gelingen wird, ihre heutigen vielfältigen Verbindungen mit der DDR in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik zu nutzen, um so ihre Integration in die europäischen Wirtschaftsstrukturen zu beschleunigen.)

Die dritte, „realistische“, Variante verheißt der Sowjetunion auf den ersten Blick nur Unannehmlichkeiten. Kein Wunder, die NATO würde ja nach Osten ausgedehnt. Die wichtigsten Ergebnisse des zweiten Weltkrieges wären revidiert. Und die Haltung der sowjetischen Führung scheint so durchaus gerechtfertigt. Doch verbirgt sich nicht in der Angst vor der NATO ein Rudiment des alten Denkens? Welche Funktionen wird das Atlantische Bündnis unter Bedingungen erfüllen, da der Ost-West-Konflikt endgültig der Vergangenheit angehören wird? Das System der Einrichtungen des Blocks (wenn man die NATO überhaupt unter diesen Bedingungen als Block ansehen kann) wird nur eine „Rückversicherung“ sein, und auch das nur für die Zeit, solange die politische Zukunft der UdSSR Zweifel und Differenzen im Westen hervorruft. Im übrigen aber wird die NATO unserer Meinung nach nur ein sehr amorpher „politischer Klub“ westlicher Demokratien sein, in dem die Beteuerungen von „atlantischer Solidarität“ und der „Schicksalsgemeinschaft“ immer mehr rein ritueller Art sein werden. Die praktischen Fragen werden immer stärker in den Organen der EG, in den neuentstehenden gesamteuropäischen Strukturen, in den neuen Organisationen und Einrichtungen entschieden werden, die mit der Blockkonfrontation nichts gemein haben.

Alle Versuche, die NATO zu festigen, indem man einem vereinigten Deutschland ein hartes System militärisch-politischer Verpflichtungen auferlegt, werden eher das Ende des Blocks beschleunigen: Ein vereinigtes Deutschland wird kaum zulassen, daß die NATO zu einer „Zwangsjacke“ für die Deutschen wird, daß ihr geschmälerter Nachkriegsstatus in der europäischen und der Weltpolitik eine Neuaufgabe erfährt. Und diese neue Entschlossenheit der Deutschen ist sowohl aus Brüssel als auch aus Washington nur zu gut zu erkennen.

Und wenn dem so ist – sollte dann die Sowjetunion Angst haben vor der Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschland in der NATO? Sollte sie daraus eine prinzipielle Frage machen?

Michail Besrukow,
Andrej Kortunow



Zeichnung aus: „Die Welt“ (BRD)

„Historischer Durchbruch möglich“

So der britische Außenminister **Douglas HURD**, der sich Gedanken über die Zukunft Europas macht



Ich möchte meinen Dank für die mir gebotene Möglichkeit aussprechen, mich am Vorabend meines Besuchs in der Sowjetunion zu den Fragen der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Sowjetunion zu äußern. Mein Besuch, der vom 9. bis zum 12. April erfolgt, wird mein erster Besuch der Sowjetunion als Außen- und Commonwealth-Minister sein. Ich freue mich konstatieren zu können, daß er Bestandteil des regelmäßigen Austausches von Vertretern auf hoher Ebene zwischen unseren beiden Ländern ist. Herr Gorbatschow besuchte dreimal Großbritannien, das letzte Mal im April v. J.; Herr Schewardnadse war im Dezember v. J. in London und Herr Medwedew in diesem Februar. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher wird Moskau und Kiew im Juni besuchen. Dieses angespannte Programm bringt deutlich die spürbare Verbesserung in den britisch-sowjetischen Beziehungen der letzten Jahre zum Ausdruck. Jetzt sind diese Beziehungen besser als jemals zuvor in der gesamten Nachkriegszeit. Viele Jahre sahen wir einander nur als potentielle Gegner. Jetzt hat sich die Situation geändert. Beide Seiten messen der Zusammenarbeit mehr Bedeutung zu als je zuvor. Wir führen ehrliche und fruchtbare Gespräche über die verschiedensten Fragen wie die Rüstungskontrolle, über Probleme des Gesundheitswesens und des Industriemanagements.

Der Präsident der Tschechoslowakei Vaclav Havel sprach in seiner Neujahrsbotschaft davon, daß die internationale Politik von „Liebe, gegenseitigem Verständnis, der Kraft des Geistes und der Ideen“ erfüllt werden müsse. Was kann besser dazu beitragen als Kontakte zwischen der Jugend? Der Erfolg des 1988 unterzeichneten Austauschprogramms zwischen den Bildungseinrichtungen überstieg unsere kühnsten Erwartungen: Mehr als 350 britische Bildungseinrichtungen beteiligten sich an diesem Programm oder beabsichtigen eine Teilnahme. Unsere Völker beginnen, den anderen als Partner zu sehen.

Unsere Geschäftsbeziehungen wurden spürbar intensiviert. Im vergangenen Jahr nahm das bilaterale Handelsvolumen um 16% zu. Gegenwärtig gibt es mehr als 70 britisch-sowjetische Joint Ventures. Doch auf diesen Lorbeeren sollte man sich nicht

ausruhen, kann man ja viel mehr tun. Da die sowjetische Wirtschaft sich geöffnet hat und sich unsere gegenseitigen Beziehungen erfolgreich entwickeln, sollten die neuen Möglichkeiten für Kapitalinvestitionen sowie für die Zusammenarbeit in Handel und Industrie genutzt werden. Die britische Regierung tut alles nur Mögliche, um dazu beizutragen. So unterstützen wir entschieden den Vorschlag, im Herzen Moskaus ein großes britisch-sowjetisches Zentrum einzurichten.

Auch unsere kulturellen Kontakte werden immer intensiver. In vielem – es freut mich, das sagen zu können – geschieht das, ohne daß die Regierungen aktiv werden müssen. Britische Musiker, Maler und Theatertruppen wollen ihre Kunst in der Sowjetunion zeigen, während sowjetische Tänzer, Sänger und Orchester auf den Britischen Inseln herzlich begrüßt werden. Unsere Menschen konnten mit Hilfe des Fernsehens, das uns in den letzten Monaten über die dramatischen Ereignisse in Osteuropa informierte, einen Einblick in das Leben des anderen gewinnen. Im vergangenen Jahr wurde in Ihrem Land eine Woche des britischen Fernsehens durchgeführt. Zu Beginn dieses Jahres zeigte einer unserer Fernsehkanäle einen Monat lang sowjetische Filme und Programme sowie Sendungen über die Sowjetunion. Unser Publikum sah sowjetische Nachrichtenendungen, Dokumentar- und Unterhaltungsprogramme, sah auf seinen Bildschirmen sowjetische Menschen, die offen über ihre Geschichte, über ihre Probleme und ihre Hoffnungen sprachen.

Im Juni veranstalten wir eine Ausstellung in Kiew, die die sowjetische Öffentlichkeit über das Leben in Großbritannien heute informieren soll. Es wird die größte derartige Veranstaltung sein, die jemals in der UdSSR durchgeführt wurde. Am 4. Juni wird die Königin Prinzessin, die Tochter der Queen, die Ausstellung eröffnen, und bis Ende Juni werden viele britische Künstler nach Kiew kommen: Darsteller von

Oper, Theater und Ballett, eine Militärkapelle, ein Team von Kunstfliegern und viele andere. Russischsprechende Guides werden die Exponate erklären und Fragen beantworten. Ich hoffe, daß viele NZ-Leser diese Ausstellung werden besuchen können.

Die Briten interessieren sich lebhaft für alle Seiten des Lebens der sowjetischen Menschen. In unserem Land werden Glasnost und Perestroika mit Begeisterung aufgenommen. Michail Gorbatschows mutige Entscheidungen leiteten den Prozeß der Reformen in der Sowjetunion, die Schaffung einer neuen Friedensordnung in Europa und die Verbesserung des Klimas in den internationalen Beziehungen ein. Großbritannien wird zweifellos diese Veränderungen unterstützen, die sowohl für Ihr Volk als auch für unser Volk segensreich sind.

Wir unterstützen den erweiterten Austausch zwischen Abgeordneten des britischen Parlaments und des Obersten Sowjets der UdSSR. Die sowjetischen Parlamentarier und Geschäftsleute zeigen großes Interesse an unseren Erfahrungen und unserem Managementstil, und wir freuen uns natürlich sehr, ihnen unsere Erfahrungen in diesem Bereich vermitteln zu können. Wir fördern die Intensivierung des parlamentarischen Austausches, organisieren Kurse für Industriemanagement. Wir helfen mit Erfahrungen, wie die Rüstungsindustrie auf die Produktion von Konsumwaren umgestellt und wie man kleinere Firmen, die sich leicht den Veränderungen des Marktes anpassen und schnell auf sie reagieren, managen kann. Fast jede Woche begrüßen unsere beiden Länder Delegationen, die kommen, um einen weiten Kreis von Fragen zu erörtern wie die Ausbildung von Beamten, die Schaffung gleicher Möglichkeiten für die Frauen, die Prozesse der Erarbeitung und Annahme von Gesetzen, Zusammenarbeit im Kampf gegen die Rauschgiftsucht und den Terrorismus. Bei meinem Besuch werde ich versuchen, auch andere Bereiche für eine mögliche Zusammenarbeit zu sondieren.

Die Verbesserung der Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion erfolgte vor dem Hintergrund bedeutender Veränderungen in Europa. Die Veränderungen im Westen wie im Osten erfolgen viel schneller, als man noch vor einigen Jahren hätte vermuten können. Großbritannien bewegt sich auf eine noch engere Zusammenarbeit mit seinen Partnern in der Europäischen Gemeinschaft zu. Gegenwärtig wird eine lebhaft Diskussion darüber geführt, wozu das letztendlich füh-

ren wird, doch es besteht kein Zweifel daran, daß die zwölf EG-Länder eine neue, einmalige Form der internationalen Partnerschaft schaffen. Durch die Schaffung des gemeinsamen Binnenmarkts wird die Gemeinschaft wirtschaftlich noch stärker und politisch noch geschlossener werden. Ich bin davon überzeugt, daß sie sich nicht abkapseln, sondern anderen offenstehen wird. Die EG wird die Hauptrolle im Europa der Zukunft spielen.

Im Osten vollziehen sich ebenfalls unwahrscheinliche Veränderungen. Die Regierungen ändern sich, die Verfassungen ändern sich. Eine Schlüsselrolle bei der Schaffung der Voraussetzungen für Reformen in Osteuropa spielt die Sowjetunion. Ich glaube, daß die jetzigen Veränderungen zu dauerhafter Stabilität und Sicherheit in ganz Europa beitragen werden. Wie die neuerlangten Freiheiten genutzt werden – darüber haben die Völker Osteuropas selbst zu entscheiden. Doch für uns alle, für die Sicherheit und die Stabilität auf dem Kontinent ist es wichtig, wie sie von diesen Freiheiten unter den Bedingungen der garantierten Rechte des einzelnen, der Demokratie, gewählter Regierungen, denen das Volk vertraut, und des wirtschaftlichen Erfolgs Gebrauch machen werden. Die osteuropäischen Völker haben mutig den Weg der Reformen betreten, doch dieser Weg ist lang und mühsam. Wir und unsere Partner sowie – davon bin ich überzeugt – die Sowjetunion sind bereit, nach Kräften zu helfen, doch der Erfolg der Reformen wird von diesen Völkern selbst abhängen. Wir alle hoffen auf ihren Erfolg, wir alle müssen gemeinsam handeln, um eine neue, abgestimmte europäische Struktur zu schaffen.

Eine der überraschendsten Veränderungen der letzten Monate war der schnelle Fortschritt hin zur Vereinigung Deutschlands. Mehr als 40 Jahre waren Verwandte in beiden Teilen Deutschlands getrennt voneinander, konnten einander nicht besuchen. Ich war im November v. J. in Berlin, bald nachdem die Berliner Mauer gefallen war, und ein weiteres Mal im Januar d. J. Niemand kann gleichgültig bleiben, wenn er die unverhohlene Bekundung aufrichtiger Gefühle der Freude und des Glücks von Tausenden von Menschen erlebt, die in Freiheit zueinander kommen konnten.

Ich weiß, daß manche Bürger der Sowjetunion gemischte Gefühle bei diesem Prozeß empfinden. Das ist leicht verständlich, wenn man an die entsetzlichen Opfer denkt, die die sowjetischen Menschen im letzten Krieg gebracht haben. Doch ich weiß auch, daß sich Deutschland seit dieser schlimmen Zeit grundlegend geändert hat. Jetzt schon 40 Jahre gibt es in der Bundesrepublik eine starke liberale Demokratie unter der Kontrolle der Öffentlichkeit, einen Rechtsstaat. Sie ist in das westliche Bündnis und in die Europäische

Gemeinschaft integriert. Das deutsche Volk teilt die Bestrebungen seiner Partner und Verbündeten. Ich bin davon überzeugt, daß der neue deutsche Staat auf eben diesen demokratischen Grundlagen beruhen und die Überwindung der Spaltung Deutschlands zur Überwindung der Spaltung Europas insgesamt beitragen wird.

Was uns angeht, so werden wir zusammen mit all unseren Partnern, natürlich einschließlich der Sowjetunion, handeln. Das Abkommen von Ottawa zwischen den vier Siegermächten des letzten Krieges (Vereinigtes Königreich, Sowjetunion, Vereinigte Staaten und Frankreich) und den beiden deutschen Staaten schafft einen zuverlässigen Mechanismus, um die äußeren Aspekte der Vereinigung zu erörtern. Wir werden diese Fragen auch auf anderen entsprechenden Foren erörtern. Unser Ziel ist es, solche Bedingungen zu schaffen, daß der Prozeß der Vereinigung zur Bewahrung der Stabilität in Europa beiträgt und sich auf die Sicherheit unseres Kontinents nicht störend auswirkt.

Die sowjetische Führung hat wiederholt von der Notwendigkeit gesprochen, ein gemeinsames europäisches Haus zu errichten. Wie wir das auch nennen mögen, wir brauchen eine politische Struktur, bei der sich jedes Volk in Europa sicher fühlt. Wir müssen den Antagonismus und das Mißtrauen zwischen Ost und West ein für allemal beseitigen. Wir müssen allgemeines Wohlergehen sichern. Wir müssen im Kampf gegen die gemeinsamen Gefahren, die uns bedrohen, zusammenarbeiten; unter ihnen ist das Problem der Umwelt eines der ernstesten. Ein Anfang ist bereits gemacht. Doch wir stehen dabei erst am Anfang, werden uns der Schwere der vor uns stehenden Probleme und des Ausmaßes des Schadens, den die Umwelt global durch die industrielle und landwirtschaftliche Tätigkeit des Menschen bereits genommen hat, erst bewußt.

Ich glaube nicht, daß heute irgend jemand in Ost oder West ernstlich glaubt, in Europa könne ein Krieg entfesselt werden. Es ist einfach absurd zu meinen, die NATO oder eines ihrer Mitgliedsländer könne Staaten des Warschauer Vertrages angreifen. Ebenso ist völlig klar, daß vom Warschauer Vertrag keinerlei aggressive Absichten ausgehen. Das bedeutet keineswegs, daß wir in Sicherheitsfragen naiv oder sorglos sein könnten – die NATO wird nach wie vor ein für uns, im Westen, wichtiges Verteidigungsbündnis bleiben, das unsere Sicherheit gewährleistet. Überdies bildet das Bündnis eine Gemeinschaft von Ländern mit gleichen Wertvorstellungen, Interessen und Bestrebungen. Und deshalb wird es weiterhin ein stabilisierender Faktor in Europa sein – in einem Europa, in dem ein

vereinigtes Deutschland keine Bedrohung für wen auch immer sein wird.

Ein wichtiges und sensibles Moment ist die Rüstungskontrolle auf der Grundlage einer ausgeglichenen und verifizierbaren Reduzierung, was letztlich zu Stabilität und Sicherheit führen wird. Die Wahrheit war stets, daß Sicherheitsvereinbarungen auf den Möglichkeiten, nicht aber auf den Absichten beruhen müssen. Doch ich glaube, daß jetzt alle interessierten Länder mehr politischen Willen haben als je zuvor, um gemeinsam für eine bedeutende Verringerung des Rüstungsstandes zu arbeiten. Unlängst erfuhr das in Ottawa eine weitere Bestätigung. Nichtsdestoweniger können Rüstungskontrollabkommen nur dann effektiv sein, wenn alle ihre Teilnehmer davon überzeugt sind, daß sich alle Seiten an ihre Verpflichtungen halten werden. Gerade solche Abkommen wollen wir bei den Wiener Verhandlungen erarbeiten, und um solche Abkommen geht es meiner Meinung nach bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Waffensysteme.

In der Perspektive sehe ich große Möglichkeiten bei der Entwicklung des Helsinki-Prozesses. Ich weiß, daß in allen europäischen Hauptstädten die Regierungen und ihre Minister Maßnahmen prüfen, mit deren Hilfe dieser Prozeß zur Grundlage einer neuen europäischen Struktur werden könnte. Die Gipfelkonferenz der 35, die in diesem Jahr stattfinden soll, wird diese Erörterung auf eine neue Ebene führen, worauf wir alle große Hoffnungen setzen. Ich glaube, daß der Gipfel neue Wege zur Erneuerung des KSZE-Prozesses bahnen und zu weiteren Vereinbarungen beim Helsinki-2-Treffen 1992 führen wird. Wenn das geschieht, werden wir Zeugen eines historischen Durchbruchs sein – erstmals wird unser von Konflikten geschüttelter Kontinent auf der Grundlage von Frieden und Freiheit, des Strebens nach Vertrauen und Zusammenarbeit, nicht aber des unwürdigen Gleichgewichts der Abschreckung voll zu sich finden. Meine Generation ist in einer Zeit der Spannungen und des Krieges großgeworden. Wir wurden in den Jahren des kalten Krieges erzogen, wir haben unseren Platz in der Gesellschaft in der Nachkriegszeit eingenommen. Wie wäre es großartig, wenn die Völker Großbritanniens und der Sowjetunion mit gemeinsamen Anstrengungen unserem Kontinent helfen könnten, in eine neue Ära zu treten – eine Ära, in der ein Krieg völlig undenkbar wäre. Das ist unser Ziel. Bessere Möglichkeiten als heute, um es zu verwirklichen, hat es noch nie gegeben.

LONDON

Keine Rose ohne Dornen

Wenig feierliche Bemerkungen zum Jubiläumsparteitag der französischen Sozialisten

Der in der zweiten Märzhälfte in Rennes zu Ende gegangene Parteitag der Französischen Sozialistischen Partei war seit ihrem ersten Parteitag 1971 in Epinay der zehnte. Das Jubiläum bot vordergründig Anlaß, eine für die PSF recht positive Bilanz zu ziehen. Die wichtigste Aufgabe hat sie nämlich gelöst: Seit 1981 ist sie Regierungspartei. Dennoch war dieser Parteitag alles andere als ein Jubiläumsergebnis. Die vier Tage dauernden heißen Diskussionen brachten kein Ergebnis. Man war weder imstande, eine Resolution anzunehmen noch sich über die personelle Zusammensetzung der führenden Ebenen zu einigen. Das traditionelle und in den Jahren erprobte Szenario, Parteitagegeplänkel über Resolutionsentwürfe, Absprachen der Fraktionsführer in den Pausen, das Warten auf die in der letzten Nacht vor dem Abschluß dann endlich doch noch zustande kommende Synthese, versagte diesmal. In Rennes war alles wie früher, bloß der krönende Abschluß blieb aus.

Von Leitungserfahrungen zur ideologischen Erneuerung

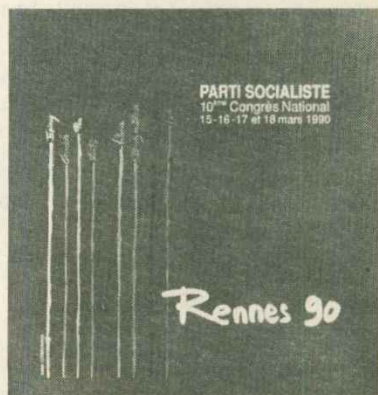
Man kann nicht gerade sagen, daß die polemisch geführte Diskussion überraschend kam. Sieben Resolutionsentwürfe, vorgelegt von den Wortführern der Fraktionen im PSF, versprachen aufregende Debatten. Diesmal gewann die Auseinandersetzung jedoch eine neue Qualität. Es ging nämlich nicht nur darum, welche innerparteiliche Strömung sich durchsetzt, sondern wer in Zukunft Einfluß in der Partei haben soll, unter Bedingungen, die, wie französische Beobachter bemerkten, von einem Wechsel der politischen Generationen in der PSF und einer ernsthaften Anwartschaft auf die führende Rolle bei der bevorstehenden entscheidenden politischen Prüfung, den Präsidentschaftswahlen 1995, geprägt werden. Bis dahin bleibt zwar noch etwas Zeit, doch die führenden Anwärter sind sich darüber im klaren, daß die Zukunft heute beginnt.

In diesen Wochen wurde in Frankreich viel über den Parteitag von Rennes geschrieben. Die Positionen der Rivalen Pierre Mauroy und Lionel Jospin auf der einen und Laurent Fabius auf der anderen Seite bezeichnen nicht nur die Konfrontation von Individuen, sondern auch den Streit zwischen zwei Generationen von Sozialisten, zwischen zwei unterschiedlichen Ansichten über die Zukunft des PSF. Hält man historischen Wurzeln und Traditionen die Treue oder beschleunigt man die Modernisierung des ideologischen und politischen Gepäcks der Partei, um neue soziale Schichten

anzusprechen und nach neuen Formen der politischen Aktivität zu suchen? Das war hier die Frage.

Das einzige und alle einigende Moment, unter dem Druck der dramatisch verlaufenden Diskussion allerdings in den Hintergrund gedrängt, war die Deklaration der Prinzipien des PSF, eines neuen Grundlagendokuments. Die sieben Punkte dieser Deklaration zogen einen Schlußstrich unter die Revision der programmatischen Ansätze des „Sozialistischen Projekts“ vom Ende der 70er Jahre. Die einen bezeichnen das als Abschied von Illusionen, die man mit sozialistischen Ideen bemäntelt hatte, die anderen sehen darin einen Reifeprozess, der mit dem Erwerb von „Regierungskultur“ von selbst kommt. Wie dem auch sei, aber im neuen Dokument fehlt die revolutionäre Rhetorik der 70er Jahre, die Idee, „mit dem Kapitalismus zu brechen“, fehlt die „gesellschaftliche Veränderung“ mit schnellen und radikalen Eingriffen. Der Parti Socialiste „stellt den Reformismus in den Dienst seiner revolutionären Bemühungen und fügt sich damit in die historische Entwicklung des demokratischen Sozialismus ein“. Im Mittelpunkt steht der Mensch, stehen seine unveräußerlichen und in ihrer ganzen Bedeutung bejahten Rechte. Der PSF bezeichnet sich zwar als Partei der sozialen Reformen, stellt jedoch die Nationalisierung nicht auf die Tagesordnung (diese These wird inzwischen übrigens von allen politischen Kräften in Frankreich fallengelassen), sondern spricht sich im Gegensatz dazu für gemischte Wirtschaftsformen und Nutzung marktwirtschaftlicher Hebel aus, ohne sich über mögliche negative soziale Folgeerscheinungen hinwegzutäuschen. Ist das die Annäherung von Worten an Tatsachen oder die Preisgabe von Positionen? Es ist wohl eher ein Ausdruck für die Erfahrungen mit praktischen Leitungsaufgaben, ein Verständnis für die unerbittlichen Anforderungen des Wirtschaftssystems, in das Frankreich eingebunden ist. Eine Regierungspartei kann nicht lange in den Wolken schweben, ohne Gefahr zu laufen, zumindest als unseriös angesehen zu werden.

Aus den Redebeiträgen während des Parteitages war deutlich herauszuhören, wie besorgt man über zunehmende soziale Probleme ist, die für alle westeuropäischen Industriestaaten bezeichnend sind: Umweltschutz, soziale Rechte der Jugendlichen und anderer sozial schwach abgesicherter Gruppen, der zunehmende Nationalismus und Rassismus, die Forderung, einschlägige Lösungsansätze zu internationalisieren. Letzteres sah man allerdings überwiegend unter dem Aspekt einer beschleunigten westeuropäischen Integration.



Bruderkrieg oder Wahrheitssuche?

Die Bedeutung, die eine Umwertung verschiedener Grundsatzäußerungen durch die Sozialisten hat, stand für alle außer Zweifel, beschäftigte aber die Herzen und Hirne der Delegierten und Beobachter weniger. Im Vordergrund standen die Kämpfe und die Widerspenstigkeit der Fraktionsführer, die stellenweise an eine Rückkehr in die Zeiten der Vierten Republik, der Französischen Sozialistischen Partei und eines Guy Mollet erinnerte. Die führende sogenannte Mitterrand-Linie drohte zerredet zu werden. Außer in der Frage, wie die Partei sich von den Methoden ihrer Tätigkeit her darstellen sollte, war es nicht immer leicht, deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern von Mauroy – Jospin beziehungsweise Fabius auszumachen. Jedes dieser beiden Kraftzentren hatte etwa ein Drittel aller Parteimitglieder und Parteitage delegierten hinter sich.

Allgemeiner Auffassung zufolge befand sich Premierminister Michel Rocard in einer günstigeren Situation. Seine Anhänger hätten fast ein Viertel aller Stimmen. Sein Redebeitrag, der auf die nicht ohne Folgen gebliebene Regierungspolitik abhob, brachte ihn in eine Position des Schlichters von Handgreiflichkeiten, indem er daran erinnerte, daß bei den bevorstehenden Parlamentswahlen 1993 die Wähler letzten Endes anhand von konkreter Regierungstätigkeit und nicht von Absichtserklärungen ihr Urteil abgeben werden. Während Rocard in der Vergangenheit nicht selten als das schwarze Schaf der Partei oder als jemand angesehen wurde, der die Wahrheit früher als andere verkündet, so brachte ihm die hier bezogene neutrale Position innerhalb seiner Partei die erwarteten Dividende ein.

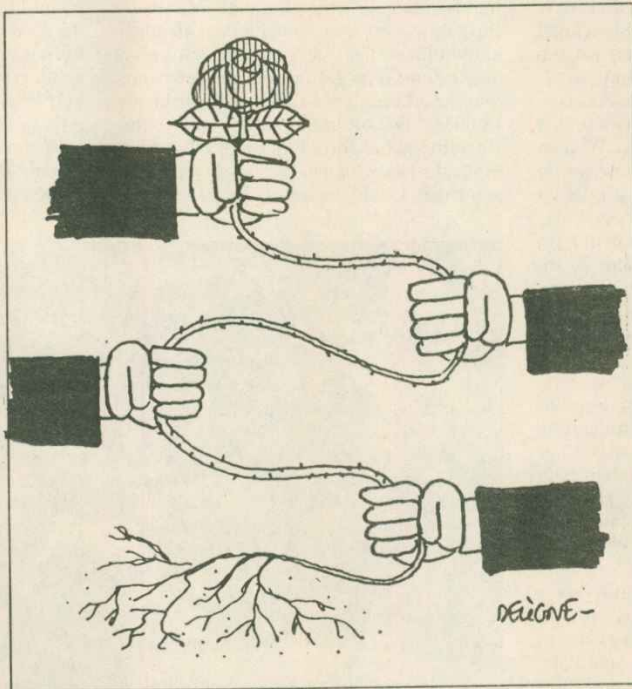
Die Fähigkeit, in der Vielfalt Kraft zu schöpfen, die Kultur des Kompromisses, das Verständnis dafür, daß die Autorität einer Partei nicht nur in ihren Beschlüssen, sondern auch in ihrer Fähigkeit besteht, Persönlichkeiten zu konfigurieren, haben

das innerparteiliche Leben des PSF schon immer ausgezeichnet. Die Fraktionsführer sind keine ambitionierten Neulinge, sondern gestandene Politiker, die den langen und beschwerlichen Weg der politischen Selektion durchlaufen haben. Der dramatische Ausgang der viertägigen Sitzungen des 10. Parteitags haben die politische Schulweisheit bestätigt, daß eine Spaltung der Partei, daß Unversöhnlichkeit und die Absage an jeden Kompromiß gewöhnlich nur einen taktischen Vorteil bringen. In der Regel gehen aus solchen Scharmützeln nicht die Rivalen, sondern der Gegner gestärkt hervor, in diesem Falle die rechten Parteien, die sich das ganze nicht ohne Sarkasmus betrachten. Darüber hinaus ist das die innere Angelegenheit der Franzosen, und es wäre ein undankbares Geschäft, ihnen Lehren in politischer Weisheit erteilen zu wollen.

Worüber ist der Parteitag der Sozialisten denn dieses Mal gestolpert? Die Antwort der französischen Kommentatoren läßt sich übereinstimmend so formulieren: über die persönliche Rivalität um den besten Platz in der zukünftigen politischen Hierarchie. Das stimmt natürlich, aber das Problem ist wohl doch umfassenderer Natur. Die Diskussionen im PSF lassen erkennen, daß man ernsthaft darüber nachdenkt, mit welchem ideologischen Rüstzeug die Sozialisten im neuen sozialen, historischen und internationalen Kontext antreten und mit welchen Methoden sie es ins öffentliche Bewußtsein heben wollen. Die ideologisch und politisch relativ bequemen alten Zeiten, da man sich auf die für das Verständnis der Franzosen zugängliche Konfrontation zwischen einem realen Sozialismus und der westlichen Ansicht über demokratischen Sozialismus verlassen konnte, sind vorbei. Die Gegenwart erfordert Antworten auf die Frage, wie man soziale Versprechen und damit zusammenhängende Erwartungen der französischen Gesellschaft mit der Theorie und Praxis einer mehrjährigen sozialistischen Regierung vereinbaren und wie man soziale Gerechtigkeit in einer Gesellschaft herstellen will, die auf Markt- und Konkurrenzprinzipien, die immer Formen von Ungleichheit nach sich ziehen, aufgebaut ist. Wie soll also die sozialistische Idee kurz vor dem Übergang ins 21. Jahrhundert aussehen, und mit welchen politischen Verbündeten will man um die Macht kämpfen? Hier befinden sich die Sozialisten wohl erst am Anfang des Weges.

Blick auf das „andere Europa“

Freilich ließ es sich dieser Parteitag nicht nehmen, die Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa zu werten. Das große Interesse daran bewies unter anderem noch einmal, wie stark die ideelle, politische und geopolitische Verflechtung der europäischen Länder ist, ob wir das nun wahrhaben wollen oder nicht. Besonders zu spüren bekommen das Parteien, die sich soziali-



Die in der Faust gehaltene Rose versinnbildlicht den edlen Gehalt sozialistischer Ideale, die zugleich eine vorsichtige und liebevolle Behandlung erfordern. Sie ist das Symbol der Sozialistischen Internationale und der ihr angehörenden Parteien. So kommentiert der Karikaturist des Pariser „Le Monde“ den Parteitag von Rennes

stisch nennen. Kein einziger Redner verabsäumte es, sich über den Zusammenbruch des totalitären Kommunismus und die historische Revanche der sozialdemokratischen Idee zu äußern. Die meisten bitteren und zerschmetternden Urteile unterschieden sich allerdings kaum von denen, die wir selbst inzwischen abgeben. Viele davon wurden hier gewissermaßen für den Dienstgebrauch verwendet und brachten damit die schwierige Lage in dem Milieu zum Ausdruck, das wir gewöhnlich als linke Kräfte Frankreichs bezeichnen, ohne uns immer so recht darüber bewußt zu werden, ob dieser Terminus der Wirklichkeit überhaupt noch gerecht wird.

Erstaunlich war etwas anderes: Vor dem Hintergrund des historischen Kräftermessens zwischen den beiden politischen Strömungen in der Arbeiterbewegung, das bisweilen an den Streit über den Schnee von gestern erinnert hat, ist nur ganz wenig über

die gegenwärtigen ideologischen und politischen Positionen der Kommunisten in der UdSSR und der Länder Osteuropas gesprochen worden. Der Kampf mit Windmühlengiganten verstellte den Blick für ein ernstes, vielleicht sogar kritisches Gespräch über die erneuerten Ansichten der Kommunisten zu ihrem Platz in den gesellschaftlichen Strukturen, zu ihrer neuen Funktion im gegenwärtigen Abschnitt und die historische Bestimmung der Parteien selbst. Dieses Gespräch hätte wohl für beide Seiten bedeutend

interessanter und nützlicher werden können, zumal die Ausgangsvoraussetzung, daß der Sozialismus Demokratie in allen ihren Dimensionen bedeutet, heutzutage kaum ernsthaft angezweifelt werden dürfte. Ein anschauliches Beispiel dafür war, daß nicht nur Vertreter der KPdSU, sondern auch Sozialdemokraten aus Rußland, Litauen und Estland zu diesem Parteitag eingeladen worden sind. Ein solches Spektrum von Parteitagsgästen in Rennes, die sich auch an den einzelnen Diskussionen über die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa beteiligten, zeigte den real existierenden politischen Pluralismus der sowjetischen Gesellschaft. Das hat nichts mit der Frage zu tun, wie inhaltlich diese ad hoc geführte Diskussion war, denn das Niveau ließ des öfteren zu wünschen übrig. Dieser Parteitag hat den bereits bekannten Positionen der französischen Sozialisten zu internationalen Fragen nichts Neues hinzugefügt. In der Regel sind sie leicht variierte Illustrationen zur offiziellen Regierungslinie.

Die lautstarken Erklärungen über das Ende des PSF, den Kampf um die Nachfolge für Francois Mitterrand, über die zerschellte Rosenvase und auch darüber, daß der Parteitag in Epinay den PSF gegründet und der in Rennes einen Schlußstrich unter seine Vergangenheit gezogen habe, erwiesen sich letzten Endes als zwar nicht unbegründete aber immerhin doch Übertreibungen. Drei Tage nach Abschluß des Parteitages wurde trotzdem noch eine Kompromißlösung gefunden. Pierre Mauroy wurde wieder zum 1. Sekretär des PSF gewählt. Der einflußreiche Politiker hat auch in der internationalen Sozialdemokratie einen Namen: Er ist Vizepräsident der Sozialistischen Internationale. Man muß auch sehen, daß hinter dieser Entscheidung die Autorität und der Wunsch von Francois Mitterrand gestanden haben, der der Erosion seiner Partei ein Ende setzen und nicht zulassen will, daß der Streit gefährliche Ausmaße annimmt.

Alexej Koshemjakow
RENNES - MOSKAU

Spanisches Intermezzo

Warum hat sich die nationale Frage in Spanien wieder zugespitzt? Was wollen Basken und Katalanen von der Zentralregierung und welcher Methoden bedienen sie sich?

Die große Politik birgt stets Überraschungen. Manchmal taucht die Gefahr da auf, wo man sie am wenigsten vermutet. Die Freude von Premierminister Felipe Gonzalez über seinen Sieg bei den vorgezogenen allgemeinen Wahlen im Oktober vergangenen Jahres wurde stark getrübt durch eine Nachricht, die im Dezember aus dem Fernschreiber in der Regierungsresidenz Moncloa tickerte: Im katalanischen Parlament wurde eine Resolution der dortigen Regierungspartei „Konvergenz und Einheit“ mit Stimmenmehrheit gebilligt, die zur Selbstbestimmung dieses historischen Gebiets aufrief. Ähnliche Ereignisse in der gesetzgebenden Versammlung des Baskenlandes im Februar dieses Jahres stürzten die Zentralregierung in arge Bedrängnis. Der Vorschlag der hier regierenden Baskischen Nationalpartei (PNV), das Recht des baskischen Volkes auf Selbstbestimmung anzuerkennen und dieser Union mehr Autonomie zu gewähren, wurde von 38 Abgeordneten des gemäßigten PNV, des linken Euskadiko Ezkerra und des linkszentristischen Eusko Alkartasuna unterstützt. 23 Parlamentarier der in Spanien regierenden PSOE (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) und der Unabhängigen stimmten in hoffnungsloser Minderzahl dagegen. Obwohl die damit verabschiedeten Dokumente keine gesetzliche Kraft haben, bergen sie eine dermaßen starke politische Ladung in sich, die zu ignorieren unvernünftig, ja gefährlich wäre.

Meuterei

Die Ereignisse schaukelten sich hoch. Im März nahmen die Leidenschaften zu. Die katalanischen Radikalen begeisterten sich für den Mut der baltischen Radikalen. Sie ließen es sich auch nicht nehmen, in Barcelona eine Veranstaltung mit dem inzwischen berühmt gewordenen Historiker und Publizisten Tiit Made aus Estland durchzuführen. Sofort danach befuhr eine Gruppe von Nationalisten der Republikanischen Linken Kataloniens die sowjetischen Ostseerepubliken.

Die Mehrheit der Katalanen unterstützt die Projekte der Radikalen allerdings nicht, weil sie nicht restlos davon überzeugt ist, ob so ein selbständiger katalanischer Staat überhaupt gegründet werden kann. Die separatistischen Kampfpläne unter seinen

Landsleuten brachte Pasqual Maragall, Bürgermeister von Barcelona, ziemlich kaltblütig wieder zur Vernunft, als er im dichtesten Gerangel um die Selbstbestimmung erklärte: „Ich fühle mich nicht als Litauer.“ Darauf hatte es der katalanische Regierungschef Jordi Pujol sehr eilig, nach Madrid zu kabeln, daß die Katalanen keine sofortige Unabhängigkeit beabsichtigen.



Jordi Pujol, Regierungschef von Katalonien: Ruhe, Augenmaß und Disziplin

Foto: „El Pais“ (Spanien)

denn sie hätten begriffen, daß das einfach nicht realistisch wäre. Inzwischen gab die oberste Armeeführung Gonzalez zu verstehen, daß sie irgendwelchen grundlegenden Umbrüchen in Spanien und einer Verletzung seiner Integrität und Verteidigungsbereitschaft nicht untätig zusehen werde.

Separatistische Politik macht es sich leicht. Obwohl sie die Herzen von Millionen entflammen kann, hat sie nicht immer geeignete und ausgewogene Varianten für die Erreichung ihrer Ziele zu bieten. Madrid hat den politischen und wirtschaftlichen Preis für die Folgen des Separatismus berechnet und dann ziemlich hart reagiert: Der Austritt Kataloniens aus der spanischen Nation steht nicht zur Debatte. Nach der Verfassung genießen alle 17 Provinzen eine äußerst weit gefaßte Autono-

mie, wobei Katalonien und das Baskenland besonders gehätschelt werden. Ihre Regierungen genießen außerordentlich große Vollmachten. Diese Regionen sind zwar nicht souverän, haben aber den freiesten autonomen Status in Europa, sind industriell besser entwickelt und wirtschaftlich wohlhabender als die anderen spanischen Provinzen. Um ihren Lebensstandard werden Katalanen und Basken in den fernen andalusischen Steppen und selbst im gepflegten und gediegenen Galicien beneidet. Was würde ihnen die Unabhängigkeit jetzt real bringen? Beide könnten außerhalb von Spanien wirtschaftlich nicht überleben. Die EG würde den spanischen Nationalisten ihre rücksichtslose Sturheit

kaum verzeihen, wenn europäische Integration und Sicherheit potentiell gefährdet werden.

Briefbomben

Anfang März öffneten 5 Personen in Madrid, Valencia und Murcia sorglos ihre Briefe und wurden Opfer von Sprengstoffanschlägen. Die Plastikbomben haben 3 Menschen schwer verletzt, zwei weitere schweben immer noch in Lebensgefahr. So hat der illegal operierende militante Flügel der extremistischen Basken-Organisation ETA auf den Vorschlag der Zentralregierung reagiert, die Verhandlungen fortzusetzen, unter der Bedingung, daß die ETA sich für ein halbes Jahr jeder terroristischen Tätigkeit enthält. Die Verhandlungsrunde

im letzten Jahr in Algier verlief ergebnislos, und die Mitglieder der ETA erklärten, daß sie ihre Kampfhandlungen wiederaufnehmen wollten. Jetzt tut es der Regierung schon wieder leid, daß sie das Ausnahmegesetz zur Bekämpfung des Terrorismus außer Kraft gesetzt hat. Innenminister Jose Luis Corcuera erklärte, entschlossen bis zur völligen Vernichtung der Terroristen, die die ganze Gesellschaft herausfordern, kämpfen zu wollen. Die autonome Regierung von Euzkadi (Baskenland) erklärte bedauernd, daß damit automatisch jede Möglichkeit für neue Verhandlungen entfallen sei. Plötzlich erklärte die ETA jedoch, daß sie bereit sei, den Terror einzustellen, wenn Madrid sich auf einen Kompromiß einläßt, der sich in Algier abgezeichnet hatte, aber nicht erreicht worden war: Die Regierung muß die ETA als vollberechtigte politische Organisation, die die Interessen des baskischen Volkes vertreten kann, anerkennen.

Wie man sieht, ein Problem, an das man schwer herankommt. Die ETA und ihr legaler politischer Flügel, die extrem nationalistische Partei „Herri Batasuna“ (HB) betrachten das Baskenland eindeutig als souveränen Staat. Jose Maria Sasein, Mitglied des nationalen Exekutivkomitees der Herri Batasuna, behauptet: „Wir sind gegen Gewalt, wollen aber auch nicht, daß Madrid uns seinen Willen diktiert.“ Die Wirklichkeit sieht aber so aus, daß die Forderungen der ETA und der HB völlig überzogen und von daher unannehmbar sind. Eine Forderung lautet, die Provinz Navarra dem Baskenland anzuschließen. Das würde die spanische Geographie völlig durcheinanderbringen. Darüber hinaus macht die ETA auch noch Rechte auf die drei französischen baskischen Provinzen geltend.

Nichtsdestoweniger stellt sie eine Kraft dar, mit der man rechnen muß. Bei den letzten allgemeinen Wahlen holte sich die HB die Unterstützung von 17 Prozent aller spanischen Basken und sicherte sich 7 Plätze in den Spanischen Cortes, 4 Plätze im Abgeordnetenhaus und 3 im Senat, wobei sie zum ersten Mal seit vielen Jahren zustimmte, daß ihre Palamentarier dort physisch vertreten sind. In Euzkadi wurde das mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, als Anzeichen für eine gewisse Abmilderung der kompromißlos harten Position der Separatisten und als Beginn eines Gärungsprozesses in den eigenen Reihen, was wiederum auf eine Isolation der ETA von der HB in absehbarer Zukunft hoffen läßt. Noch aber stößt die im Grundgesetz enthaltene Formulierung von der „unauflöslichen Einheit der spanischen Nation“ auf den erbitterten Widerstand der HB und natürlich erst recht der ETA.

„Beeil dich langsam!“

Das Baskenland ist eine reiche Region, deren Sprache und Küche entfernte, aber wissenschaftlich bewiesene Ähnlichkeit zu denen Georgiens aufweisen. Eine eigene Regierung, ein eigenes Parlament, eine eigene nationale Flagge (die gelb-rote spanische Fahne sieht man hier nirgendwo), eine eigene Polizei, eine auf jede Weise geförderte Kultur und Sprache, ein freier Außenhandel, eine liberale Steuer- und Investitionspolitik: alles Indizien dafür, daß das Baskenland keineswegs von Spanien unterdrückt wird, wie die Separatisten behaupten. Die Zentralregierung trägt in jeder Beziehung zum wirtschaftlichen Boom in Euzkadi bei und steckt mehr Mittel in seine Wirtschaft als in die anderer Regionen. Jose Antonio Ardanza, Regierungschef des Baskenlandes, atmet erleichtert auf, wenn er seinen statistischen Unterlagen entnehmen kann, daß die Jugendlichen nichts von ETA und HB halten. Im Bewußtsein der Basken finden wesentliche Veränderungen statt. Sie neigen inzwischen nicht mehr unbedingt zu der Auffassung, daß ihre Heimat eine Kolonie ist. Letzte Meinungsumfragen haben ergeben, daß die Mehrheit der Basken zwar für Selbstständigkeit eintritt, allerdings im Rahmen Spaniens. Nur einer von vier Basken ist für die völlige Unabhängigkeit und einen Austritt aus dem spanischen Staat.

Die erzvertrackte nationale Frage hat heutzutage einen festen Platz auf der Tagesordnung und regt viele in Spanien an, ungeniert über bis vor kurzem noch tabuisierte Fragen zu sprechen. Bei diesen Debatten werden die bestehenden autonomen Strukturen einer Belastungsprobe ausgesetzt. Es ist allerdings deutlich geworden, daß in den gegenwärtigen Debatten über Selbstbestimmung das Ziel verfolgt wird, die Zentralregierung zu entsprechenden Verhandlungen zu bewegen, um Maximalismus und Unversöhnlichkeit auf beiden Seiten abzuschwächen und mehr politische und wirtschaftliche Macht für die Autonomie dabei herauszuschlagen. Juan Maria Bandres, Abgeordneter des Europa-Parlaments und Vorsitzender des Euskadiko Ezkerra, ist sicher, daß dieses Ergebnis nur bei gegenseitigem Verständnis und einem politischen Dialog unter gesetzlich festgelegten Rahmenbedingungen zu erreichen ist.

Die Nationalisten in Katalonien und im Baskenland haben ihre Ansprüche in letzter Zeit etwas heruntergeschraubt. Damit ist aber das Problem noch nicht vom Tisch.

Sergej Murawjow

Souvenirsalons

DER GENOSSENSCHAFT

„MSTJORA“

*Kunstgewerbliche
Artikel aus Rußland.
Bemalte*

„MSTJORA“-

*Schatullen.
Russische Matrjoschka.
Souvenirs aus Holz.*

Groß-
und Einzelhandel
für Rubel.

Die Souvenir-Salons
der Genossenschaft
„MSTJORA“ in Moskau:
UdSSR, 117604, MOSKAU,
Leninski prospekt 146,

Hotel „Zentralhaus
des Touristen“,
Erdgeschoß.

UdSSR, 117334, MOSKAU,
ul. Kossygina 15,
Hotel „Orljonok“,
Erdgeschoß.

UdSSR, 117571, MOSKAU,
Metrostation
„Jugo-Sapadnaja“,
ul. 26 Bakinskich
Komissarow 7,
unweit des Geschäfts
„POLNISCHE MODE“.

Telefone:
438 32 74,
434 31 29.

Verbotene Seiten

Von der vorbehaltlosen Unterstützung allein für Israel hin zur vorbehaltlosen Unterstützung allein der Araber – so änderte sich die sowjetische Außenpolitik im Nahen Osten. Doch wenn man wirklich Frieden schaffen will, muß man auf Extreme, auf Extremismus verzichten

Als geradezu selbstverständlich wird das aufgenommen, was bei uns über die Entstehung des Staates Israel geschrieben wird: An allem seien der britische Imperialismus und der Weltzionismus schuld. In Wladimir Kisseljows Buch „Die Palästina-Frage und die Nahostkrise“, erschienen 1981, heißt es zum Beispiel: „Die übereilte Ausrufung des Staates Israel auf dem Territorium Palästinas hatte eine Wirkung wie Benzin, das man ins Feuer gießt. Die Arabische Liga appellierte sogleich an ihre Mitglieder, Einheiten der regulären Armee nach Palästina zu entsenden, um Widerstand gegen die zionistische Intervention zu leisten.“

Neuorientierung

Hier aber muß sich folgende Frage stellen: Warum erkannte die Sowjetunion die zionistischen Aggressoren an und unterstützte die Idee der Schaffung des Staates Israel? Auf diese Frage werden Sie in keinem heutigen Buch eine Antwort finden. Eine Antwort wird zwar gegeben, doch sie ist meiner Meinung nach völlig unverständlich.

Meine Neugier wurde von „alten Hasen“ der Diplomatie und des Journalismus noch weiter geschürt. Sie erklärten, Stalin sei an der Schaffung des Staates Israel sehr interessiert gewesen. In einem Gespräch mit Tito habe Stalin, wie sie erklärten, gesagt, er sehe Israel als sowjetischen Stützpunkt im Nahen Osten, als spitze Nadel für die Imperialisten, und deshalb habe er den Exodus der Juden nach Palästina erlaubt, ja sogar die Ausbildung von Militärs für die israelische Armee organisiert.

Ich wühlte in den NZ-Archiven, doch konnte ich nichts entdecken. Ich erfuhr nur, daß die Artikel nach einer geheimen Liste der Zensur vernichtet wurden. Solche Listen wurden regelmäßig an die Redaktion der Zeitschrift geschickt, und eine weitere Partie von Büchern

und anderen Publikationen wurde jedesmal dann vernichtet, wenn das Bedürfnis entstand, die Geschichte umzuschreiben. Merkwürdigerweise aber blieben die alten gebundenen Jahrgänge der „Prawda“ dabei ungeschoren.

Es war ungewohnt, Nachrichten von vor 40 Jahren zu lesen. In Palästina verschlechterte sich die Situation immer mehr. Die Juden informierten die Welt umfassend von den Untaten der Araber. Möglicherweise schrieben die Araber das gleiche über die Untaten der Juden – in der „Prawda“ entdeckte ich das nicht. Doch das eine ist es, wenn Menachem Begin das berühmte Blutbad von Deir Jassin in seinen Memoiren als unmenschliche Provokation arabischer Soldaten beschreibt, in deren Ergebnis friedliche Einwohner eines Dorfes umkamen, etwas anderes aber ist es, wenn die „Prawda“ die Ereignisse in Palästina von den gleichen Positionen aus beschreibt.

Die Sowjetunion trat für die Teilung Palästinas entsprechend der UNO-Resolution ein. Die Juden stimmten einer solchen Teilung in allen Punkten zu, unter Beibehaltung des internationalen Status von Jerusalem. Am 15. Mai 1948 proklamierte Israel seine Unabhängigkeit. Am gleichen Tag fielen gleich 7 arabische Länder auf einmal über Israel her: Transjordanien, Irak, Syrien, Libanon, Saudi-Arabien, Jemen und Ägypten. Und das schrieb die „Prawda“ am 30. Mai 1948: „Die Führer der berichtigten Arabischen Liga verhehlen nicht, daß die Kriegshandlungen der arabischen Staaten das Ziel haben, den Staat Israel zu vernichten. Mit Hilfe ihrer Armeen wollen die arabischen Staaten verhindern, daß das jüdische Volk von Palästina sein Recht auf nationale Selbstbestimmung, auf die Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates verwirklicht. Die Handlungen der arabischen Länder können nur als Akt einer durch nichts provozierten Aggression, die einen Anschlag auf die legitimen Rechte des jüdischen Volkes darstellt und die Grundprinzipien der Charta der Organisation der Vereinten Nationen mit Füßen tritt, qualifiziert werden.“

Die Argumentation der Führer der Arabischen Liga muß als völlig haltlos angesehen werden, die Offensive der arabischen Staaten gegen den jüdischen Staat habe das Ziel, „Recht und Ordnung“ in Palästina „wiederherzustellen“ und von den arabischen Völkern eine „Gefahr“ in Gestalt des neugebildeten Staates Israel abzuwenden. Einige Hunderttausend jüdische Einwohner des Staates Israel als „Bedrohung“ für Dutzende Millionen von Arabern, die im Nahen Osten leben, darzustellen, bedeutet, den Tatsachen Gewalt anzutun und auf den gesunden Menschenverstand zu pfeifen.“

Am 3. März 1949 gab der sowjetische Vertreter in der UNO Jakow Malik folgende Erklärung ab: „...Bekanntlich ist die israelische Regierung eine friedliebende Regierung, die strikt alle Forderungen der Organisation der Vereinten Nationen und insbesondere die Resolutionen des Sicherheitsrates erfüllt... Hier wurden Erklärungen zum Problem der arabischen Flüchtlinge gemacht. Doch warum soll man dem Staat Israel das Bestehen dieses Problems vorwerfen?“

Vergleichen wir diese Zitate mit dem, was Nikita Chruschtschow am 29. Dezember 1955 auf einer Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR sagte: „Verurteilungswürdig sind die Handlungen des Staates Israel, der von den ersten Tagen seiner Existenz an seinen Nachbarn zu drohen und ihnen gegenüber eine unfreundliche Politik zu verfolgen begann.“

Was also wurde zur Ursache für eine solche Umorientierung der sowjetischen Politik gegenüber Israel und den arabischen Ländern? Ich meine, der Grund liegt darin, daß Israel sich den USA gerade zu der Zeit annäherte, als der kalte Krieg begann. Die Logik der sowjetischen Führung war in jenen Jahren recht einfach: In der globalen Konfrontation mit den Vereinigten Staaten wurde deutlich, wer unsere Freunde und wer unsere Feinde waren...

Solange man mit Israel befreundet war, wurden alle Meldungen über Zusammenstöße mit Arabern als arabische Gewaltakte hingestellt, gegen die sich Israel verteidigen müsse. Die arabischen Länder wurden erst, je mehr sich deren Beziehungen zu den USA verschlechterten, zu Freunden. Entsprechend änderte sich auch der Ton der sowjetischen Meldungen über die Ereignisse im Nahen Osten. Wenn arabische Nachbarländer militärische Operationen gegen Israel ausführten, dann verschwiegen man das. Doch wenn



1964. Die Freundschaft zwischen der UdSSR und Israel gehört der Vergangenheit an, nur gewisse Geschäftsinteressen blieben. Am 7. Oktober stießen der sowjetische Botschafter in Tel Aviv Michail Bodrow und die israelische Außenministerin Golda Meir mit Sekt auf ein für beide Seiten vorteilhaftes Geschäft an – den Verkauf des russischen Kirchenbesitzes an Israel für 4,5 Mio Dollar. Die UdSSR akzeptierte Apfelsinen statt Devisen

darauf eine Reaktion der Israelis folgte, wurde sie in unserer Presse als „weiterer Aggressionsakt Israels“ hingestellt. Aus solchen halbweisen Meldungen schöpften weitgehend die Bücher über das bestialische Wesen des Zionismus, der immer wieder über die friedlichen arabischen Nachbarn herfällt.

Völlig unerwähnt blieb in diesen Büchern der Umstand, daß die meisten arabischen Länder als ihr wichtigstes außenpolitisches Ziel die völlige Beseitigung des Staates Israel betrachteten. Bis heute werden in arabischen Ländern politische Landkarten herausgebracht, auf denen Israel nicht geführt wird.

Ist es da ein Wunder, daß der gegenseitige Haß zwischen dem zionistischen Israel und den arabischen Ländern nicht nachläßt und ständig neue Nahrung erhält? Besonders von den Extremisten beider Seiten.

Keine Einseitigkeit

Doch Aggression bleibt Aggression, und wir hatten Grund, den britisch-französisch-israelischen Überfall auf Ägypten von 1956, der zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung kostete, zu verurteilen. 1967 war es Israel, das arabische Länder überfiel. 1982 wurde der israelische Überfall auf Libanon zu einem massiven Aggressionsakt. Und gegenwärtig okkupiert Israel arabische Gebiete, ermordet Aufständische auf deren Heimatboden. Und das, wo in den heutigen internationalen Beziehungen immer deutlicher wird, daß jegliche Okkupation fremder Gebiete als amoralisch anzusehen ist.

Dabei geht es natürlich nicht darum, daß

die UdSSR diese Aktionen verurteilt hat, sondern darum, daß arabische Staaten, einfache arabische Bürger, auch Kinder, zu Opfern dieser Aggressionen wurden. Ihren Zorn, ihren Haß kann man verstehen.

Überdies kann man auch die jahrzehntelange Abneigung der Araber gegenüber Israel verstehen. Vielen Angaben zufolge lebten, als Ende des 19. Jh. der Zionismus in Palästina aufkam, dort 24 000 Juden. 1914 waren es schon 56 700, 1937 bereits 460 000. Während des zweiten Weltkrieges stieg die Zahl der jüdischen Siedler dort noch mehr. Würde man die Zunahme der jüdischen Bevölkerung in Palästina zu jener Zeit rechnerisch weiter verfolgen, könnte man mühelos ermitteln, wann die Araber dort eine kleine nationale Minderheit sein werden.

Wohl kaum findet man weltweit eine Nation, die angesichts solcher Aussichten ruhig bleiben würde. Und es ist nur natürlich, daß sich die palästinensischen Araber 1920, 1929, 1933, 1936 – 1939 gegen die jüdische Expansion erhoben.

Zu einem Verschwinden der arabischen Bevölkerung sollte es nicht kommen. Israel wurde als Staat, und sei es künstlich, geschaffen. Auf Beschluß der Vereinten Nationen von 1947 wurde Palästina in zwei Staaten mit klaren Grenzen geteilt – einen arabischen und einen jüdischen Staat. Hier hätte man einen Schlußstrich ziehen können. Zwischen den beiden einander feindselig gegenüberstehenden semitischen Völkern verlief eine Grenze, jedes hatte die Möglichkeit erhalten, sich unabhängig zu entwickeln und in guter Nachbarschaft zu leben. Doch leider verlief die Entwicklung anders.

Die Erfahrungen von 42 Jahren Krieg und kriegsähnlichem Zustand zeigten, daß Israel nicht von der Landkarte ausgeradiert werden kann. Die Palästinensische Befreiungsorganisation in Gestalt von Yasser Arafat hat einen solchen Schluß für sich bereits gezogen. Vergessen wir nicht, daß dies eine Seite des Konflikts ist, die mehr als alle anderen unter der endlosen Feindseligkeit gelitten hat und jetzt den Kampf in den besetzten Gebieten führt. Doch auch jene Kräfte, die von diesem Kampf abseits stehen, dürfen nicht ignoriert werden. Erst am 7. Januar erklärte der libysche Führer Muammar al-Ghaddafi offiziell, Israel sei ein Produkt des zweiten Weltkrieges ebenso wie die Berliner Mauer. Und es müsse beseitigt werden ebenso wie die Berliner Mauer. Oberst Ghaddafi konkretisiert nicht, wie er Israel auszuradiieren gedenkt: physisch, durch einen Genozid, oder nur, indem es als Staat beseitigt wird. Ich meine, diese Idee hat keine Chance und birgt die Gefahr eines dritten Weltkrieges in sich. Es ist heute einfach unmöglich, einen bereits bestehenden Staat, ob der gut ist oder schlecht, vom Erdboden zu tilgen. Doch zu einer solchen Idee bekennt

sich nicht allein der libysche Führer in der arabischen Welt.

Die Araber haben mehr als genug Gründe, Israel nicht zu lieben. Israel hat solche Gründe ebenfalls mehr als genug. Jede Seite hat ihre Argumente gegen die andere. Die Sowjetunion hielt sich, wie wir sehen, ständig an das Prinzip, nur die eine Konfliktseite anzuhören. Zunächst war das Israel, dann die arabische Welt. Man braucht nicht Prophet zu sein, um mit Gewißheit erklären zu können, daß eine derartige Haltung nie zu einer gerechten Lösung der Palästinenserfrage führen wird. Unterdes muß das Problem vordringlich angegangen werden, da tagtäglich Menschen in den besetzten Gebieten umkommen – Teilnehmer der „Intifada“. Die Beendigung des Blutvergießens scheint möglich, wenn sich die israelische Führung mit Präsident Yasser Arafat, dem angesehensten Führer der Palästinenser, an den Verhandlungstisch setzt.

Man kann Israel wegen seiner aggressiven Politik immer wieder verwünschen und dazu aufrufen, es auszuradiieren. Zum Frieden wird das natürlich nicht führen. Doch wenn die Sorge um den Frieden auf beiden Seiten auf richtig ist, dann sollte man nicht nur auf die Fehler des Gegners mit dem Finger zeigen, sondern auch die eigenen Fehler eingestehen.

Wenn man das komplizierte, komplexe Problem des Nahen Ostens wirklich voll erfassen will, ist Einseitigkeit zu vermeiden, müssen die Ansichten beider Seiten voll erfaßt werden, wovon in einem anderen Beitrag die Rede sein soll.

D. Sgerski

Die vom Taifun Verwehten

Wirtschaftswunder made in Taiwan

Im Herbst 1949 wehte der revolutionäre Taifun über Festland-China die Reste der ehemaligen Guomindang-Regierung unter Chang Kaishi und seine Armee auf die Insel Taiwan. Nur ein schmaler Golf trennte die 4,5 Millionen Flüchtlinge vom Kontinent. Und nur einige wenige amerikanische Kriegsfregatten bewahrten sie davor, endgültig aufgerieben zu werden.

Auf der Insel gab es so gut wie keine Bodenschätze, und die örtliche Industrie, überwiegend in den 50 Jahren der japanischen Herrschaft entstanden, konnte die Existenz der Auswanderer nur mehr schlecht als recht sichern.

Chang Kaishi brachte aber nicht nur militante Generäle und ungebildete Soldaten mit. Intellektuelle, die aus Angst die Flucht ergriffen hatten, brachten die Bestände alter Bibliotheken, wissenschaftliche Projekte und Kunstsammlungen mit nach Taipei, der Hauptstadt Taiwans, sowie den Wunsch, Zivilisation und Kultur über die neuen Schwierigkeiten wegzurennen.

Ein schwerer Start

In der ersten Zeit sahen die Flüchtlinge ihre Aufgabe vorwiegend darin, sich auf der

Insel festzusetzen, sich politisch und wirtschaftlich zu behaupten und danach zu versuchen, die Macht in China mit Waffengewalt zurückzuerobern. Das erklärt auch den mit Hilfe der USA gebauten riesigen Militärstützpunkt, der Politiker veranlaßte, die Insel als unversenkbaren Flugzeugträger zu bezeichnen, sowie die anhaltende militärische Konfrontation mit der VR China. Nach mehreren ersten militärischen Niederlagen aber rückten die Regierenden in Taipei allmählich von ihren politischen Konzeptionen ab. Anfang der 60er Jahre begriff Chang Kaishi, daß die Politik des gewaltsamen Drucks auf das Mutterland aussichtslos war. Aus diesen Jahren stammt auch die Konzeption der wirtschaftlichen Sicherheit. Man verlagerte den Akzent vom militärischen auf den wirtschaftlichen Aufbruch. Eigentlich sah die Regierung in der Insel mehr und mehr ein Modell, den Prototyp für ein zukünftiges Großchina.

Das war vor 30 Jahren.

Heute ist Taiwan eine dynamisch sich entwickelnde Gesellschaft, die schon zu den asiatischen Industrie-Tigern zählt. Von außen ist es immer noch die schöne Insel, für welche die portugiesischen Entdecker Ende des 16. Jahrhunderts den Namen For-

mosa, die Prächige also, fanden. Ihrer Infrastruktur nach ist es dagegen eine ganz andere Welt. Professionell genutzte Agrarflächen, ein weitverzweigtes Straßennetz, supermoderne Flughäfen, Banken und Wolkenkratzer. Über die Straßen rollen Autos und Motorräder der neusten Marken: 2 Millionen Autos und 6 Millionen Motorräder für 20 Millionen Einwohner.

In den letzten Jahren hielt sich der jährliche Zuwachs zum Bruttosozialprodukt bei 10 Prozent. Jahrelang stieg die Inflation nicht über die 3 Prozent-Marke. Das Prokopfeinkommen ist eins der höchsten in Asien. Vor 40 Jahren betrug es ganze 50 Dollar im Jahr. Seitdem ist es um mehr als das 100fache gestiegen und pendelte sich im vergangenen Jahr bei 6000 Dollar ein. Fachleute sagen voraus, daß es zum Ende dieses Jahrhunderts 13 000 Dollar erreichen wird.

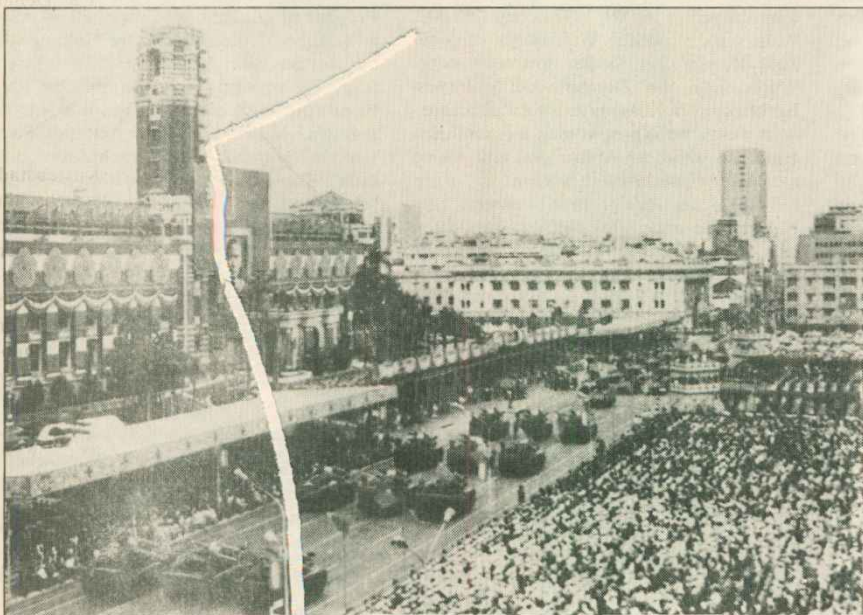
In den Supermärkten kann man alles kaufen, von der Nähnadel bis zum Personalcomputer. Arbeitslosigkeit kennt man praktisch nicht. 70 Prozent der Familien wohnen in Wohnungen mit Strom und Heißwasser. 95 Prozent nennen moderne Fernseher und Kühlschränke ihr eigen. Auf Taiwan sind viele Wirtschaftsbereiche fast vollständig computerisiert.

Im Welthandel liegt die Insel beharrlich auf Platz 13, und viele westliche Wirtschaftsexperten meinen, daß man sich den Welthandel ohne Taiwan gar nicht mehr vorstellen kann. In den Safes von Taiwan lagern schätzungsweise 80 Milliarden Dollar. Nach Japan ist das die zweithöchste Kennziffer der Welt. Seit Mitte der 80er Jahre hat das Wirtschaftswunder einen neuen Namen: Taiwan.

Wunderrezepte

Ohne sich vollständig von den traditionellen Werten der alten chinesischen Kultur zu lösen, verstanden es die Taiwaner, die neuesten Errungenschaften westlichen Wirtschaftsdenkens zu übernehmen und sie zu eigenen Erfahrungen in der ökonomischen Entwicklung umzuschmelzen.

Daneben wurden sie jedoch auch psychologisch motiviert. Da sie sich von der Weltgemeinschaft isoliert sahen —, heute wird Taiwan von wenig mehr als 20 Ländern anerkannt und ist kein Mitglied in der UNO oder anderen größeren internationalen Organisationen —, boten die Taiwa-



Paraden und Demonstrationen ähneln einander weltweit...

Foto aus: „Panorama“ (Italien)



Selbstverbrennung aus Protest gegen die Mißachtung der Menschenrechte auf Taiwan

Foto: „Express“ (Frankreich)

ner den Umständen die Stirn und hielten nicht nur aus, sondern erarbeiteten sich einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Seit Mitte der 60er Jahre praktiziert die Regierung von Taiwan eine effektive Wirtschaftsstrategie, die auf Marktwirtschaft, den Prinzipien des freien Unternehmertums und einer umfassenden Integration in die Weltwirtschaft beruht.

Zu Beginn der 50er Jahre wies die Insel nur Spuren der Zerstörung auf. Die Landwirtschaft war völlig heruntergekommen. Die Frage nach dem täglichen Brot stand auf der Tagesordnung. Angesichts dieser Verhältnisse wurde die Landreform in Angriff genommen. Ihr lag das Prinzip zugrunde „den Boden dem, der ihn bearbeitet“. Die ehemaligen Grundbesitzer erhielten eine Entschädigung in Form von Industrieaktien. Die Bauern, jetzt Herren über Grund und Boden, vermochten die Insel innerhalb von wenigen Jahren zu ernähren. In den 80er Jahren war es möglich, das Lebensmittelproblem endgültig zu lösen. Seitdem ist die Landwirtschaft ein hochrentabler Teilbereich mit einer weitentwickelten Infrastruktur.

Im Bereich der Industrie hält sich Taiwan seit Ende der 60er Jahre an den Slogan „von Japan lernen“. Man konzentriert sich besonders auf die exportorientierte Produktion, kauft Lizenzen und Patente und sucht eine glückliche Kombination zwischen modernster Technologie und billigen Arbeitskräften vor Ort. Das Modell der Exportorientierung wurde in Übereinstimmung mit der Konjunktur auf dem Weltmarkt ständig verändert. Früher orientierte sich die Industrie Taiwans auf Textilien und Haushaltstechnik, heute produziert man wissenschaftsintensiv. Die Produktion beruht weniger auf dem Einsatz von billigen

Arbeitskräften als auf einer komplizierten Technologie.

Die Besonderheit der Industrie auf Taiwan besteht darin, daß sie zu 90 Prozent auf kleinen und mittleren Familienbetrieben basiert. Kleinwirtschaft auf Taiwan bedeutet dynamische, moderne Produktion, die jeden neuen und zukunftsweisen Impuls sofort und ohne bürokratische Verschleppung und Formalitäten aufgreift. Sie ist imstande, überflüssige Arbeitskräfte ohne staatliche Hilfe zu binden.

Die mittelständischen Betriebe genießen beträchtliche Steuervorteile. Gleichzeitig stellt die Regierung harte technologische und soziale Anforderungen an sie, die sich bis ins Paradoxe steigern können: Seit Anfang der 80er Jahre fordert die Regierung von den Unternehmern Lohnerhöhungen, um die Entwicklung zukunftsweisender Produktion zu stimulieren und weniger produktive Handarbeit zu verdrängen.

Trotzdem liegt der durchschnittliche Stundenlohn in der verarbeitenden Industrie von Taiwan 8mal unter dem in den USA und 6mal unter dem in Japan. Damit ist Taiwan in der Lage, niedrige Produktionskosten beizubehalten und einen im Konkurrenzkampf so wichtigen Faktor wie Niedrigpreise zu nutzen.

Der Erfolg der Wirtschaft Taiwans wäre nicht möglich gewesen ohne die asiatische Variante eines Marshallplans in Form von vielen Milliarden US-Dollars und ohne eine staatliche Politik, die Auslandskapital zu äußerst vorteilhaften Bedingungen nach Taiwan zieht. Ausländische Investoren haben die gesetzliche Möglichkeit, sich für einige Jahre von Steuern und Rentenzahlungen befreien zu lassen. Man erlaubt

ihnen die zollfreie Einfuhr von Ausrüstungen und Rohstoffen.

Eine weitere Priorität dieser Wirtschaftspolitik besteht in der Ausbildung von hochqualifizierten Fachleuten. Dafür werden keine Mittel gescheut. Die Schulbildung ist kostenlos und allen zugänglich. Für Hochschulausbildung werden Gebühren erhoben, doch die Regierung spornt die Eltern auf jede Weise an, ihre Kinder eine Ausbildung machen zu lassen, die ihnen später eine angesehen und gut bezahlte Arbeit garantiert. Das erklärt auch den Kult der Bestleistung in Schulen und Universitäten, die Tendenz, überall der erste sein zu wollen.

Für die Bildung der jungen Menschen werden die besten in- und ausländischen Professoren herangezogen. Auch die Ausbildung von Fachleuten im Ausland ist üblich. Obwohl nur 20 Prozent der diplomierten Taiwaner auf die Insel zurückkommen, heißt es, daß diese Methode der Ausbildung von Fachleuten sich bezahlt macht.

Alle wirtschaftlichen Veränderungen auf der Insel gingen von oben nach unten, wurden von einem autoritären Regime oktroyiert, das demokratische Freiheiten, inklusive das Streikrecht, unterdrückte. Bis Juli 1987 sind alle diese Reformen unter Kriegsrechts-Bedingungen durchgezogen worden. Die Macht wurde vererbt, von Chang Kaishi auf seinen Sohn Jiang Jingguo. Außer der regierenden Guomindang sind alle anderen Parteien verboten. Erst in den letzten Jahren läßt die Regierung von Taiwan eine gewisse kosmetische Demokratisierung zu.

Jedem Touristen, der die Küstenstadt Fuzhou in der VR China besucht, schlagen die Fremdenführer vor, durch ein bestimmtes Fernrohr zu schauen. Sie versichern, daß man bei klarem Wetter die Küstenumrisse von Taiwan sehen könne. Als ich in Fuzhou war, konnte ich der Versuchung nicht widerstehen und habe durch das Fernrohr geschaut, allerdings ohne Erfolgserlebnis. Entweder hat der Regen mich daran gehindert, oder man kann die Insel bei dieser Entfernung wirklich nicht sehen, oder es waren meine schwachen Augen.

Ich bin allerdings sicher, daß die Zeit gekommen ist, sich diesen grandiosen Durchbruch, den Taiwan direkt vor unseren Augen erzielt hat, einmal objektiv und unvoreingenommen anzusehen.

Alexander Tschudodejew

ANT-Gate?

Logisches Ende des ANT-Skandals: Das Geld wird von anderen eingesteckt

Zweimal schon (Nr.5 und Nr.14) haben wir in der NZ vom staatlich-genossenschaftlichen ANT-Konzern und dem Eklat um ihn geschrieben und auch unsere Meinung darüber geäußert, wer diesen Eklat brachte, zu welchem Zweck und wie die Folgen aussehen könnten. Die spätere Entwicklung, insbesondere die Erörterung der ANT-Aktivitäten bei der jüngsten Tagung des Obersten Sowjets, bestätigte unsere Diagnose. Vieles veranlaßt hier zum Nachdenken: über das Schicksal neuer Wirtschaftsformen in unserer Gesellschaft und jene, die an sie geglaubt haben; über das allgemeine Defizit, das uns allen zum Hals heraushängt, und den Eifer, mit dem wir alles ersticken, was uns dieses Defizit überwinden helfen könnte; über die verblüffende Leichtigkeit, mit der die Regierung ihre eigene Hervorbringung preisgibt, und die nicht weniger verblüffende Aggressivität einiger Parlamentarier, unter deren Andrang sich ein Stellvertreter der Premierminister wie ein Schuljunge rechtfertigen mußte.

So geht das nicht

Einige Worte dazu, unter welchen ökonomischen Bedingungen ANT wirkte.

Es hat sich schon herumgesprochen, daß unsere Inlandspreise mit den Weltmarktpreisen nichts gemein haben. Schon vor etwa 15 Jahren sagten Mitarbeiter unserer Außenhandelsstellen, der Import von Konsumgütern rentiere sich wirtschaftlich, wenn wir auf dem Inlandsmarkt das Verhältnis von 5 Rubel je ausgegebenen Dollar bekämen. Gegenwärtig beträgt dieses Verhältnis in vielen Posten (Videorecorder, EDV-Anlagen, Kleidung, Schuhe) 10, 15, ja sogar 30 Rubel je Dollar.

Natürlich zog ANT diesen Umstand in Betracht. Die Genossenschaft kaufte 5000 Videorecorder zu je 250 Dollar im Ausland und beabsichtigte, sie zu je 3750 Rubel abzusetzen. Man beeile sich nicht, den ANT-Mitarbeitern Profitgier vorzuwerfen: Von 18,75 Mio Rubel, die sie für die Recorder erhalten hätten, hätten sie 13,125 Mio Rubel an den Staatshaushalt abgeführt. Das war eine direkte Pflicht von ANT, die der Regierung sehr wohl bekannt war.

Aber dieses für uns schändliche Preisverhältnis erstreckt sich zum Glück nicht

auf alle Waren. So sind die Preise für Flugzeugtechnik, Anlagen zur Räumung von Flugfeldern und Trecker im Inland niedriger als im Ausland. Hier könnte ein bei uns bezahlter Rubel zwei Dollar und darüber erbringen. Man stelle sich vor, welch märchenhafte Gewinne ein solches Import- und Exportgeschäft verspricht. Die Empörung einiger Parlamentarier wäre noch zu verstehen gewesen, wenn die ANT-Mitarbeiter diesen Gewinn für sich behalten hätten, wie das übrigens in der Geschäftswelt üblich ist.

Es ist eine schlechte Gewohnheit von uns, daß wir Geld in fremden Taschen gern zählen. Hat man beispielsweise mit ANT einen Liefervertrag geschlossen, so kann man sich unter dem Vorwand, die Genossenschaft sei ohnehin gut gepolstert, weigern, das für eine Ware, die man nicht zu liefern gedachte, eingezahlte Geld zurückzuerstatten. ANT-Partner, die so handeln, halten ihre Position für moralisch und patriotisch. Der Genossenschaft sagen sie, das Geld werde direkt an den Staatshaushalt abgeführt. Es fällt ihnen nicht ein, sich in die Lage von ANT zu versetzen oder sich vorzustellen, wie es ihnen erginge, wenn man sich ihnen gegenüber genauso verhielte.

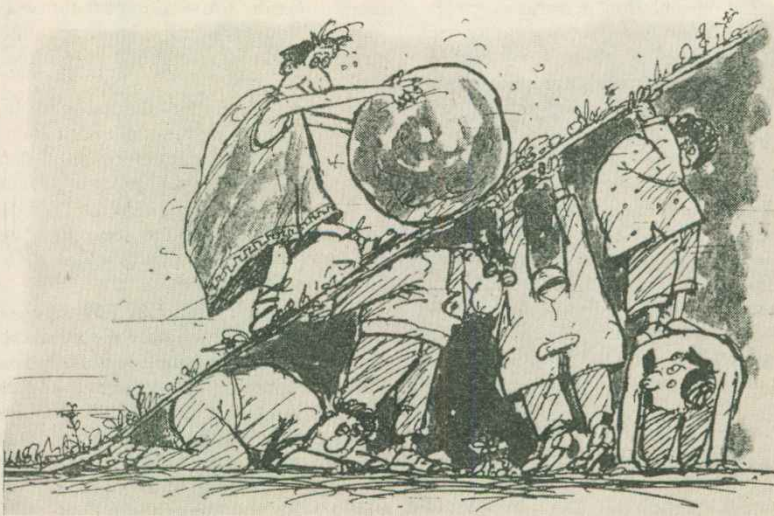
Auslandspartner verfolgen das, was sich bei uns abspielt, mit Interesse und wachsender Besorgnis. Sie haben mit soliden, von der Regierung mit Befugnissen ausgestatteten Menschen verhandelt und Ver-

träge geschlossen, haben ihre eigenen Millionen investiert bzw. die Absicht gehabt, solche Millionen zu investieren. Plötzlich erfahren sie, daß die Handlungsweise von ANT beinahe als Verbrechen qualifiziert wird und daß sämtliche von der Genossenschaft unterzeichneten Verträge keine Gültigkeit mehr haben. So geht das nicht, wenn wir in der Geschäftswelt auf den Ruf eines soliden Partners reflektieren.

Leider gehört es zu unserem Usus, zuerst eine Verpflichtung zu übernehmen und dann erst erwägen, ob es sich lohnt, das Versprechen einzulösen. Während in der Geschäftswelt ein Wort, ein Telefonanruf, ein Telegramm genügen, um ein Geschäft perfekt zu machen und keine Zweifel an den Absichten eines Partners zu haben, garantieren bei uns mitunter selbst Papiere mit bedeutenden Unterschriften und Wappensiegeln nichts. Ein Versprechen ist bei uns nicht viel wert. Jedes Dokument muß eine Menge von Resolutionen und Durchsichtsvermerken tragen, bevor es halbwegs gültig wird. Aber wenn etwas schiefgeht, findet man den Schuldigen nie: Die Zahl der Unterschriften ist groß, jeder Unterzeichner trägt, wenn überhaupt, nur einen Teil der Schuld.

Ungültige Sondervollmacht

Die Regierung machte es ANT möglich,



Zeichnung: Nikolai Woronzow

diesen verwünschten Kreis zu durchbrechen. Im Grunde erhielt die Genossenschaft eine Carte blanche für die außenwirtschaftliche Tätigkeit. Unglücklicherweise waren diese und viele andere Dokumente, die mit ihrer Tätigkeit zusammenhängen, vertraulich. Ich weiß nicht, inwiefern eine solche Geheimhaltung gerechtfertigt und für wen sie notwendig war. Wenn ein Auslandspartner eine geheimgehaltene Fracht erhält und bezahlt, weiß er eh, was er gekauft hat. Vor ihm wird also nichts geheimgehalten. ANT fiel unserer leidenschaftlichen Vorliebe für Verschlußsachen zu Opfer. Jetzt wird die Genossenschaft angegriffen, darf sich jedoch auf keine Dokumente berufen. Personen aber, die besagte Dokumente unterzeichneten, tun so, als wüßten sie von nichts, und beobachten leidenschaftslos, wie ANT in den Schmutz getreten wird, nur weil der Konzern ihren Auftrag ausführte.

Wenn wir die Dinge beim Namen nennen: ANT hatte den Auftrag, aus nicht genutzten Beständen und aus der überplanmäßigen Produktion alles zu verkaufen, was zu verkaufen war, und den Erlös zu benutzen, um den Inlandsmarkt einigermaßen mit importierten Konsumgütern aufzufüllen und deren Produktion in sowjetischen Betrieben mit Hilfe importierter Anlagen zu fördern. Einer Sonderklausel gemäß war die Rede in erster Linie gerade von Rüstungswerken, die ohne weiteres einen beträchtlichen Teil ihrer milliarden-schweren Bestände aufgeben könnten. Die hätten es können, taten es jedoch nicht, bis schließlich ANT kam. Die Sache ist die, daß ANT die meisten Formalitäten nicht zu erledigen brauchte und obendrein vorteilhafte Bedingungen anbieten konnte. Man sollte meinen, der normalste Lauf der Dinge. Gerade dagegen wendet sich jedoch die Zeitung „Sowjetskaja Rossija“: ANT sei der Inbegriff einer prinzipienlosen Geschäftemacherei und beeinträchtige so die Wehrfähigkeit unseres Landes und seine Wirtschaftsinteressen. Die Panzer gar lieferten das letzte Argument. Das Adlauge eines Korrespondenten dieses Blatts erspähte sie im Hafen von Noworossisk, wohin er übrigens – zufällig? – schon vor den Panzern eingetroffen war. Darüber berichteten die „Moskowskije Nowosti“.

Gefundenes Fressen

Die Panzer waren eine Sensation. Wer etwas zu entgegen suchte, wurde überhört. Es gibt keine Dokumente, die bestätigen würden, daß die Panzer für ANT bestimmt waren – das sei nicht von Bedeutung. Es gibt Dokumente, daß die

Panzer ohne gewisse (abmontierte) Geräte hätten eintreffen sollen – das sei unwichtig. In Malaysia waren kurz zuvor unsere Rüstungen völlig offiziell demonstriert, die viel neuer waren – daran wollte man sich nicht erinnern. Wir leben nicht mehr in der Umkreisung von Feinden, die nur darauf sinnem, uns Schaden zuzufügen – aber daran hätte nur jemand zu erinnern gewagt, der sich bereit fände, als zur „parlamentarisch-journalistischen genossenschaftlichen Lobby“ zugehörig zu gelten. Es ist schwer zu verstehen, warum Igor Beloussow, Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, auf die Frage eines Deputierten, für wen die Panzer bestimmt waren, statt zu sagen, die Rede sei nicht von Kampfmaschinen gewesen, antwortete, noch habe die Regierung den Empfänger nicht festgestellt. Höchst interessant: Der stellvertretende Premierminister, der für Fragen der Rüstungsindustrie zuständig ist, weiß nicht, an welche Adresse die Panzer gehen, ja ist nicht einmal in der Lage, das zu klären. Oder gelten die Geheimhaltungsregeln auch ihm?

Gab es Panzer oder nicht? Wenn ja, für wen waren sie bestimmt? Das ist alles ungeklärt, eine Kampagne gegen die neue Form des Außenhandels und in gleichem Atemzug gegen Genossenschaften und gegen Initiativen der Regierung und eines Teils der Presse bestens im Gange. Schon verspricht Beloussow, für die Panzer nicht nur den vielzierten Weichensteller zu bestrafen und der ganzen Mißwirtschaft (lies: der Tätigkeit von ANT und ähnlichen Organisationen) ein Ende zu setzen. Man hat den Eindruck, daß die Regierung bereit ist, ihr eigenes, noch nicht einmal einjähriges Kind zu töten. Im ersten Halbjahr ihres Bestehens, d. h. in der Zeit der Herstellung von Geschäftsbeziehungen, hatte die ANT-Genossenschaft für uns über 13 Mio Einwegspritzen, über 300 Personalcomputer und andere Waren für mehr als 22 Mio Rubel gekauft. All das war noch vor dem 2. Februar d. J. ins Land gekommen. Gemäß Verträgen, die im vorigen Jahr geschlossen waren, hätten im ersten Halbjahr 1990 Konsumgüter für 877,5 Mio Rubel eintreffen sollen. Ob wir etwas davon zu sehen bekommen?

Bunkermentalität

Wenn man der Logik der „Sowjetskaja Rossija“ folgt, dann bekommen wir eben nichts zu sehen.

Um etwas kaufen zu können, muß man zuerst etwas verkauft haben. Was zum Beispiel? Noch mehr Erdöl, Erdgas, Kohle? Wäre es nicht besser, zu exportie-

ren, was wir jahrzehntelang nicht nutzen oder was wir in Mengen produzieren, die über unserem Bedarf liegen? Wäre es nicht vorteilhafter, eine MIG-29-Maschine zu verkaufen als 200 000 Tonnen Kohle fürs selbe Geld?

Was hindert uns, den normalen Weg zu gehen? Die „Bunkermentalität“, die bei uns tiefe Wurzeln geschlagen hat: Wir benehmen uns, als lebten wir in einer belagerten Festung und als müßten wir bei allen Kontakten mit der kapitalistischen Welt ein Bajonett griffbereit halten. Diese Mentalität, die noch das Bewußtsein eines Großteils unserer Gesellschaft prägt, ist sonst nicht sehr aktiv, man braucht jedoch nur mit geschickter Hand einen Skandal zu schüren, z. B. im Zusammenhang mit Panzern oder Flugzeugen, die, o Graus, in unerfahrene Hände geraten könnten, und schon erwacht die Bunkermentalität und ergibt eine so ungestüme Reaktion, daß selbst die Regierung zurückweicht. Über einen Mangel an Leuten, die so einen Skandal auszulösen verstehen, können wir nicht klagen. Zudem sagt die Geschichte, daß wir auch Erfahrungen darin haben. Denken wir einmal darüber nach, wer alles an unseren Nöten und Sorgen schuld war: Feinde des Volkes, Kosmopoliten, Ärzte als Vergifter, Mendelisten und Morgani-sten. Heute müssen sie rehabilitiert werden, die meisten posthum. Die Kampagne der Diffamation entfaltet sich nach einem wohlvertrauten Drehbuch. Im Ergebnis sind ökonomische Neuheiten und Menschen, die an sie geglaubt haben, nicht nur der Willkür von Bürokraten ausgeliefert, sondern auch Leuten, die einen Rückfall in die Wachsamkeit erleben. Heute bringen wir dieser Wachsamkeit ANT zu Opfer, verzichten auf vieles davon, was wir dringend brauchen, lassen aber um keinen Preis zu, daß Güter, die in unserer geheimgehaltenen Betrieben bergweise und ohne jeden Nutzen herumliegen, ausgeführt werden. Welche Organisation ist jetzt dran? Vielleicht sagen wir es gleich mit aller Bestimmtheit, daß wir Einwegspritzen, PC und Videorecorder gar nicht brauchen, schließlich sind wir bis heute ohne ausgekommen, werden's auch weiter, nur ja nicht unseren nationalen Reichtum ans Ausland verkaufen, und wenn er verfaulen muß.

Die Welt erwartet von uns Bestimmtheit und Berechenbarkeit. Im Fall ANT haben wir sie nicht an den Tag gelegt. Geschäftsbeziehungen aber müssen darauf beruhen.

Alexander Guber

„NZ“ – INFORMATION AUS ERSTER HAND!

Wem dient das KGB?

Vom Amt für Staatssicherheit zu einem System der nationalen Sicherheit

Juri Andrejew

Volksdeputierter der UdSSR

Die Frage, wie das Amt für Staatssicherheit und die Geheimdienste arbeiten, wird in der Presse immer wieder einmal diskutiert und beschäftigt wohl jedes Parlament. Sie ist für die ganze Gesellschaft von Belang und für die Regierungen insgesamt heikel. Das hängt damit zusammen, daß im 20. Jahrhundert viele Länder überall auf der Welt in der einen oder anderen Form dieselbe Krankheit, nennen wir sie einmal „Sicherheits-Fieber“, durchgemacht haben. Und das wieder hängt damit zusammen, daß der Weg zum Ideal des Rechtsstaats für jede Gesellschaft beschwerlich ist. Um so wichtiger ist die Frage nach Funktion und Stellenwert des KGB in der sowjetischen Gesellschaft.

Innnerhalb von mehr als einem halben Jahrhundert wurde diese Frage dem höchsten Machtorgan bloß zwei oder drei Mal zur Beratung vorgelegt. Zum ersten Mal geschieht das heute nicht, um die Etiketten zu verändern oder weil es Bluttaten nachzuspüren gilt. Zum ersten Mal geht es jetzt nicht um die Fehler oder Verbrechen einzelner führender Köpfe, sondern um das System selbst.

Der soziale Auftrag

Der gegenwärtige Zustand des KGB und seiner Organe wird überwiegend von den Prozessen bestimmt, die in den 60er und 70er Jahren in dieser Organisation abgelaufen sind. In allgemeiner Form lassen sie sich als Kampf zwischen zwei Strömungen beschreiben. Die eine Strömung, welche die Linie des 20. Parteitags fortsetzte, wurde durch Juri Andropow, die andere wurde durch Leute zum Ausdruck gebracht, die auf die Unterdrückung von Andersdenkenden gerichtete soziale Aufträge formulierten und sich längst überfälligen Veränderungen entgegenstimmten.

Die Abgeschlossenheit des Komitees hat Juri Andropow wahrscheinlich sogar geholfen, einen recht effektiven Mechanismus aufzubauen, der nicht korrupt und von dezentralen Parteileitungen weitgehend unabhängig war. Dieser Mechanismus war ein Rückhalt bei der Läuterung der Partei, die Andropow, nachdem er an die Macht gelangt war, eingeleitet hat und die man als Ausgangspunkt für die Perestroika ansehen kann.

Man muß zugeben, daß die Repression in den Stagnationsjahren sich in Grenzen hielt. Auch hier machte sich die von Juri Andropow geschaffene solide inneramtliche

normative Grundlage bemerkbar. Es ist äußerst wahrscheinlich, daß in Übereinstimmung mit diesen internen Bestimmungen an Stelle von Strafverfahren Sonderverfahren geführt worden, so daß die Verfolgung von Andersdenkenden oftmals nicht vor dem Gericht, sondern in der sogenannten Prophylaxe endete. Vor dem Hintergrund einer antidemokratischen Gesetzgebung hat sich eine solche Praxis vielleicht sogar bewährt. In einer demokratischen Gesellschaft aber läßt sich so ein Zustand nicht mehr aufrechterhalten.

Kein Zentralismus mehr

Fünf Jahre Perestroika haben gezeigt, wie schwer sich unsere Gesellschaft damit tut, ihr zentralistisches, eigentlich idealistisches Entwicklungsmodell loszuwerden. Im öffentlichen Bewußtsein figurierten Staat und Partei immer als gemeinsames Subjekt der Leitung und einziger Ausgangspunkt für jede Bewegung in der Gesellschaft. Von daher ergab sich auch die Hauptaufgabe für die Staatssicherheitsorgane, nämlich der Schutz von Staat und Partei.

Wenn man anerkennt, daß dieses Entwicklungsmodell gescheitert ist, muß man auch den staatlich-rechtlichen Mechanismus, der heutzutage immer noch abbremst, so umbauen, daß er einem dezentralisierten sozialen System gerecht wird. Die Entwicklung macht verschiedene Eigentumsformen, die Entmonopolisierung der Wirtschaft, politischen Pluralismus, einen föderativen Staatsaufbau und die Entmonopolisierung der Information erforderlich. Ein solches System mit einer Vielzahl von ökonomischen, politischen, ideologischen Zentren auf verschiedenen Ebenen braucht ein ihm angemessenes System der nationalen Sicherheit. Der Staat darf nicht länger richtungsweisend für die gesellschaftliche Entwicklung sein. Dieser Verantwortung ist er einfach nicht gewachsen. Stattdessen muß er den Auftrag erhalten, Bedingungen für eine natürliche Entwicklung zu sichern, als da sind:

- Schutz der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, Schutz von Person und Eigentum;
- Gewährleistung eines demokratischen Systems von Beschlußfassung und -umsetzung;
- Unterhaltung eines Finanz- und Kreditsystems;
- Schutz von Territorium und Infrastruktur.

Die politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Stabilität angesichts eines Bündels von äußeren und inneren destabilisierenden Faktoren ist die wichtigste Funktion des gesamten Staatsmechanismus. Dabei sind innen- und außenpolitische Fak-

toren objektiver Natur und resultieren aus der sozialen Entwicklung. Kompensiert werden können sie nur nach einer Analyse dieser Entwicklung, indem gegeneinander wirksam werdende Faktoren erkannt und neutralisiert werden. Eine solche Analyse und Entscheidungsfindung sollte die wichtigste Aufgabe eines Systems der nationalen Sicherheit sein.

Wer zappelt im Sicherheitsnetz?

In den Ausschüssen des Obersten Sowjets der UdSSR wird bereits über nationalen Sicherheitskonzepten gebrütet. Hier werden neben veränderten sozialökonomischen Strukturen auch die weitreichenden Veränderungen in den politischen Grundlagen unserer Gesellschaft berücksichtigt, unter anderem die nationalstaatliche Erneuerung, die einen neuen Unionsvertrag, den Umfang der souveränen Rechte, die Grenzen der von den Republiken an das Zentrum delegierten Kompetenz für die Bundesmacht, die Präsidialmacht als Institution und vieles andere mehr umfassen soll.

Schon heute sollte man jedoch Funktion und Stellenwert des bestehenden Komitees für Staatssicherheit der UdSSR in einem zukünftigen Sicherheitssystem überprüfen und dabei vor allem an strukturelle und funktionelle Veränderungen denken, welche die Sicherheitsgarantie für das Land mit dem zuverlässigen Schutz der Behörde vor ungesetzlicher Einmischung miteinander verbinden und eine optimale Ausgewogenheit der strategischen und taktischen Aufgaben sowie Bestimmungen, die jede Willkür in Hinsicht auf verfassungsmäßige Rechte und Freiheiten der Bürger ausschließen, berücksichtigen müßten.

Wenn man davon ausgeht, daß das KGB von artfremden Verantwortlichkeiten befreit werden muß, könnten folgende Funktionen in seine Struktur aufgenommen werden:

- Schutz der führenden Repräsentanten des Staates und der regierungsamtlichen Infrastruktur;
- Grenzschutz und Dienst der Grenztruppen;
- Schutz von Staatsgeheimnissen;
- Strategische Aufklärung und Gegen-aufklärung;
- Verfassungsschutz und einschlägige Ermittlungstätigkeit.

Es ist nicht unbedingt erforderlich, den Schutz der Staatsführung und der regierungsamtlichen Infrastruktur (Residenzen, Kommunikation, Fahrtrouten) u. a. im Zusammenhang mit Notstandsregelungen zu erwähnen. Dafür muß lediglich die optimale personelle Besetzung festgelegt werden, die einen zuverlässigen Schutz gewährleisten kann. Abgesehen davon muß dieser

Dienst innerhalb des KGB größere Autonomie genießen, so daß er sich überhaupt in einem anderen Amt befinden könnte.

Die größten Veränderungen braucht das System der Geheimhaltung. In seiner gegenwärtigen Form ist es immer noch ein Hemmfaktor, der wirtschaftliche Verbindungen innerhalb des Landes wie mit dem Ausland, der den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und den Aufbau eines modernen Informationsdienstes behindert. Außerdem ist das System der Geheimhaltung gerade angesichts seiner Totalität und seines formalen bürokratischen Wesens so ineffektiv. Durch ein so riesiges Kontrollnetz, das praktisch über die gesamte materielle Produktion gespannt ist, können immer noch genug Informationen nach außen geraten, wobei es wahrscheinlich ist, daß wirklich wichtige Staatsgeheimnisse genau so leicht durchsickern wie die nach wie vor eifersüchtig gehüteten Blaupausen des Mossin-Gewehrs, Modell 1890.

Man sollte meinen, daß die radikale Umgestaltung der Wirtschaft, der Übergang zum Markt, die Aufhebung der Grenzen zwischen Zivil- und Rüstungsindustrie im Gefolge der Konversion und die Entwicklung von Kooperationsverbindungen mit einer gleichzeitigen Umgestaltung des gesamten Systems der Geheimhaltung einhergehen sollte, wobei auch hier Personalabbau unvermeidlich scheint. Die Geheimhaltung eines Produkts, eines Forschungsvorhabens und von Informationen sollte über dieselben Anreize erfolgen wie all ihre anderen Qualitäten auch. Bei der wissenschaftlichen Projektierung, der Umsetzung der Idee, bei den Konstruktionsarbeiten und während der Produktion sollte die Geheimhaltung als Konsumeigenschaft behandelt werden, so daß ihre Kosten den Teil des Preises ausmachen, den der Eigentümer für Sicherheitsmaßnahmen zahlt. Geheimhaltung muß eine wirtschaftliche Kategorie werden, wobei ihre Einhaltung unter Bedingungen der Marktwirtschaft Angelegenheit des Besitzers von Geheimnissen, Industrie- oder kommerziellen Geheimnissen, ist, der das Ausmaß und die Dauer der Geheimhaltung selbst bestimmen und mit seinen erwarteten aber verlorenen Einnahmen verrechnen muß.

Aufklärung und Gegenklärung sind die wichtigste Handhabe gegen den destabilisierenden Einfluß von Geheimdiensten, politischen Gruppen anderer Staaten und Bewegungen, gegen Terrorismus und Mafiageschäfte. Dabei sollte man sich darüber im klaren sein, daß die Funktion der Aufklärung darin besteht, Informationen zu sammeln und sie der Regierung mit einem Glaubwürdigkeitsvermerk zuzuleiten. Die Analyse dieser Informationen wird in einem weitaus größeren Maße von den zugrunde gelegten Modellen und der Vollständigkeit der Datenbank als vom Informanten selbst abhängen. Deshalb sollte ein bestimmter Teil der auf-

grund von Aufklärungsangaben gewonnenen analytischen Einschätzungen, Beobachtungen und Gutachten von einem Institut oder besser von mehreren Instituten vorgenommen werden, die nicht im System der Staatssicherheit tätig sind. Damit ist die Möglichkeit ausgeschlossen, daß Angaben konstruiert werden, wenn der innenpolitische Auftrag entsprechend lautet.

Gegenwärtig wird die Tätigkeit dieser Organe inhaltlich durch die nach wie vor bestehende Konfrontation, vorwiegend die militärische Konfrontation zwischen UdSSR und USA bestimmt. Die hier stattfindenden Veränderungen müssen sich auch auf Ziele und Methoden dieser Tätigkeit auswirken. Der Umbau in dieser Sphäre muß notwendigerweise äußerst vorsichtig erfolgen. Dennoch können einige Prinzipien benannt werden, die den Geheimdiensten den Übergang ins 21. Jahrhundert erleichtern werden:

- Verbot aller Handlungen, welche die gesetzmäßigen Regierungen und die Gesellschaftsordnung in anderen Ländern destabilisieren;

- Verbot von kriminellen Methoden, erst recht der Unterstützung von kriminellen Organisationen und Gruppierungen in anderen Ländern;

- unbedingte Weitergabe von Informationen über Terroristen, Drogengeschäfte und andere kriminelle Transaktionen über die Kanäle der internationalen Zusammenarbeit.

Diese Prinzipien müssen vom Gesetzgeber geschützt und möglicherweise in allgemeiner Form in der Verfassung festgeschrieben werden. Überhaupt sollte der Aufbau des nationalen Sicherheitssystems der Sowjetunion im Zusammenhang mit

dem Aufbau eines internationalen kollektiven Sicherheitssystems gesehen werden, in welchem die nationalen Systeme nicht gegen die Sicherheit anderer Länder gerichtet sind, sondern diese vielmehr gewährleisten helfen. Das ist um so wichtiger, als auf denselben Prinzipien auch das Sicherheitssystem der Union errichtet werden soll, als kollektives Sicherheitssystem souveräner Republiken.

Man sollte noch einmal besonders auf die Hauptabteilung für den Schutz von Verfassungsrechten hinweisen. Sie tritt die Nachfolge der Hauptabteilung fünf an und wurde unter anderem mit dem Paragraphen 1/1 des StGB der RSFSR begründet. Wenn dieses Amt jedoch eindeutig darauf orientiert wird, die Paragraphen 7, 1/1 und andere zu bedienen, und sei die Formulierung noch so geschliffen, so wird es doch unweigerlich anfangen, die Funktion einer politischen Polizei zu erfüllen, wenn nicht die Einhaltung folgender Voraussetzungen gesichert ist:

- ein besonderes, strengeres Strafprozeßverfahren bei der Behandlung von Fällen nach den entsprechenden Paragraphen, wobei der Fall nur im Gericht entschieden werden darf;
- Rechenschaftspflicht dieses Amtes vor einem besonderen Ausschuß des Obersten Sowjets.

Die größte Gefahr für eine verfassungsmäßige Ordnung dürfte von der Verletzung des Prinzips der Gewaltenteilung und von der Einmischung verschiedener Organisationen und Amtspersonen in die Kompetenz der staatlichen Organe ausgehen. Deshalb muß in die Strafgesetzgebung ein Paragraph eingeführt werden, der eine Strafe für Fälle vorsieht, da solche Handlungen der Gesellschaft zum Schaden gereichen.

Im Zusammenhang damit, daß ein Präsidialrat eingerichtet wird, dem auch der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit angehört, erhebt sich die Frage nach dem Platz dieser Behörde im politischen und ideologischen System. Der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß, die Präzisierung der staatlichen Leitungsstrukturen und die von uns anvisierte strikte Gewaltenteilung legen hier ernsthafte Veränderungen nahe. Den Kampf um die politische Macht wird die KPdSU schon als gleiche unter anderen Parteien antreten. Es ist also offensichtlich, daß das System der nationalen Sicherheit nicht von der jeweiligen innenpolitischen Wetterlage abhängen darf.

Deshalb lassen sich die Absichten der UdSSR, Anschluß zu finden an den weltweiten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Integrationsprozeß, nicht verwirklichen, ohne daß Voraussetzungen für einen natürlichen Verlauf der sozialen Entwicklung geschaffen werden. Garantiert werden soll das durch ein neues System der nationalen Sicherheit, das sich von dem archaischen und starren System der „Organe“ abheben muß. Man sollte sich schon heute mit dem Umbau der Staatssicherheitsorgane befassen. In ein Amt, das keine Gefahr mehr für das Volk darstellt.



Beim Zoll beginnt der Schutz der nationalen Sicherheit

Sergej Kowaljows „Weißbuch“

Ein ehemaliger politischer Häftling, heute Volksdeputierter der RSFSR, erzählt aus seinem Leben *

Mit dem Schicksal politischer Häftlinge, die in ein Straflager gelangt sind, sollte man den Menschen keine Angst zu machen suchen. Zwar fällt manchen von ihnen das Lagerleben unwahrscheinlich schwer – das hängt auch vom Charakter ab. Doch die meisten mir bekannten Fälle brutaler Mißhandlungen wurden in der Regel nicht von Kriminellen organisiert. Meist geschieht das auf der Etappe oder beim Transport. Und überhaupt erlangen die Politischen sehr schnell Ansehen.

Die Kriminellen glauben Worten nicht, sie prüfen nach – recht schnell und genau. Sie haben ein geübtes Auge und umfassende Verbindungen. Auf der Etappe bereitete mir ein Krimineller eine Prüfung in Biologie und sagte schließlich: „Also, du bist der Kowaljow... Hab von dir gehört.“ Die Politischen rufen Respekt hervor. Obwohl es einem bei diesem Respekt kalt über den Rücken läuft. So schlagen sie vor: „Hör zu, notier dir meine Adresse. Wenn ich entlassen werde und ihr mordet – das wäre etwas für mich.“ Du sagst ihm: „Ich will überhaupt niemanden ermorden. Ich bin überhaupt dagegen.“ Dann wird er für gewöhnlich nachdenklich und antwortet: „Na klar, du glaubst mir eben nicht.“ Bisweilen kratzt ihn

das auch wenig: Einen Mord macht man eben nicht mit dem ersten Hergelaufenen...

Warum sind die Politischen in den Strafanstalten angesehen? Die Kriminellen erleben einen hilfsbereiten Mithäftling, bereit, für einen anderen einen Antrag zu verfassen und, wenn einem anderen Unrecht widerfahren ist, einen Konflikt mit der Lagerleitung zu riskieren. Und der dafür keine Teeblätter verlangen wird. Der zweite Grund – solche Leute werden von den operativen Mitarbeitern besonders herausgestellt. Die Kriminellen kommen in den Strafsolator (SCHISO) oder in die Strafzelle (PKT) immer für ein bestimmtes Vergehen, für Diebstahl oder Schlägerei. In der PKT ist es wie im Gefängnis. Man ist dort eingeschlossen, doch anders als im SCHISO hat man Bettwäsche für die Nacht. Man erhält jeden Tag warmes Essen, im SCHISO aber gibt es ein Regime, bei dem warmes Essen jeden Tag, wenn auch nach einer sehr geringen Norm, ausgegeben und ein anderes Regime, da es nicht jeden Tag ausgegeben wird. Übrigens ist die Ernährung glücklicherweise wie in der Lagerzone. Die Politischen aber setzt man plötzlich ohne jeden sichtbaren Grund unter Druck. Und das unbedingt für Kritik, dafür, daß man sich für jemanden eingesetzt hat. Und so sind sie ebenfalls immer angesehen! Wenn jemand keine Angst vor dem SCHISO hat, ist das in den Augen der Kriminellen ein großes Plus.

Politische und Kriminelle wurden nach dem Krieg getrennt. Zuvor war die Willkür der Kriminellen wirklich brutal. Menschen, die an der Front gewesen waren, die Krieg zu führen verstanden, gerieten in die Lager. Die Politischen konnten sich in den ständigen Kämpfen behaupten. Immer wieder suchten sich Kriminelle in die „verbotene Zone“ zu retten.

Doch ich saß nicht in der kriminellen, sondern in der politischen Zone ein. Damals gab es 3 Zonen: die 35., die 36. und die 37. Ich saß in der 36. Zone.

Dort war die Situation ganz schlimm. Zu meiner Zeit waren in der 36. Zone nur einige wie ich. Die überwiegende Mehrheit aber waren sogenannte Kriegsverbrecher, Hilfspolizisten der Nazis und Leute, die mit den Deutschen kollaboriert hatten. Warum sogenannte? Weil ich nur einen getroffen habe, von dem ich das sagen kann, und zwei, von denen ich vermute, daß sie an faschistischen Verbrechen beteiligt waren. Die anderen sind unglückliche alte Menschen. Zu den Faschisten gelangten sie im allgemeinen nicht durch eigene Schuld. Man zwang sie einfach, sie mußten gehen – die entsetzlichen Umstände nötigten sie dazu. Ja, es waren keine Helden – aber auch keine Kriegsverbrecher...

Die politische Zone unterschied sich in vielem von der kriminellen. Handgreiflichkeiten waren in der politischen Zone die große Ausnahme, bei den Kriminellen aber waren sie an der Tagesordnung. Diebstähle waren ganz ausgeschlossen, Schlägereien und Abrechnungen untereinander gab es nicht. Doch es gab auch Dinge, die die politische

*Schluß. Anfang s. Hefte 13 und 14



1987, eines der ersten Meetings von „Memorial“ vor dem Dynamo-Sportpalast. Es spricht Sergej Kowaljow, der gerade erst seine vorläufige Moskauer Anmeldung erhalten hat. Auf dem gleichen Meeting sprach erstmals nach der Rückkehr aus Gorki Andrej Sacharow

Zone negativ unterschieden. Man wird ständig von grellen Scheinwerfern angestrahlt, steht unter ständigem Druck. Und wenn sie einen Freibrief gegen einen haben, können sie immer wieder zu Strafen greifen: SCHISO, Einkaufsverbot, PKT, Besuchsverbot für Angehörige. Es kam vor, daß die ganze Lagerzone ein Jahr lang keine Verwandtenbesuche empfangen darf.

Bei der Mitarbeit an der „Chronik der laufenden Ereignisse“ mußte man die Umstände im Lager kennen – nichtsdestoweniger spürte ich sie nicht, verstand ich sie nicht. So traf folgende Meldung aus einem Lager ein: „Jemand erhielt wegen Verletzung der Kleiderordnung für so und so viele Tage Arrest. Er war in Hausschuhen auf den Vorbau der Baracke getreten.“ Man hat in der Baracke in Hausschuhen zu gehen, auf der Straße aber hat der Häftling bei jedem Wetter Stiefel oder Halbschuhe zu tragen – was er eben bekommen hat.

Na schön, klar, daß dies eine entsetzliche Dummheit ist. Doch warum ist jemand rassistisch, wenn er die Verhältnisse kennt? Lohnt es sich etwa, wegen Hausschuhen in die Zelle zu gehen? Erst nachdem ich ins Lager gekommen war, erfuhr ich, warum das ganze. Die Hälfte des Sommers dürfen die Häftlinge in Hausschuhen umhergehen – und alle tun es: Es ist schwer, bei Hitze grobe Stiefel anzuhängen. Die Lagerleitung interessiert sich absolut nicht für die Hausschuhe. Doch wenn man jemanden „aus operativen Erwägungen“ unbedingt einlocken will, dann achtet man auf einmal darauf. Und man bringt einen wegen Verletzung der Kleiderordnung in den Arrest – oder wegen irgendeiner anderen Bagatelle. So mußte ich wegen Zuspätkommens zur Arbeit an einem Tag, an dem ich krankgeschrieben war, brummen. Das kratzte niemanden.

Fast jeder, der ins Lager kommt, darf sich kurze Zeit etwas umsehen, dann wirft man ihn wegen irgendwelchen Unsins in den Arrest, damit er auch das erlebt hat, damit er weiß, wie er sich zu verhalten hat. Einem Häftling aber, der sich bereits eingelebt hat, gibt man nie ohne Grund Strafarrest. Auf einem anderen Blatt steht, daß dabei nie der wahre Grund der Strafe genannt wird. Der Häftling kennt ihn, und sie kennen ihn. Doch im Protokoll werden besagte Hausschuhe figurieren, oder aber es wird heißen, daß sie böswillig und systematisch die Produktionsnorm nicht erfüllen – obwohl dem nicht so ist. So gelangte ich erstmals für ein halbes Jahr in die PKT, weil ich mich im Rahmen des Helsinki-Prozesses an die Konferenz in Belgrad gewandt hatte. Ich hatte aus dem Lager einen Text, natürlich nicht per Post, abgeben lassen. Er erreichte den Bestimmungsort und wurde in Belgrad verlesen, von der Presse aufgegriffen. Doch Mitarbeiter des Strafvollzugs fanden das Original dieses Appells, irgendwo gut versteckt. Ein graphologisches Gutachten kam zu dem Schluß, daß ich es eigenhändig verfaßt hatte. Und so kam ich für ein halbes Jahr in die PKT. Doch im Urteil fand sich eine geradezu phantastisch ungebildete Formulierung: „Er hatte negativen Einfluß auf den negativen Teil der Häftlinge.“

Ein weiterer Fall. Im Sommer 1976 kehrte Arje Wudka (ein Rjasaner Prozeß: Samisdat, sozialistische Ideen, die damals unter einem Aspekt, jetzt aber unter einem anderen nicht

gut waren, sowie der Wunsch zu emigrieren) aus dem Gefängnis von Wladimir in die Zone zurück. Er hatte im gleichen Sommer auf freien Fuß kommen sollen. Ihm wurden nacheinander Fristen im SCHISO angedreht, und man wollte ihn nicht in die Lagerzone zurücklassen. Es war klar, daß er jetzt in die PKT gelangen, dort den ganzen Sommer absitzen und erst von dort entlassen würde. Aus dem Gefängnis aber kommt man in einer solchen Verfassung heraus, daß man an der frischen Luft sein muß, und das besonders im Sommer, wenn man Grünzeug essen und mit Menschen zusammentreffen kann. Und da beschloß die Zone, Druck auf die Verwaltung auszuüben.

Die Mai-Feiertage rückten näher, das aber ist eine gefährliche Zeit: Die Leitung hat entsetzliche Angst, bei den proletarischen Feiertagen könne irgend etwas geschehen: ein gemeinsamer Hungerstreik, eine Demonstration. Und da wurden einige sehr zurückhaltende Anträge von verschiedenen Leuten verfaßt (gemeinsame Anträge werden in der Zone nicht entgegengenommen). Angeblich besorgt über Wudkas Gesundheit bitte ich, ihn in die Zone zurückzulassen und ihn nicht mehr zu quälen. Ich schrieb meinen Antrag wie die anderen, doch außerdem richtete ich an den Leiter einen weiteren Antrag: „Ich bitte Sie, mich unbedingt bis zum 29. April zu empfangen.“ Für jemanden, der versteht, was gespielt wird, ist dies ein Zeichen... Im weiteren ereignete sich folgendes. Der Leiter der Zone traf wiederholt mit mir zusammen – doch kein Wort zu meiner Erklärung. Ich legte ebenfalls eine Künstlerpause ein, und das zog sich bis zum 29. April hin, als er an mich herantrat und zu einem Gespräch bat. Das Gespräch verlief wie folgt: „Warum haben Sie um ein Gespräch gebeten, was haben Sie für ein Anliegen?“ „Wudka muß in die Zone zurück. Er muß zusätzlich zu essen bekommen.“ „Das steht nicht in meiner Macht, Wudka verstößt ständig gegen das Haftregime, hier, sehen Sie, wie viele Berichte. Ich muß ihm wieder den SCHISO verlängern oder aber PKT ansetzen.“ „Wissen Sie nicht, was diese Berichte wert sind?“ „Ja“, sagte er, „und wie werden die Feiertage sein? Wird alles ruhig sein?“ „Ich meine, daß wenn Wudka zurückkommt, wohl alles ruhig sein wird, alle werden sich erholen und sich mit ihren Dingen befassen. Das meine ich, und dazu habe ich allen Anlaß.“ „Und wenn er nicht herauskommt?“ „Wenn Sie meine Meinung interessiert, es wird etwas geben, was genau – das weiß ich nicht. Ich werde auf jeden Fall etwas unternehmen.“ „Sie wissen ja, daß ich den SCHISO nicht unterbrechen kann, doch morgen um 2.30 Uhr ist Wudkas Frist abgelaufen. Und Sie werden ihn dann in der Zone wieder sehen. Sind Sie sicher, daß die Feiertage dann ruhig verlaufen?“ „Ich kann Ihnen nichts versprechen. Ich meine, daß die Feiertage dann ruhig sein werden, ich habe allen Anlaß zu dieser Vermutung. Wie es aber in Wirklichkeit sein wird – woher soll ich das wissen?“

Wudka kam zurück in die Zone, die Feiertage verliefen ruhig, am 6. Mai aber kam ich in den SCHISO... wegen Verspätung zur Arbeit, obwohl ich überhaupt nicht zur Arbeit erschienen war: Ein Arzt hatte mich krankgeschrieben...

Fonds fürs Überleben. Moskauer Helsinki-Gruppe

1987 erhielt ich die vorläufige Moskauer Anmeldung.

Am 5. Januar 1990 wurde ich als Ingenieur am Institut für Probleme des Informations-transfers eingestellt. Allerdings hatte man das bereits am 1. Juni 1988 tun wollen, und die entsprechende Anordnung war schon unterschrieben. Am 31. Mai wiederrief man diese jedoch. Der Grund war, daß Ronald Reagan, der zu diesem Zeitpunkt Moskau besuchte, am 30. Mai einen Empfang in der Residenz des US-Botschafters gab. Ich wurde dorthin gebeten, und ich hielt dort eine Rede. Eben darauf verwies die Institutsleitung.

Im Spätsommer 1989 gewann Andrej Sacharow mich für die Mitarbeit im Internationalen Fonds für Überleben und Entwicklung. Jetzt bin ich einer der drei Co-Vorsitzenden der Projektgruppe für Menschenrechte, die amerikanischen, schwedische und sowjetische Mitglieder hat. Zum 1. November 1989 gaben wir einen Sammelband für die Volksdeputierten zur Frage des Ausnahmezustandes heraus: Auszüge aus der Gesetzgebung vieler Länder, aus UNO-Dokumenten und – unsere eigene Gesetzesvorlage für den Ausnahmezustand.

Außer dem Fonds gehöre ich der Moskauer Helsinki-Gruppe an.

Die Moskauer Helsinki-Gruppe mußte 1982 ihre Selbstauflösung erklären.

Im letzten Herbst hat die Moskauer Helsinki-Gruppe in etwas anderer Besetzung ihre Arbeit wieder aufgenommen. Von den Gründern gehören Orlow und Alexejew ihr an – beide leben jetzt in den USA. Wahrscheinlich wird sich Mejman anschließen. Diejenigen, die hier sind – Larissa Bogoras (Vorsitzende der Gruppe), Lew Timofejew, ich, Wjatscheslaw Bachmin und noch einige. Die aktuellen Aufgaben der Helsinki-Gruppe sind, wenn wir von der Gesetzgebung sprechen, der Kampf für die Veränderung von Art. 64 des Strafgesetzbuches („Hochverrat“). Das ist ein unglaublich weit gefaßter, wahrer Gummiparagraph, unter den man, was beliebt, subsumieren kann.

Wir sind eine reine Bürgerrechtlergruppe, keinerlei politische Doktrinen lehnen wir ab oder unterstützen wir. Für derartige Gruppen besteht meiner Meinung nach ein unbestreitbares Bedürfnis. Die Menschenrechte – das ist nicht das, was man einmal per Gesetz einführen und dann vergessen kann. Die internationalen Erfahrungen zeigen, daß die Menschenrechte tagtägliche Aufmerksamkeit verlangen. Es gibt viele durchaus zivilisierte Rechtsstaaten, in denen es nichtsdestoweniger eine enorme Zahl von Bürgerrechtsorganisationen der Öffentlichkeit gibt – und das ist keineswegs sinnlos. Nehmen Sie nur die Erfahrungen der USA. In der UdSSR aber hat dieses Thema bei allen sehr ernstesten positiven Veränderungen seine Aktualität noch nicht verloren.

Ich meine, daß Juli Orlow, 1976 Initiator der Helsinki-Gruppe, alles sehr genau vorhergesehen und erkannt hatte, daß weniger die Helsinki-Vereinbarungen als vielmehr der Helsinki-Prozeß wichtig sind. Er entwickelt sich weiter, und man muß versuchen, vernünftigen Einfluß auf seine Entwicklung zu nehmen.

Die Publikation vorbereitet

von Lew Jelin

Juri Bondarew ist ein temperamentvoller Schriftsteller, seine Metaphern sind manchmal erschütternd. Bald sagt er, der Schriftsteller sei der Testamentsvollstrecker des russischen Volkes; bald teilt er mit, jeder Fisch werde bis zum letzten Tropfen seines Fischblutes kämpfen, nur um nicht in die „gelbe“ Zeitung „Iswestija“ eingewickelt zu werden. Auch in seinem jüngsten publizistischen Artikel „Wie nun weiter?“, der in der Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ veröffentlicht wurde, zieht er über jene her, die „das reine Antlitz der Melpomene mit dem Schmutz von Anomalien beworfen haben“. Ein beeindruckendes Bild. Übrigens sind seiner Meinung nach auch Klio und Thalia, die anderen Musen, Götter, Helden und ganze Völker mit selbigem Schmutz beschmiert.

Schuld daran sei die „Destruktion der Gesellschaft“ in den Jahren der Perestroika, die „nicht durch die alles in allem eher wenigen Bastionen einer ehrlichen Presse geschützt ist“. Diese sei „viel zu verwirrt durch die wuchtigen Schläge der extremistisch-spißbürgerlichen Ultrapresse, die es vermocht hat, ... den Glauben an die geistige Schönheit ins Schwanken zu bringen und das Volk zu erbittern, den Großen Vaterländischen Krieg, den Heldenmut, die Herzensgüte zu verhöhnern, die Aufrichtigkeit, Liebe, Scham und Hilfsbereitschaft zu Grabe zu tragen und eine dreiste „Elite“ von Phrasendreschern und Provokateuren zu schaffen“. Verbündete der „Ultrapresse“ seien „leichtbeschwingte Wirtschaftswissenschaftler“. All das verursache eine Million von Fragen, und dies, wie der Schriftsteller feinsinnig bemerkt, „ohne die Eigenschaft eines beschwichtigenden falschen Optimismus“.

Die erste und wichtigste Frage ist: Wer ist schuld? Auf den ersten Blick braucht man da nicht erst lange nachzudenken: Wer mit dem „Schmutz der Anomalien“ um sich wirft, der ist auch schuld. Aber auch anderes beunruhigt den Schriftsteller: „In der Partei ist eine Opposition entstanden, eine ohne rosige Illusionen, mit einem durch keine lyrischen Abschwüngen verborgenen Traum von der vollen Machtergreifung.“

Nicht ganz verständlich. Was soll hier schlecht sein? Daß es eine Opposition gibt? Daß sie die Macht ansteuert? Wäre es besser, wenn es diese Opposition nicht gäbe, wenn die Macht weiter monopolisiert bleibt? Ich suchte an anderen Stellen, um diesen Gedanken zu verstehen, fand jedoch nichts Erklärendes und Überzeugendes. Einerseits macht sich Bondarew Sorgen über das Auftauchen einer Opposition, andererseits appelliert er ständig an Rußlands jahrtausendealte Traditionen. Ist die Opposition in der Partei auch eine zu den jahrtausendealten Traditionen? Trägt diese Opposition ebenso wie die „Ultrapresse“ die Liebe etc. ebenfalls zu Grabe? Ist es so, daß die Partei, wie sie früher

war, diese mit Füßen getretenen Heiligtümer in sich verkörpert?

Überhaupt: Ist die Partei-Ideologie und -Praxis eine Erbin der russischen jahrtausendealten Traditionen? Eine sehr heikle Frage. Schwierig vom Standpunkt der Geschichtsphilosophie, schwierig auch für den einzelnen, dessen Leben sozusagen ins Gewebe der Zeit eingeflochten ist. So manchem würde man diese Frage nicht einmal stellen wollen. Es gibt aber auch andere, die sich verpflichtet fühlen, sie zu beantworten: Menschen, die Anspruch auf die volle und letzte Aufrichtigkeit erheben, wie der bekannte Schriftsteller das tut. Wenn so hohe Töne angeschlagen werden, geht es nicht an, sich um scharfe Ecken herumzudrücken. Diese Ecke ist eine sehr scharfe. Die Einstellung zum politischen System und zur politischen Praxis der letzten Jahrzehnte spiegelt die Vorstellungen sowohl von der Vergangenheit als auch von einer erstrebenswerten Zukunft des Vaterlands wider.

Am häufigsten lassen Menschen, die sich für Rußlands wahrste Sachwalter ausgeben, den Kern der Sache in den hohen Begriffen wie Pflicht, Patrioten oder Volk versinken und lassen die Politik gleichsam fürs nachher. Aber auch das ist Politik: Für die „wahren Patrioten“ ist ein Bündnis mit Konservativen von Vorteil. Im Ergebnis entsteht der Eindruck, wie die Zeitschrift „Referendum“ bemerkt, daß wir das Millenium des Kommunismus in Rußland feiern.

Es wird verkündet, der Pluralismus sei heute das größte Unglück, er „postuliert die Zerrissenheit der Bindungen von Gegenstand zu Gegenstand, eine nicht uneigennützig abtrennung von der Wahrheit, Reflexe des Bewußtseins, die einander ausschließen“. Dürfte ich hier einmal unhöflich sein, würde ich sagen, daß das Quark ist. In der Tat hat das mit der Sache nichts zu tun. Politischer Pluralismus ist nicht eine Kakophonie, in der jede Stimme ihrem Part folgt, wie Bondarew behauptet, sondern ein **System**, ein organisiertes stabiles System der Interessenvertretung verschiedener sozialer Gruppen.

Wir haben noch keinen Pluralismus. Er ist erst im Werden. Bondarew aber sagt, es gäbe bereits viel, sogar zu viel Pluralismus, die Zeit sei gekommen, zur Aktionseinheit überzugehen. Das kennt man: Freiheit von Erörterung und Kritik und einheitliches Handeln. Wozu ein solcher demokratischer Zentralismus ausartet, ist wohlbekannt.

So sind wir an der Frage angelangt, mit der Juri Bondarew seinen Artikel überschrieben hat: Wie nun weiter? Beim Lesen des Artikels wartet man ungeduldig auf eine Antwort. Eine Entlarvung, die drei Viertel einer Zeitungsseite einnimmt, muß doch schließlich mit einem positiven Hinweis abgerundet werden. Jawohl, hier haben wir ihn, wortwörtlich: „Die Perestroika muß eine Wissenschaft sein, die uns zur Prosperität der Gesellschaft führt, nämlich: Sie muß sich auf eine Wirtschaftstheorie, auf ein System von Ideen gründen.“

Und noch etwas. Um nicht den Glauben an sich zu verlieren, müsse man „Fehler korrigieren und arbeiten, arbeiten, arbeiten“. Das wären sie auch, die alles in allem richtigen, aber doch äußerst banalen Empfehlungen eines russischen Schriftstellers zu dem dramatischen Moment unserer Geschichte, den wir jetzt erleben.

Dennoch hinterlassen dieser Artikel wie auch andere Stellungnahmen von Bondarew und seinen Gesinnungsgenossen einen merkwürdigen Eindruck. Vom Geist des Politikastertums durchdrungen, nachlässig geschrieben, von einer fehlerhaften Logik, zugleich jedoch jedoch Wut und Intoleranz atmend (gegenüber wem? Das verrät der Autor nicht), drängt er direkt zu der Frage: Wenn die Führenden so sind, wie sehen die Geführten aus?!



Melpomene, Pluralismus und anderes

Leonid Ionin

Einem Aussätzigen die Hand geben

Ein unvorsichtiges Bekenntnis der eigenen Charakterschwäche, abgelegt in einem offenen Brief an einen katholischen Geistlichen

Kommen Sie zu uns, Pater Alexander! Ich hoffe, Sie erinnern sich an Ihr Versprechen, uns zu besuchen. Diese Idee entstand nach Ihrer Erzählung von der Reise nach China. Die Bewohner Ihres Dorfes haben mehrere Monate nicht die für sie bestimmte Milch getrunken und sie beauftragt, für die Reise nach China von dem so gesparten Geld Geschenke zu kaufen. Sie sagten, Sie würden auch in die Sowjetunion nicht mit leeren Händen kommen, Ihre Schützlinge hätten einen feinen Nerv für das Unglück und die Nöte anderer Menschen. Natürlich wird man sich in unseren medizinischen Ämtern über ihre Dollars freuen. Ich kann Ihnen aber versichern, hier geht es nicht um das Geld. Kommen Sie ohne Geld und Geschenke. Kommen Sie einfach so.

Ich bin fest davon überzeugt, daß Sie kommen sollten. Einige tausend Kilometer von Ihnen entfernt, allein mit meiner Schreibmaschine fällt es mir leichter, Ihnen das einzugestehen, was einem im Beisein anderer Menschen schwerfällt. An diesem Tag, den ich bei Ihnen im Dorf Sankt Lazarus unweit von Seoul verbrachte, erlebte ich Angst und Begeisterung, Neid und Enttäuschung...

Ich wollte eigentlich nur mit katholischen Geistlichen sprechen, die eine bedeutende Rolle in der Geschichte von Südkorea gespielt haben. Bei Ihnen war gerade Bischof Angelo zu Gast. Es war etwas komisch, einen Koreaner mit einem europäischen Namen anzureden. Schon später am Ende meiner Reise durch den Süden Koreas, begriff ich, daß sich der Katholizismus wunderbar in die orientalische Gesellschaft einfügt, und mir

die Menschen in der Sutane vor dem Hintergrund der buddhistischen Pagoden gar nicht so fehl am Platze schienen...

„Die katholische Kirche war immer gegen die Diktatur“, sagte Bischof Angelo. „Die Regierung zählte uns fast schon zu den Kommunisten, obwohl den Geistlichen in Wirklichkeit verboten ist, am politischen Leben teilzunehmen. Unser Glaube schreibt uns vor, den Nächsten zu lieben und barmherzig zu sein. So kommt es, daß unter den Bedingungen einer Diktatur diese Eigenschaften als staatsfeindliche Tätigkeit klassifiziert werden... Das Gelübde des Zölibats entbindet uns von der Verantwortung für die Familie, von der Sorge um den Verdienst, und wir können unsere ganze Kraft für die gesellschaftliche Sache verwenden. Waisenhäuser, Altenheime – damit beschäftigen wir uns. In Südkorea gibt es ca. 1,3 Mio. Katholiken, und die Tendenz ist steigend.“

„Glauben Sie, daß Barmherzigkeit, die Fähigkeit, sich um andere Menschen zu sorgen, ein Privileg der Gläubigen ist?“ fragte ich.

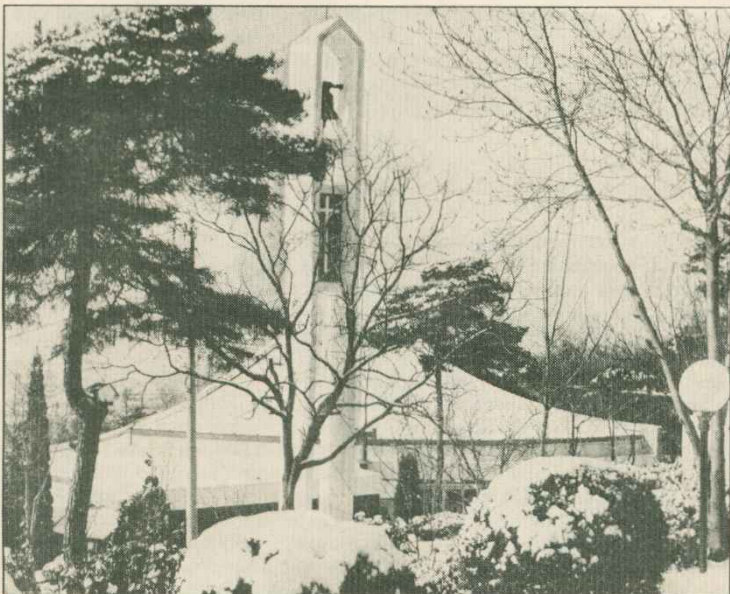
„Ich bezweifle nicht, daß es unter den Nichtgläubigen viele wunderbare, hochmoralische Menschen gibt“, antwortete Bischof Angelo. „Ich glaube jedoch, daß sie oft nicht genügend Kraft haben für gute Taten. Wir haben es da leichter, wir schöpfen Kraft aus dem Glauben.“

Bischof Angelo hatte es eilig und sagte mir zum Abschied, daß er nach der Befreiung der Halbinsel Korea von den japanischen Okkupanten im Norden, in der sowjetischen Besatzungszone, gewohnt und die besten Erinnerungen an die sowjetischen Soldaten habe.

„Die Menschen der älteren Generation haben sich noch an Jesus Christus erinnert“, meinte Bischof Angelo. „Als Ihre Soldaten nach Hause zurückkehrten, gab es keinen mehr, der die katholischen Geistlichen geschützt hätte, und ich flüchtete in den Süden.“

Wir begleiteten den Bischof und da schlugen Sie vor, das Dorf zu besichtigen. Ich nahm den Fotoapparat und folgte Ihnen. Das Dorf Sankt Lazarus ist in bewaldeten Bergen gelegen. Ich konnte mir die sommerliche Farbenpracht, wenn alles blüht, nicht vorstellen, doch auch unter der müden Wintersonne schien das Dorf immergrün zu sein. In meinem Bewußtsein paßten die Krankheit und dieses herrliche Fleckchen überhaupt nicht zusammen. Krankheiten gehörten für mich in geflieste Krankenzimmer, wo es nach Desinfektionsmitteln, billigen Medikamenten und Unrat riecht, wo traurige Gestalten in Einheitskitteln umherwandeln, die mit geringschätziger Gleichgültigkeit von der Medizin verstoßen wurden...

Hier dagegen herrscht eine ideale Ordnung, Sauberkeit, gepflegte Wege und Rasen... Sie können sich wahrscheinlich nicht vorstellen, daß es anders sein könnte. Da kam uns eine Gruppe von Menschen entgegen, einander helfend, langsam, seltsamen Ganges. Das waren die Bewohner des Dorfes Sankt Lazarus. Wir kamen ganz nahe heran, sie betrachteten neugierig das neue Gesicht. Ich hatte Angst. Ich fürchtete diese alten



Das Dorf Sankt Lazarus. Der hoffnungsloseste Platz der Welt?

gebrechlichen, fast hilflosen Männer und Frauen, die sich auf Krücken oder die Schulter des Nachbarn gestützt auf der heimatlichen Erde dahinschleppten.

Es ist mir peinlich, meine Schwäche zuzugeben, Pater Alexander, aber in jenem Augenblick dachte ich, daß die Möglichkeit, exotisches Material für die Zeitschrift zusammenzutragen nicht das Risiko lohnt, sich anzustecken. Sie begrüßten Sie und Sie gingen mit ihnen. So war ich gezwungen, Ihnen zu folgen, und geriet in die Mitte der Gruppe. Sie waren in die Kapelle zum Abendgebet unterwegs. Ich steckte die Hände tiefer in die Taschen und versuchte, nur durch die Nase zu atmen... Nicht ein medizinisches Nachschlagewerk konnte mich beruhigen: Die Krankheit läßt sich im direkten Sinne nicht heilen, die Ärzte haben nur gelernt, das Leben der Patienten zu verlängern und ihre Leiden zu mindern. Die Leute, die rechts und links von mir, hinter und vor mir gingen, waren unheilbar krank.

Wir, die wohlbehaltenen Bewohner der Industriestädte, haben diese Krankheit vergessen. Diese hat aber den Menschen nicht vergessen. In der Welt sind zwei Millionen Kranke registriert. Weitere zehn Millionen wissen nicht, daß sie krank sind, oder haben keine Möglichkeit, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Das ist eine Krankheit der Armen. Es ist Aussatz. Das Dorf Sankt Lazarus ist ein Leprosorium, ein Ghetto für Aussätzige.

Kein medizinisches Nachschlagewerk konnte mich beruhigen, Pater Alexander. Da steht, daß die Krankheit von dem Hansen-Bazillus hervorgerufen wird, doch keiner weiß, wie er übertragen wird. Über die Haut? Über die Atemwege? Die Krankheit dringt unbemerkt in den Menschen ein, und einige Jahre weiß er nicht mal, daß er verurteilt ist. Die Enzyklopädie ist barmherzig: Ihre Autoren benutzen nicht so grausame Worte, sondern trockene Begriffe wie „Inkubationszeit“, „Befall der Lymphknoten, der Nervenstränge“... Als Junge habe ich jedoch die Erzählungen von Conan Doyle über Piraten gelesen und erinnerte mich sofort, wie Kapitän Sharkey umkam. „Schau auf ihre Hände, Kapitän Sharkey!“ schrie der Doktor.

Die Hand war von seltsam leichenhaft blässer Farbe mit gelben Häutchen zwischen den Fingern. Die Haut war wie mit weißem flaumigen Staub gepudert, der an das Mehl auf einem frischgebackenen Brötchen erinnerte. Der Staub bedeckte mit einer dicken Schicht den Hals und die Wangen von Kapitän Sharkey.

„Kapitän“, sagte der Doktor, „es wäre ehrlos, dich zu betrügen. Kein einziger Mensch, der mit den Schuppen der Aussätzigen in Berührung kommt, kann gerettet werden...“

In diesem Moment haben Sie, Pater Alexander, dem Alten, der sich auf die Krücke stützte, die Hand gegeben, traten zur Seite und ließen ihn vorbei.

Was ist das? Heldentum? Übermut?

Gleichgültigkeit dem Tode gegenüber? Bewußtes Risiko? Überzeugung der eigenen Sicherheit?

Mit Schauern schaute ich auf die verstümmelten Hände dieser Unglücklichen. Viele hatten keine Finger, doch die bei Conan Doyle beschriebenen Häute und die weißen Schuppen konnte ich nicht entdecken. Wahrscheinlich waren die Hände



Pater Alexander: „Ich habe 10 Jahre gebraucht, ehe ich die Kraft aufbrachte, einem Aussätzigen die Hand zu geben“



von den Ärzten behandelt, und die Kranken galten nicht als Infektionsträger. Man wird sie doch aber nicht nur so in Leprosorien halten.

„Im Süden Koreas“, erzählten Sie derweil, „sind 24 000 Leprakranke registriert. Sie leben zusammen und sind hauptsächlich mit Viehzucht beschäftigt. Die Alten, die die Jahre und die fortschreitende Krankheit zu Invaliden gemacht haben, kommen ins Krankenhaus. Oder zu uns. Im Dorf Sankt Lazarus wohnen 150 sehr kranke Menschen.“

„Das Dorf existiert auf Kosten des Gesundheitswesens?“ fragte ich.

„Die Regierung bezahlt ihnen Essen und Kleidung.“

„Und der Rest?“

„Den Rest müssen wir selbst aufbringen.“

Wir kamen in das Männerhaus. Sie haben eine der Türen aufgemacht, und ich sah ein kleines Zimmer, in dem drei Leute wohnten. Sie hörten Radio. Als sie uns sahen, lächelten sie. Einer wollte aufstehen, um uns zu begrüßen, doch seine Beine trugen ihn nicht, und er fiel auf das Bett. Wieder und wieder versuchte er, hochzukommen. Der auf dem Fußboden sitzende Greis sagte etwas mit dumpfer Stimme. Meine Übersetzerin beugte sich zu mir: „Ich bin 81, blind und kann Sie nicht sehen. Ich möchte aber sagen, daß wir froh sind, Sie hier begrüßen zu können. Viel Glück.“

Wir verließen das Zimmer, um den Krüppel, der über seinen Körper keine Gewalt mehr hat, von seinen Leiden zu erlösen, die er sich selbst zufügte, indem er aufzustehen

versuchte. Wir schauten noch in einige Zimmer. Die Familienhäuser stehen einzeln. Hier an diesem Ort der Leiden und des Kammers, an diesem hoffnungslosesten Ort der Erde, habe ich keine Träne gesehen, kein Stöhnen, keine Beschwerden und kein Jammern gehört. Vielleicht können sich diese Menschen, die in dem Leprosorium leben, kein anderes Leben vorstellen? Und finden deshalb vielleicht ihre Existenz hier völlig normal? Nein, so scheint das nicht zu sein. Das Dorf Sankt Lazarus ist nicht vom Stacheldraht umzäunt, das andere Leben ist nebenan. Was tröstet sie dann?

Vor den Häusern für Familien trocknen Hemden, stehen Blumenkästen. Vor dem Eingang stehen die Schuhe in Reih und Glied, denn im Orient betritt man die Behausung unbeschuht. Diejenigen, die arbeiten können, sind nicht müßig.

Kein Haus gleicht hier dem anderen. Alles, was hier im Laufe der Zeit gebaut wurde, ist dem bescheidenen katholischen Geistlichen zu verdanken. Aber wie hat er das geschafft?

Im Dorf gibt es unwahrscheinlich viele Denkmäler. Wem wurden sie errichtet?

Einem katholischen Geistlichen aus Amerika, der unter seinen Kirchgängern Geld für eine Wäscherei für das Dorf Sankt Lazarus gesammelt hat. Einer Frau, die am Geburtstag ihres Sohnes ihren Goldschmuck für die Aussätzigen spendete... Ein Denkmal für jeden, der etwas für die Kranken getan hat.

Ihre Freunde, Pater Alexander, haben mir erzählt, daß, als Sie in das Dorf kamen, nur ein einziges altes Haus hier gestanden

habe, in dem Aussätzige hausten. Ein gottverfluchtes Nest, um das man einen großen Bogen machte. Es ist aber nicht meine Sache, die zu verurteilen, die nicht gerade scharf waren auf den Anblick fremden Leids.

Man erzählte mir, daß Sie, bevor Sie hierher kamen, einige Jahre in den USA lebten, auch die amerikanischen katholischen Koreaner brauchen Trost. Hier sammelten Sie, nachdem Sie beschlossen hatten, sich zu den Aussätzigen zu begeben, die ersten 20 000 Dollar für den Ausbau des Dorfes. Ich glaube, die Leser unserer Zeitschrift wissen Ihren Schritt zu schätzen – aus den USA in ein Leprosorium...

Das alles haben mir andere erzählt. Nicht Sie.

Sie zeigten mir mit dem Stolz eines guten Wirtschafters das von Ihnen Geschaffene. Das Hotel der Kirche mit dem Konferenzsaal, hier finden theologische Seminare statt. Vor dem Hotel wuchs ein großer Dattelpflaumenbaum, an dem vorsorglich ein Schild angebracht war: „Eßt mich nicht, sondern seht mich an und betet zu Gott.“ Die Kirche mit den Buntglasfenstern, die den mir bekannten europäischen Gotteshäusern so wenig ähnelte. Die Buntglasfenster haben Katholiken aus der BRD geschickt. Innen gibt es viele originelle Skulpturen, sie wurden von Dozenten der Universität Seoul gegossen. Ich habe übrigens bemerkt, daß es im Dorf viele künstlerische Arbeiten gibt, die nicht von Laien stammen, sondern von Berufskünstlern. Später sagte man mir in Seoul, daß sich die bekanntesten südkoreanischen Bildhauer als Ehre anrechnen, einen Auftrag für das Dorf Sankt Lazarus, der selbstverständlich unentgeltlich ist, zu erhalten.

Wie ist es aber dazu gekommen? Das ist die Frage, die ich mir stelle.

Wie ich aus Ihrer Erzählung erfuhr, war es der erste Erfolg, daß sich Yook Young Soo, die Frau des langjährigen Präsidenten von Südkorea Pak Tschung Hi für das Schicksal des Dorfes interessierte. Den ständigen Lesern der NZ wird dieser Name ein Begriff sein. Pak wurde damals als amerikanische Marionette bezeichnet, die im Ergebnis eines Militärputschs an die Macht kam. 1979 wurde er von seinem eigenen Berater umgebracht, dem Direktor der zentralen koreanischen Aufklärungsverwaltung. Meine südkoreanischen Bekannten erinnerten sich an Pak als einen Initiator von Reformen, die der südkoreanischen Wirtschaft zu beneidenswerter Dynamik verhalfen. Seine Frau kam oft in das Dorf Sankt Lazarus. Sie unterhielt sich lange mit den Aussätzigen, ging mit ihnen spazieren und gab ihnen auch die Hand. Der Dorffotograf hat sie einige Male in diesen Minuten fotografiert. In Ihrem Archiv, Pater Alexander, sah ich viele solche Aufnahmen. Eine charmante Frau Hand in Hand mit den unseligen Alten, deren verunstaltete Körper und Gesichter schon nicht mehr so abstoßend oder unangenehm schienen. Auf die greisen Gesichter fiel, die groben

Züge besänftigend, der Abglanz von Zärtlichkeit und Güte.

Nach der Frau von Pak Tschung Hi kamen viele namhafte Politiker und Vertreter der Öffentlichkeit hierher. Im vorigen Jahr war der römische Papst hier und dieses Jahr Präsident Roh Tae Woo... Ich weiß nicht, ob alle, die hierher kommen, damit einem Ruf des Herzens folgen, dem Wunsch, barmherzig zu sein. Ich fürchte, die Politiker denken in anderen Kategorien und ihre Taten haben andere Motive. Ist das aber im gegebenen Fall so wichtig? Möglich, daß für manch einen die Reise in das Dorf Sankt Lazarus eine Modeerscheinung ist. Es ist aber eine wunderbare Mode. Ein Politiker kann die Sympathie der Wähler suchen, indem er sich vor Militartechnik aufbaut, er kann aber auch einem Aussätzigen die Hand geben. Seinem Beispiel werden andere folgen, und dann werden sich die Geldbeutel öffnen, neue Schecks ausgeschrieben, und dann wird man im Dorf Sankt Lazarus ein neues Haus bauen.

Eine gute Mode ist nicht nur für große Leute ansteckend. Eine berühmte Schauspielerin hat dem Dorf ihren gesamten Preis, den sie auf einem großen Filmfestival gewonnen hat, übergeben. Die Mädchen aus einem Freudenhaus haben Geld für den Bau einer Verpflegungsstelle gegeben. Der Präsident einer Fluggesellschaft – für Asphaltstraßen. Jede dieser Taten weckt bei anderen den Wunsch, das gleiche zu tun. Stolz, Ehrgeiz? Die Sorge um den guten Namen? An den Sonntagen kommen Studenten in das Dorf, sie räumen auf, bereiten den Kranken das Essen, unterhalten sich mit ihnen. Einem Aussätzigen die Hand geben... Während ich mich hier mit Ihnen unterhalte, Pater Alexander, frage ich mich: Könnte ich so eine verstümmelte Hand berühren?

Das kleine südkoreanische Dorf wurde weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Die japanischen Katholiken, die die moralische Verantwortung für die Leiden auf sich genommen haben, die dem koreanischen Volk in den Jahren der Okkupation zugefügt worden waren, haben viel Geld zusammengetragen.

„Einmal im Jahr haben wir die Möglichkeit, in der BRD unentgeltlich Medikamente für unser Krankenhaus zu bestellen“, sagten Sie, und wir gingen uns das Krankenhaus ansehen, ein kleines sauberes Gebäude mit moderner Medizintechnik. Der zum Verbandwechsel gekommene Patient stand auf und verneigte sich vor den Hereintretenden. Er tat das ohne Erniedrigung oder Gereiztheit, er begrüßte einfach herzlich Leute, über deren Kommen er sich freute. Im Krankenhaus gibt es keine eigenen Ärzte, das kann sich das Dorf nicht leisten. Einmal in der Woche kommen ein Allgemeinarzt und ein Zahnarzt. Zweimal jährlich kommt ein Augenarzt, um Operationen durchzuführen, denn Lepra schädigt

die Augen. Das Krankenhaus steht für Patienten aus dem ganzen Land zur Verfügung. Beim Krankenhaus gibt es ein kleines Hotel, da können Patienten von außerhalb übernachten. Das ist sehr weitsichtig, denn ein Aussätziger darf nicht in ein normales Hotel. Das Krankenhaus wurde mit Hilfe von Koreanern erbaut, die irgendwann einmal in die USA übersiedelt sind.

Hier leben auch für längere Zeit junge Leute, die zum Studium hierher kamen. Aussätzige können sonst nirgendwo eine Ausbildung erhalten. Im Dorf Sankt Lazarus gibt es eine Art Lehrgänge für sie.

„Und mit dieser ganzen Wirtschaft werden Sie allein fertig?“ fragte ich erstaunt.

Darüber mußten Sie lächeln. Für Sie schien das nichts Besonderes zu sein.

„Mir helfen die hier lebenden Nonnen“, sagten Sie. „Unsere Schützlinge machen auch viel selbst. Wenn wir bauen, stellen wir Arbeiter an. Jetzt errichten wir ein neues Haus für 50 alte Menschen.“

Damals mußte ich daran denken, daß es in unserem Land ebenfalls Leprosorien gibt. Ich habe jedoch niemals gehört, daß unsere Politiker und ihre Frauen da hinfahren würden, um den Aussätzigen die Hand zu geben, die Schauspieler ihre Preise opfern oder die Bildhauer um das Recht eifern würden, da eine ihrer Arbeiten aufzustellen... Da sagten Sie, Pater Alexander, daß Sie gern bereit sind, zu uns zu kommen.

„Man hat uns sehr geholfen“, sagten Sie, „und jetzt sind wir wohl an der Reihe, denen zu helfen, die bedürftiger sind als wir. Um Aussätzigen zu helfen, muß man sich überwinden. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß das schwer ist. Die ersten zehn Jahre, die ich hier verbrachte, habe ich Angst gehabt und mich gefürchtet, den Kranken die Hand zu geben.“

Das war sehr liebenswürdig von Ihnen, jenen zu trösten, der selbst schwer unter seinem Unvermögen litt, die eigene Angst zu unterdrücken.

Wir standen auf dem von der Abendsonne beschienenen Platz vor dem Haus, wo unzählige Besucher empfangen werden. Es ist sogar gut, daß ich im Winter hierher kam. Im Sommer versinkt alles im Grün, da kann man nichts genau sehen. Ich hörte das Klopfen von Hämmern, Arbeiter bauten ein neues Haus. Dieser friedlichste und häuslichste von allen Geräuschen war in der abendlichen Stille weit zu hören und weckte Hoffnung an diesem hoffnungslosesten Ort auf der Erde. Ich begriff, daß Sie unbedingt zu uns kommen müssen. Wir erwarten Sie, Pater Alexander!

Mit Hochachtung

Ihr Leonid Mletschin
NZ-Korrespondent

Unter den außergewöhnlichen und schillernden, in sich ruhenden und zugleich widersprüchlichen Persönlichkeiten, an denen unsere Erde beim Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert so reich war, nimmt Tomas Masaryk aus der Tschechoslowakei eine Sonderstellung ein. Als Politiker, Publizist, Philosoph und Staatsmann hinterließ er auf vielen Gebieten der Theorie und Praxis tiefe Spuren. Er hatte das seltene Glück, die Ergebnisse seines Kampfes und seine Hoffnungen verwirklicht zu sehen, als er die Tschechoslowakische Republik aus der Taufe hob und ihr erster Präsident, ein Befreier und Präsident, wurde. Masaryk geriet für Jahrzehnte in Vergessenheit, als er im Streit nach der zweiten Geburt der Republik von ihren ideologischen Wortführern zum Lager der reaktionären bürgerlichen Philosophen und Konterrevolutionäre gezählt wurde.

Sicherlich war Masaryk kein

Revolutionär in dem Sinne, wie wir dieses Wort heute verstehen. Wir wissen zum Beispiel, daß er mit dem Marxismus nicht einverstanden, in den Aufstand des Tschechoslowakischen Corps in Rußland verwickelt war und russische Konterrevolutionäre wie Boris Sawinkow finanziell unterstützt hatte. Kaum jemand weiß aber, daß er, der den Marxismus ablehnte, dennoch behauptete, „für unsere Zeit und besonders für die Lösung des sozialen Problems ist der Marxismus für viele wichtiger als es zunächst den Anschein hat“. Im vertraulichen Memorandum, das Masaryk am 8. April 1918 dem damaligen Präsidenten der USA Wilson zukommen ließ, empfahl er der Entente, die bolschewistische Regierung anzuerkennen und sich jeder Einmischung in die russischen Angelegenheiten zu enthalten. Unter Masaryk hat die Tschechoslowakische Republik nicht nur einem Sawinkow, sondern Tausen-

den von denen, die der Sturm der Revolution und des Bürgerkriegs aus ihrer Heimat vertrieben hatte, geholfen. Von den Soldaten und Offizieren der zerschlagenen Freiwilligenarmee, die sich auf jede erdenkliche Weise nach Prag durchgeschlagen hatten, um sich an der für sie eingerichteten russischen Fakultät der Karls-Universität einzuschreiben, bis zu Marina Zwetajewa, Arkadi Awertschenko, dem ukrainischen Dichter Oles und vielen anderen Schriftstellern, Schauspielern und Wissenschaftlern, deren Namen inzwischen wieder in die Schatzkammer der russischen Kultur aufgenommen sind. Die russische Aktion in der Tschechoslowakei, in deren Zusammenhang der Name Masaryk fallen muß, gab ihnen die Mittel für ihren Lebensunterhalt, ein Dach über dem Kopf und die Möglichkeit, zu arbeiten und schöpferisch tätig zu sein.

Zu Rußland hatte Masaryk ein besonderes Verhältnis. Er

POLITISCHE
GEDANKEN
DES

20.

JAHRHUNDERTS

sprach Russisch und lernte noch im Alter von 80 Jahren die neue russische Rechtschreibung. Er kannte und liebte die russische Literatur und Kultur. Tolstoi und besonders Dostojewski gehörten zu den Denkern in Vergangenheit und Gegenwart, unter deren Einfluß sich seine Weltanschauung, sein sittlicher und politischer Humanismus herausbildeten. Diesen faßte er als Achtung vor der Gleichheit der Menschen und als Gleichberechtigung der Nationen, als Streben nach sozialen Reformen und Gerechtigkeit auf.

Humanistische Ideale

T. G. Masaryk (1850–1937)

Der moderne Mensch hat eine Zauberformel, nämlich „Humanität“, „Menschlichkeit“ und „Menschheit“, in der er alle seine Erwartungen etwa so zum Ausdruck bringt, wie der mittelalterliche Mensch seine innigsten Wünsche mit dem Wort „Christ“ zusammenfaßte. Dieses Ideal der Menschlichkeit und Humanität liegt allen, besonders den nationalen Bestrebungen der Neuzeit zugrunde, und das meint auch Jan Kollar*, wenn er sagt: „Möge dir immer dann, wenn du einen Slawen rufst, ein Mensch antworten!“

Dieses Ideal kristallisierte sich erst allmählich heraus. Mit der Reformation wird ansatzweise Vernunft freigesetzt, bildet sich eine nichtasketische Sittlichkeit heraus, entstehen haushälterische Gesinnung und Fleiß; zugleich wird mit der Verbreitung der Fähigkeit zu lesen und besonders der Heiligen Schrift auch alttestamentarische Energie übernommen. Außerdem bringen Renaissance und Humanismus eine Rückbesinnung auf klassische Lebensideale mit sich, besonders auf die politischen Errungenschaften Roms und die künstlerische

Aus dem 1901 geschriebenen Aufsatz „Humanistische Ideale“.

*Jan Kollar (1793–1852), Dichter, Wissenschaftler, engagierte sich für die slowakische und tschechische nationale Wiedergeburt. In seinen Werken legte er ein Programm für die kulturelle Annäherung aller Slawen vor.



Empfindung der Welt und des Lebens. Wissenschaft und eine neue Philosophie entwickeln sich weiter, die Vernunft emanzipiert sich endgültig von der kirchlichen Autorität.

Das Wesen dieses neuen Ideals des Humanismus kommt auch darin zum Ausdruck, daß man es als etwas Natürliches auffaßt. Man sucht nach den Grundlagen einer natürlichen Religion und Theologie, eines natürlichen Rechts und einer natürlichen Sittlichkeit, nach dem natürlichen, ursprünglichen Zustand der Gesellschaft, des Staates, und schließlich stützt sich die Philosophie auf die angeborene Vernunft, den allgemeinen und gesunden Menschenverstand, und die Kunst wendet sich immer beharrlicher der Natur zu. Das humanistische Ideal ist also ein angeborenes Ideal und neu nur in Hinsicht auf das historisch vorgegebene alte.

In unserer Zeit tritt die Idee des Humanen als nationale Idee in Erscheinung. In letzter Zeit begreift man bei uns schon besser, daß die Idee des Humanen der nationalen Idee nicht im geringsten widerspricht, sondern daß vielmehr die Nation wie auch jeder einzelne Mensch human, also menschlich sein kann und muß.

Mit der humanen Idee entwickelt sich nicht nur die nationale Idee, sondern auch ein gewisser Kosmopolitismus. Sicherlich gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, was Kosmopolitismus ist. Ein Engländer, ein Franzose und ein Deutscher werden unter Kosmopolitismus die eigene, also englische, französische oder deutsche Herrschaft verstehen. Weniger große und kleine Völker

befinden sich da in einer anderen Lage. Aber auch sie können bei der Organisation des Universums nicht abseits stehen. Bei uns wurde neben der nationalen Idee auch noch ein slawischer Kosmopolitismus, wie Havlicek ihn zutreffend bezeichnete, verkündet.* Die Geschichte lehrt uns aber, daß einseitiger Zentralismus nicht nur im Kleinen, sondern auch im Großen und Höchsten schädlich ist: Er muß durch die Autonomie der natürlichen Gebilde, der ökonomischen, kulturellen, ja selbst nationalen Gebilde belebt werden. Heute weicht der alte Kosmopolitismus, wie ihn die Liberalen verkündet haben, vor der gerechteren Bewegung für eine gewaltlose internationale Organisation vollberechtigter Kulturvölker zurück. Damit tritt auch der Staat hinter die nationale Idee zurück.

Die Geschichte der humanistischen Idee zeigt uns, daß die Völker insgesamt diesem Ideal zustreben. Zwar formuliert jeder es auf seine Weise, aber es reicht, daß die Menschheit ihr einigendes Ideal hat. Also muß man all denen entschieden entgegenreten, die sagen, daß die Menschheit, weil sie sich von der alten Moral, besonders der christlichen und kirchlichen Moral abgekehrt hat, zerstückelt im Staub liege und sich in ihre einzelnen Individuen aufgelöst habe. Ebenso unrichtig ist, was die Sozialisten behaupten, nämlich, daß es nur eine Klassenmoral oder allenfalls noch eine nationale Moral geben könne.

Liebe und Menschlichkeit sollten positiv sein. Oft wird doch der Haß auf ein anderes Volk als Liebe zum eigenen Volk angesehen. Das höchste Prinzip lautet anders: nicht hassen, sondern positiv lieben. Ich möchte hier nicht darüber streiten, ob man Fremdes genau so lieben kann wie Eigenes, ein fremdes Volk etwa so wie sein eigenes. Das zu verlangen wäre unnatürlich, und doch sollte man sich angewöhnen, sein Volk, seine Familie, seine Umgebung und überhaupt irgendwen positiv zu lieben, das heißt, ohne etwas anderes dafür zu hassen. Dann wird sich auch eine völlig neue Sittlichkeit vor uns auf tun.

Liebe muß tätig sein. Ihr habt die Pflicht, für euren Nächsten etwas zu tun, für ihn zu arbeiten. Nur darf die Arbeit keine verbitterte Hetzerei sein, sondern immer ausgeglichen, ihrer Ziele eingedenk.

Arbeiten heißt, dem Bösen zu widerstehen, ihm immer, bei jeder Gelegenheit und besonders im Entstehungsstadium konsequent zu

* Karel Havlicek-Borovskí (1821–1856), tschechischer Politiker, Dichter und Publizist, aktiver Teilnehmer der 48er Revolution.

Die Idee der Menschlichkeit widerspricht der nationalen Idee keineswegs, denn gerade die Nation muß und kann so wie jeder einzelne menschlich sein

widerstehen. Das hat nichts mit Radikalismus, aber viel mit Durchsetzungskraft zu tun. Habt keine Angst. Vor Angst lassen Menschen Gewalt zu. Vor Angst lügen sie. Der Tyrann und der Lügner haben Angst. Auch der, der Gewalt übt, ist ein Sklave.

Bewußte Liebe muß etwas aussagen, was im ersten Augenblick vielleicht befremdlich klingt: „Liebe dich selbst!“ Daran ist aber nichts Abwegiges. Christus hat auch gesagt: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Die Menschen verstehen sich bloß nicht selbst zu lieben. List und Berechnung haben nichts mit Liebe zu sich selbst zu tun. Liebe dich selbst und Sorge dich um dich selbst! Versuche nicht, dich zu verwöhnen, sondern tu deine Pflicht und Schuldigkeit.

Das große Übel besteht darin, daß wir mit der ständigen bange Frage leben: Was sollen meine Nachbarn von mir denken? Dabei kommt es doch gerade darauf an, eine eigene Meinung und Individualität zu haben. Ringen

wir uns doch dazu durch, wir selbst zu sein! Laßt uns nicht auf fremde Rechnung leben und mit dem Gewissen anderer bezahlen!

Sittlichkeit beruht auf Gefühlen. Nicht jedes Gefühl ist jedoch echt, nicht jedes ist schön, weil aber Sittlichkeit den Gefühlen entspringt, kann es vorkommen, daß sie sich gegen die Vernunft stellt. Wir suchen Bildung und tun das eben darum, weil das Gefühl blind ist und wir ihm das Licht der Vernunft beugehen müssen. Die Bildung, die wir suchen, muß praktisch sein, zugleich aber auch allgemein und philosophisch. Besonders nützlich ist heutzutage darüber hinaus noch die historische und politische Bildung. Heutzutage ist Sittlichkeit überwiegend auch politische Sittlichkeit. Zwischen Politik und Moral wollen wir keinen Trennungsstrich ziehen.

Wenn wir Bildung anstreben, werden wir aufmerksamer, werden wir denken lernen. Weise sein, das ist wichtig. Dilettantismus wird uns nicht retten. Solange das möglich ist, sollte man alle seine Fähigkeiten harmonisch entwickeln und nicht nur den Geist schulen, sondern auch den Körper kultivieren.

Wir müssen an den Fortschritt glauben, daran, daß das Leben des einzelnen und der ganzen Gesellschaft besser wird und daß es immer so sein wird. Wer an den Fortschritt glaubt, wird nie die Geduld verlieren. Vorwärts zu schreiten bedeutet, das Schlechte zu überwinden. Schlechtes mit Gutem zu überwinden ist nicht so schwer, viel schwerer ist es, vom Guten zum Besseren zu kommen. Der Mensch ist von Natur schwach, seinem Wesen nach aber nicht schlecht. Mit vereinten Kräften können wir darum weiterkommen.

In memoriam

Es ist dunkler geworden in Rußland. Ein großer Mann, eine anerkannte moralische Autorität ist von uns gegangen. Wir werden nicht mehr hören, was er zu schweren Fragen, moralischen und menschlichen Fragen, zu sagen hat.

Wie wenig haben wir ihn doch verstanden! Selbst sein Ende wurde noch in eine romantische Geschichte gehüllt: Er sei geflohen, habe den Frieden eines Klosters gesucht und dergleichen mehr. Dabei hat er wohl eher, wie ein Löwe oder ein Vogel, einen stillen Platz gesucht, um sein Haupt zu neigen...

Tolstoi ist nicht vor seiner Umgebung geflohen, er hat sich nicht vor Weib und Familie versteckt, er ist höchstens vor sich selbst geflohen. Den Mitteilungen über sein Ableben konnten wir entnehmen, daß man ihn mit seinem Leibarzt Dr. Makowizki im Zug, in einem Waggon dritter Klasse, gesehen habe. In diesem Kurztelogramm liegt das ganze seelische Drama Tolstois vor uns: Um im Sinne seines Lehrers Rousseau Schlichtwerdung zu praktizieren, reist er wie ein einfacher Bauer in einem Waggon dritter Klasse.

Ein Bauer aber hat keinen Leibarzt dabei, ein Bauer stirbt auch nicht umgeben von einem Konsilium, dem Kapazitäten von Welt-rang angehören. Wie lange hat Tolstoi sich gegen die Medizin gesperrt und ihre segensreiche Wirkung erst kurz vor seinem Ende erkannt!

Ich habe Tolstoi 1887 kennengelernt, 1888 besuchte ich ihn wieder, und zum dritten Mal sahen wir uns im April dieses Jahres (1910 - d. Red.). Als wir uns zum ersten Mal begegneten, hatte er gerade seine Leidenschaft für die Schusterei entdeckt. Er hatte sich gerade ein Paar Stiefel genäht, und ich weiß noch, mit welcher unverhohlenen Genugtuung er Frau Koscheljowa auseinandersetzte, daß seine Stiefel ihn nur zwei Rubel kosten, während er einem Schuhmachermeister dafür sieben hätte zahlen müssen. Damals freute er sich genauso über eine hölzerne Wanduhr für dreißig Kopeken. Er befahl, sein gräfliches Anwesen zu einer Bauernkate umzurüsten und ließ eine niedrigere Decke einziehen. In dieser Kate standen allerdings ein bequemes Ledersofa und ein noch bequemerer Ledersessel. In seinem gräflichen Eßzimmer nahm er nur bäuerlich schlichte Kost zu sich, wobei die Körnerbrei in der reinlichen gräflichen Küche unter größter Sorgfalt zubereitet wurden und die Gräfin ihm des öfteren ein Schälchen mit Marmelade dazustellen (Tol-

Der Artikel wurde erstmals nach Tolstois Tod in der tschechischen Zeitung „Cas“ vom 22. November 1910 veröffentlicht.

stoi liebte Süßes), welches er, scheinbar ohne zu bemerken, was er da aß, ebenfalls leerte. Auch seinen Tee nahm er nach Bauernart zu sich, indem er ihn mit einem Stück Zucker zwischen den Zähnen einschlürfte, wobei der Tee selbst von auserlesener Qualität war.

Sein Ideal, die Schlichtwerdung, hat Tolstoi nie erreicht, er hätte es auch nie erreichen können. Nicht weil es ein Wunschtraum war, sondern weil er sich eine unrealisierbare Aufgabe gestellt hatte. Zivilisation und Kultur haben viel Zweifelhafes an sich, deshalb muß man sie noch längst nicht vollständig von sich weisen. Auch Gelehrte, Professoren und Lehrer machen ihre großen Fehler, nur sind die Fehler eben noch keine Wissenschaft. Ich erinnere mich, wie Prof. Metschnikow, damals noch in Odessa, sich aufgebracht dagegen verwahrte, daß Tolstoi die Wissenschaft ablehnte, die seiner Meinung nach, besonders in Rußland, nur Schaden anrichten würde. Er sagte, Tolstoi äußere sich über die Wissenschaft so, wie es in Offizierskreisen üblich sei.

Bei unseren langen und häufigen Gesprächen erörterten Tolstoi und ich alle Fragen des Lebens, alle intimen Fragen und Rätsel der Seele und des Herzens. Gewöhnlich bot ein konkretes Ereignis den Anlaß. Damals suchten Menschen von überallher Tolstoi auf, suchten seinen Rat und versprachen sich Linderung für ihre Seelenpein. Ein anschauliches Beispiel für die von Tolstoi gepredigte Schlichtwerdung war damals für mich der Sohn des Malers Nikolaj Ge, eines engen Freundes von Tolstoi. Der junge Mann hatte die Stadt hinter sich gelassen, sich von seiner gewohnten kulturellen Umgebung verabschiedet und war aufs Land gezogen, wo er in bäuerlicher Schlichtheit leben wollte. Dann war er nach Moskau gewandert, um Tolstoi zu besuchen. Er kam in seiner Bauernkluft daher, war vom weiten Weg ganz abgezehrt, staubig und verlaust. Die Gräfin hatte Acht, daß der junge Bursche schleunigst ins Dampfbad gesteckt und gehörig gesäubert wurde. Wirklich ein prächtiger Bursche: spaziert nach Moskau, um mit Tolstoi zu plaudern, hat seinen Epikтет im Kopf, philosophiert über Pascal und liest gerade Taotse. Dieses Jahr habe ich ihn, während ich zu Tolstoi unterwegs war, wiedergesehen. Er hat sich wieder mit der Kultur versöhnt und gedenkt seiner Verbäuerlichung à la Tolstoi mit ergebener Selbstironie. Tolstoi aber sah damals in der Körperpflege ein Anzeichen und Ergebnis der Sklaverei, denn physische Sauberkeit läßt sich nur unter Mühen erzielen. Also sah er in ihrem Fehlen eine Art von Würde und wollte mir einreden, daß die Bauernschaft verlaust ist, weil sie verlaust sein muß. Um seine Argumentation zu entkräften, hielt ich ihm entgegen, wie recht die Engländer mit ihrer Redewendung „Ein sauberer Mensch bietet einen göttlichen Anblick“ haben. Wir sprachen und stritten ausgiebig darüber, daß man seinen Nächsten und seine Feinde lieben sollte. Einmal sah Tolstoi sich genötigt, aus einem Glas zu trinken, das vor ihm ein Syphilitiker benutzt hatte. Er habe es getan, um ihm nicht weh zu tun. Ich machte ihn jedoch darauf aufmerksam, daß ein Syphiliskranker, der seiner Umwelt gegenüber so rücksichtslos und dem es egal ist, ob er seine Nächsten ansteckt oder nicht, kein Mitleid, sondern eine gehörige Abreibung verdient, und zwar nicht, weil man in ihm einen Feind sieht, sondern im Interesse der anderen. Ich weiß noch, daß Tolstoi meiner Behauptung, daß gar kein so großer Widerspruch zwischen Egoismus und Altruismus bestehe, wie man gemeinhin annimmt, nichts entgegenzusetzen hatte.

Unsere Diskussionen drehten sich immer wieder um das Problem des gewaltlosen Widerstandes. Wir kamen auf junge Kriegsdienstverweigerer zu sprechen. Natürlich sprachen wir auch über den Krieg und seine Greuel. Ich behauptete, daß die Menschlichkeit mir nicht verbietet, mich in Extremfällen mit Waffengewalt zu verteidigen. Nur muß der, der sich verteidigt, rechtzeitig innehalten, um nicht wieder neues Unheil anzurichten. Menschlichkeit und Rache sind unvereinbar. Ich gab zu, es sei nicht gerade leicht, nach dieser Regel zu leben, hielt sie aber für gerechter als Tolstojs gewaltlosen Widerstand. Er sah in meiner Position Kompromißlerum und sagte mir auch, daß ich jemand sei, der sich auf Kompro-

missen einläßt. „Ja, Lew Nikolajewitsch, Kompromiß ist eben nicht gleich Kompromiß. Machen Sie etwa nie Kompromisse?“ „Doch, hin und wieder schon...“

Dieses Jahr bin ich von Moskau über Tula gefahren, um Tolstoi zu besuchen. In Tula mietete ich eine Droschke. Auf dem Feldweg nach Jasnaja Poljana kam mir Tolstoi entgegen. Er hatte mich am Vortag mit einer Kalesche vor dem Bahnhof von Tula erwartet, aber ich hatte mich um einen Tag verspätet. Nach einigen anfänglichen persönlichen Fragen berichtete Tolstoi, als würde er unser vor zweiundzwanzig Jahren unterbrochenes Gespräch wieder aufgreifen, daß er sich zunehmend mit Kant beschäftigt habe und ihn

direkt liebgewonnen hätte. Auch Schopenhauer und seine Ethik würden ihm zusagen. Ich entgegnete ihm, daß auch ich erst ziemlich spät an Kant Gefallen gefunden hätte, daß mir Schopenhauer aber gar nicht liege. Er sei zwar kein Pessimist, aber auf die Welt und die Menschen reagiere er allzu grimmig. Tolstoi wunderte

sich über dieses Urteil, und später kam er noch öfter darauf zu sprechen. Ich vermute, Tolstoi hatte Schopenhauers Philosophie des Willens beeindruckt. Ich erinnere mich an eine Eintragung in meinem Tagebuch von 1888. Damals hatte der französische Professor Pages mich auf die Willenslehre des Maine de Biran aufmerksam gemacht. Tolstoi hatte mich damals nach diesem französischen Metaphysiker ausgefragt. Ich gab alles wieder, was ich davon behalten hatte, und sagte, daß das Wesen seiner Lehre in der Formel „volo, ergo sum“ zum Ausdruck komme. Daraufhin sagte Tolstoi mit einer gewissen Freude, daß er schon als Sechzehnjähriger, um Descartes etwas entgegengesetzt zu können, geschrieben habe: „volo, ergo sum.“ Nach seinem Tod könne man die Eintragung unter seinen Papieren finden.

In diesem Jahr beschäftigte er sich wieder verstärkt mit dem Problem des Selbstmords, besonders bei jungen Leuten in nachrevolutionären Zeiten. Eigentlich war das ein weiter zurückreichendes Problem, das wir schon aus „Anna Karenina“ und „Familienglück“ kennen. Ich versprach, ihm die neueste einschlägige Literatur zu schicken, und er schrieb mir, nachdem er sie erhalten hatte, daß dieses Problem ihn unablässig verfolge. Wenn ich ihn mir heute noch einmal auf der Totenbahre liegend vorstelle, muß ich daran zurückdenken, was für ein kräftiger Kerl er vor zweiundzwanzig Jahren war und wie geradezu durchsichtig er sich mir in diesem Jahr dargeboten hatte. Ich hatte gleich gewußt, daß wir uns zum letzten mal sehen würden.

Die Gräfin Tolstaja tut mir leid. Es ist ungerecht, wenn man ihr vorwirft, sie habe Tolstoi nie verstanden. Stimmt, sie hat ihn nicht verstanden. Ja, es stimmt, sie hat immer versucht, sein Werk für die finanzielle Absicherung seiner großen Familie nutzbar zu machen. Tolstoi hat sie sich aber doch selbst zur Lebensgefährtin erkoren. Bei meinen ersten beiden Besuchen haben wir uns ausgiebig und durchaus vertraulich über dieses Thema unterhalten. Schon 1885 hatte er mit seiner Frau und mit seiner Familie etwas im Sinn, aber damals hatten die Kinder ihn wieder friedlich gestimmt. Schon zu diesem Zeitpunkt (1887 und 1888) hat er mir gegenüber Ansichten geäußert, die wenig später in der „Kreutzer-sonate“ zum Ausdruck kamen. Auch bei meinem letzten Besuch hat er mir alles mögliche über die Gräfin erzählt, wie sie ihr Geschäft betreibt. Ich messe dem keine entscheidende Bedeutung bei und habe das auch früher nicht getan.

Ich habe tiefe Freundschaft für Tolstoi empfunden, habe ihn sogar sehr geliebt, obwohl ich ihm in seinen Ansichten nicht zustimmen konnte. Es ist natürlich leichter, Menschen zu Freunden zu haben, mit denen man völlig übereinstimmt. Mir hat das Leben meine Lehren erteilt, ihm die seinen: Ich habe mich sehr intensiv mit seiner Lebenseinstellung auseinandergesetzt und 1888 den praktischen Versuch unternommen, so zu leben – in Rußland –, wie Tolstoi sich das vorstellte, um zu überprüfen, ob ich meine Ansichten und Erfahrungen in der Praxis ändern würde. Ich habe sie nicht geändert.

Publikation: K. Nikiforowa

„Ich will jetzt hier nicht über meine Mutter herziehen, aber die ist einfach schlimm. Die verdirbt mir noch mein Kind“, hörte ich neulich im Vorortzug, wo jedermann über Politik und Kindererziehung spricht, worüber soll man sich unterwegs sonst unterhalten.

Wie unsere Omas, Schwiegermütter und Frauen unsere Kinder verderben, weiß längst jeder: Sie verwöhnen sie. Die ewige Klage: „Meine Frau ist schuld, die verwöhnt unsern Sohn. Das habe ich ihr immer wieder gesagt!“

Aus allen diesen Klagen spricht, und das ist interessant, die von vielen geteilte Überzeugung: „Ich habe so ein braves Kind, aber irgendeiner verdirbt es mir.“ Oder noch bestimmter, mit Anspielung: „Da ist jemand, der mein Kind verderben will.“ Vor kurzem habe ich einen Redner fragen hören: „Da ist jemand, der unsere Jugend verderben will. Wem nützt denn das?“ Der geübte Rhetoriker legte eine Kunstpause ein, um seinen Zuhörern Zeit zu lassen, sich flugs vorzustellen, wer denn etwas davon habe, unsere prächtige Jugend zu verderben.

Dieser Jemand ist unser neuester Volksfeind. Er ist, glaube ich, überall. Man hört und liest immer wieder: IRGENDJEMAND reißt sich um die Macht, IRGENDJEMAND will unsere Mängel ausnutzen, IRGENDJEMAND will unsere Einheit zerstören. Die reinste Schädlingsarbeit! Jetzt sind wir grade eben erst mit all unseren Feinden fertig geworden, und hier haste den nächsten: IRGENDJEMAND ganz bestimmt.

Kommen wir aber nochmal auf die Erziehung zurück. Ich weiß nicht, was mit der Oma los ist, über die ihre Tochter nicht weiter herziehen will, aber wir sind doch wirklich nicht die einzigen, die an unseren Kindern herumziehen. Wenn wir uns unsere Kinder als großes Feld vorstellen, dann gibt es doch noch sehr viel mehr Leute, die außer uns Eltern auf diesem Feld die Saat des Guten und des Bösen, wertvolle Getreidesorten und Unkraut austreuen. Auf jeden Fall kommt es uns so vor, daß die einen einen guten, andere einen schlechten Einfluß auf unsere Kinder ausüben. Wenn ein Schullehrer einem Schüler eine schlechte Note in Betragen geben will, schreibt er gewöhnlich seine Standardformel: „... übt einen schlechten Einfluß auf seine Mitschüler aus.“ Darin steckt der indirekte Ruf nach Isolation, immerhin schreiben auch die Eltern: „Wir bitten, unsere Kinder von ... fernzuhalten.“

Was soll man da machen? In jeder Schulklasse und in jedem Hof gibt es irgend jemanden, der auf unsere Kinder schlechten Einfluß ausübt, und die Ausdrücke „schlechte Gesellschaft“ oder „schädlicher Umgang“ sind auch nicht erst heute entstanden. Die Mütter der Welt schimpfen auf ihre Kinder: „Andrej! Wie oft soll ich dir



„Verdorbene Kinder“?

noch sagen, daß du dich nicht mit Sergej rumtreiben sollst. Das ist kein Umgang für dich. Der kommt aus einer Asozialenfamilie!“ Sergejs Mutter wiederum schilt ihren Sohn, weil der mit Andrej befreundet ist, und der ihn natürlich übel beeinflusst, weil seine Eltern asozial sind.

„Was hätten Sie denn gemacht?“ fragt mich eine Mutter, nachdem sie die Freunde ihrer 16jährigen Tochter herauskomplimentiert, oder um es genauer zu sagen, die Treppe runtergeschmissen hat. „Sie haben gut reden“, empört sich die Mutter weiter, „wenn Sie schreiben, daß wir Geduld haben und die Freunde unserer Kinder anständig behandeln sollen. Aber Sie hätten mal sehen müssen, wie die sich hier aufgeführt haben und wie unsere Wohnung jetzt aussieht!“

Wo sie recht hat, hat sie recht. Es ist viel leichter, über die Erziehung von vielen Kindern zu schreiben als ein einziges Kind richtig zu erziehen, und ich kann verstehen, daß eine Mutter aus der Haut fährt, wenn ihr Sohn mit einem Schulkameraden befreundet ist, der frank und frei verkündet:

„Ich hab noch nie Hausaufgaben gemacht und werde auch keine machen. Ich hasse die Schule!“

Dann ist jede Geduld erschöpft, und die bedauernswerte Mutter setzt ihrem Sohn das Messer auf die Brust:

„Daß ich deinen Kumpel hier nicht nochmal sehe, hast du verstanden? Ich verbiete dir, den zum Freund zu haben, ist das klar?“

Ich kann der Mutter nichts vorwerfen und ihr auseinandersetzen, daß sie nicht recht hat. Ich weiß nicht einmal, ob sie recht hat oder nicht, denn keiner von uns kann voraussehen, was aus einer Schulfreundschaft wird, und keiner kann fremden Einfluß richtig ermessen. Der Einfluß kann so vielfältig sein, außer daß er gut oder schlecht ist, kann er auch noch arm sein oder reich, und wenn man schon von Einfluß spricht, dann sind immer zwei Herzen im Spiel. Wer weiß eigentlich, was da geschieht, wenn zwei Kinderherzen sich berühren?

Wir wollen hier nur festhalten, daß, egal wie wir immer versuchen, unsere Kinder zu behüten, sie doch eines Tages üble Schimpfwörter, böse Geschichten zu hören und grobe Menschen, Ehrlosigkeit und Ungerechtigkeit zu sehen bekommen werden. Dagegen ist keiner gefeit. Der kritische Punkt bei jeder Erziehung ist die Berührung eines Kindes oder Halbwüchsigen mit der schnöden Welt, die, wie wir glauben, die Früchte unserer Erziehungsmühen zunichte macht. Wir reagieren sauer und suchen jemanden, an dem wir unseren Ärger abreagieren können: Die Freunde unserer Kinder, die Schule, Fernsehen, Kino, Rockmusik und so weiter.

Nehmen wir also einmal an, die Welt ist durch und durch schlecht und übt einen schlimmen Einfluß auf unsere Kinder aus. Finden wir uns auch damit ab, daß Sie und ich die Welt nicht von heute auf morgen verändern und unsere Kinder nicht vor ihren Einflüssen in Sicherheit bringen können. Was ist dann?

Dann haben wir folgende drei Möglichkeiten.

Erstens. Wir können unseren Kindern andauernd vor Augen führen, wie abscheulich diese Welt ist, wie schlecht und schamlos die Menschen sind, wie viele Lügner, Faulenzer und Diebe es unter ihnen gibt, wie schlecht unsere Gesetze sind und wieviel Gesetzlosigkeit um uns herrscht. In diesem Fall glauben wir doch, daß unsere Kinder alles wissen, daß keiner sie reinlegen kann und daß sie nie erfahren werden, was Enttäuschung ist.

Zweitens. Wir können versuchen, das Kind abzuschirmen, nichts Schlechtes über andere zu erzählen und ihm vorzumachen: In dieser besten aller Welten ist alles so schön und so gut wie im Heimatfilm.

Drittens. Wir verzichten darauf, die Welt in schwarzen Farben oder rosarot zu malen, verlassen uns überhaupt weniger auf Worte und Erklärungen, sondern kümmern uns mehr um die häusliche Umgebung, in der unser Kind lebt. Es wird nämlich seine Welt nicht nach einer Familien- und Schulwelt unterscheiden. Alles Gute, was ein Kind zu Hause sieht, ist das Gute dieser Welt. Versuchen wir, unsere häusliche Welt gut und anständig zu machen, damit Güte und Ehrlichkeit in ihr herrschen und unser Kind, wenn es aufwächst, etwas hat, was es späteren schlimmen Einflüssen entgegenhalten kann. Dann wird jeder Einfluß es bereichern. Das ist so. Ich habe das oft gesehen.

Wenn nun aber das Zuhause gestört ist? Wenn Mutter, Schwiegermutter oder Frau unseren Sohn übel beeinflussen? Ich möchte jetzt nicht über sie herziehen, aber für diesen Fall gibt es nur ein einziges Gegengift: nicht der Kampf gegen die Verwandtschaft, sondern der eigene gute Einfluß.

Simon Solowejschik

Volksvertreter wider Erwarten

Vor kurzem schien es noch völlig unmöglich, daß diese Leute ins Parlament der Russischen Föderation gewählt würden



Michail Astafjew, ein 43jähriger Wissenschaftler aus dem Institut für physikalische Chemie der AdW, ist einer der wenigen Deputierten Rußlands, die weder von Massenorganisationen noch von Arbeitskollektiven, sondern von den Einwohnern ihres Wohnbezirks nominiert wurden. Michail Astafjew ist erst seit etwa einem Jahr politisch tätig. Er gehörte der Initiativgruppe von Wissenschaftlern an, die 1989 eine Wiederholung der Wahlen in der Akademie der Wissenschaften der UdSSR erzwungen hat, wonach Akademienmitglied Sacharow als Volksdeputierter der UdSSR nominiert und gewählt wurde. Danach hat sich die Unterstützungsgruppe „Dialog“ der Moskauer Volksfront angeschlossen, und Astafjew wurde stellvertretender Vorsitzender der Front. Er ist der Ansicht, daß sich alle demokratischen Kräfte vereinigen müssen.

„Ich war schon immer für ein Mehrparteiensystem. Ich bin aus ideologischen Motiven kein Mitglied der KPdSU geworden, obwohl ich in der Armee als Offizier gedient habe, wo man mir die Mitgliedschaft anbot. Praktisch sind alle Offiziere Mitglieder der Kommunistischen Partei.“

Bei der Gründungskonferenz des Blocks „Demo-

kratisches Rußland“, die im Januar in Moskau stattfand, kamen Vertreter aus Jaroslawl, Gorki, Tscheljabinsk, Leningrad und anderen Städten zusammen. Von den verschiedenen vorgeschlagenen Namensvarianten wurde die von Michail Astafjew gewählt. Seine Thesen bildeten ebenfalls die Grundlage der Wahlplattform „Demokratisches Rußland“. Der Wahlkampf hat gezeigt, daß Michail recht hatte. Sein Kontrahent war Stanislaw Kunjajew, Dichter und Chefredakteur der Zeitschrift „Nasch Sowremennik“ („Unser Zeitgenosse“), einer der Führer des „national-patriotischen Blocks“. Michail Astafjew meint, daß die Nationalpatrioten bestimmte Gefühle ansprechen und dabei nur ein einziges Thema ausbeuten (Beraubung und Beeinträchtigung Rußlands), wobei andere völlig zu kurz kommen. Seiner Meinung nach wächst das Selbstbewußtsein Rußlands, man darf es jedoch keinesfalls den Nationalpatrioten überlassen. Der Block „Demokratisches Rußland“ hat den Ausweg aus der Krise gezeigt: demokratische Veränderungen in der Gesellschaft und in der Wirtschaft, Souveränität und Wiedergeburt Rußlands. Seinen Sieg bei den Wahlen bringt Michail mit seiner Zugehörigkeit zum demokratischen Block in Verbindung.

Nach seinen glänzenden Verteidigungsreden für Dissidenten durfte der Rechtsanwalt **Boris Solotuchin** 20 Jahre lang nicht mehr seinen Beruf ausüben. Nun wurde sein Mut und seine Anständigkeit mit dem Vertrauen der Wähler belohnt.



Er verteidigte seinerzeit Ginsburg, Galanskowa, Dobrowolski und Laschkowa im Januar 1968. Seine Rede vor Gericht wurde von der französischen Zeitung „Le Nouvel Observateur“ abgedruckt und in westlichen Rundfunksendern verlesen. Die Behörden verlangten von Solotuchin, sich öffentlich von seinen Worten zu distanzieren. Als er das ablehnte, folgten Parteiausschluß und Berufsverbot. 1972 nahm man ihn wieder in die KPdSU auf, um ihn 1977 wiederum auszuschließen, diesmal wegen eines Manuskripts über Korruption und Schattendwirtschaft.

1988 wurde er erneut in die KPdSU und in das Kollegium der Rechtsanwälte aufgenommen.

Boris Solotuchin ist Mitglied der Helsinki-Gruppe der Rechtsschützer. Er beteiligt sich aktiv an der Arbeit des Menschenrechtskomitees im Rahmen des Internationalen Fonds für das Überleben und die Entwicklung der Menschheit, dem er sich seinerzeit auf Einladung von Andrej Sacharow angeschlossen hat.

Boris Solotuchin ist Autor des Projektes für die Rehabilitierung Andersdenkender, mit dem er sich an den sowjetisch-amerikanischen Fonds „Kulturinitia-

tive“ wandte. Dieses Projekt wurde vom Gründer des Fonds D. Soros unterstützt. Die Finanzierung des Projektes wurde jedoch nicht realisiert.

„Wer das Geld hat, der hat auch die Macht“, sagt Solotuchin. „Von der Übergabe der Macht von der Exekutiven an die Legislative wird abhängen, ob die Sowjets tatsächlich über ihre Budgets verfügen, ob sie darüber entscheiden können, wieviel Geld für die Verteidigung, die Sicherheit und den Unterhalt des Apparates ausgegeben werden soll. Das gegenwärtige Paradoxe besteht darin, daß der Haushalt des Obersten Sowjets Teil des Haushalts des Ministerrates ist. Es existiert eine gewisse Konfrontation zwischen Speakern und Deputierten. Die Vorsitzenden haben sich, wie mir scheint, noch nicht von ihrem Unfehlbarkeitsanspruch gelöst. Sie alle sind Kinder des Parteiapparates und setzen im Obersten Sowjet recht erfolgreich alle Beschlüsse durch, die in engstem Kreis gefaßt wurden. Ich hoffe, daß alles bald seinen normalen Gang gehen wird. Nach dem Einzug von Vertretern verschiedener Parteien und Blocks ins Parlament wird es bald nach demokratischen Prinzipien zu funktionieren beginnen.“

„Ich hoffe sehr, daß die Führer unseres Landes irgendwann einmal uns Geschäftsleuten, Unternehmern und Wirtschaftspraktikern Gehör schenken“, sagte **Artjom Tarassow**, der erste Sowjetbürger, der öffentlich erklärte, Millionär zu sein – bei einem Interview vor etwa einem Jahr. Ein Mitarbeiter seiner Genossenschaft hatte ver-



sucht, von drei Millionen Rubeln Parteibeitrag zu bezahlen, allerdings erfolglos. Tarassow und die von ihm geleitete Genossenschaft wurden des Betruges und Diebstahls bezichtigt. Eine Welle von Kontrollen brach über sie herein. Aber selbst die Kommission der Kontroll- und Revisionsverwaltung des Finanzministeriums der UdSSR, die die Genossenschaft von oben bis unten unter die Lupe nahm, konnte keine einzige Übertretung feststellen. Die kommerziellen Verluste, die der Genossenschaft aus dieser Präventivaktion erwachsen, belaufen sich auf 50 Millionen Rubel.

So wurde Tarassow berühmt. Dabei hätte er logischerweise diese Bekanntheit eher durch sein Talent als Geschäftsmann und seine Gabe des neuen ökonomischen Denkens verdient. Tarassow ist 40, also in einem Alter mit reichlich Lebenserfahrung und noch nicht versiegender Energie. Der gelernte Technikspezialist absolvierte seinerzeit eine Hochschule für Bergbau. Dann aber spürte er seine Berufung zur Wirtschaftsleitung und besuchte einen Hochschulkursus beim Staatlichen Plankomitee der UdSSR. Er promovierte und arbeitete in Industriebetrieben und wissen-

schaftlichen Einrichtungen. Von den 30 Erfindungen, die er gemacht hat, fand lediglich eine in der Praxis Anwendung.

1987 gründete Tarassow die Genossenschaft „Technika“, in der sich initiativreiche und erfinderische Leute zusammenfanden. Auf viele wirkte die Möglichkeit anziehend, das eigene kreative Potential zu nutzen. Sie können nicht nur Geld verdienen, was an sich schon recht lobenswert ist, sondern dürfen auch danach, die Wirtschaft wieder auf die Beine zu bringen. Das Spektrum der geschäftlichen Aktivitäten von „Technika“ ist beachtlich und reicht von der Verarbeitung von Holzabfällen bis hin zur Beteiligung an kosmischen und kernkraft-energetischen Projekten. Zu den Kunden der Genossenschaft gehören 140 Betriebe und Organisationen.

Im vorigen Jahr nominierte das Komsomol-Komitee der Stadt Obninsk Tarassow als Kandidaten für den Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR. Er tritt für die Vergabe des Bodens an die Bauern ohne Pachtgebühren, die Verpachtung kleiner und mittlerer Betriebe an Arbeiter und Genossenschaften, die Gewährung maximaler Freiheit für das Unternehmertum und natürlich für die Einführung der Marktwirtschaft ein. Bei seinen ersten Wahlen gehörte er zu den Verlierern, die zweiten konnte er gewinnen. Und das mit demselben Programm.

Nun ist er Volksdeputierter der RSFSR, kein Bittsteller, sondern Gesetzgeber. Seine Hoffnung, daß die Führer des Landes ihm Gehör schenken, scheint in Erfüllung gegangen zu sein.

Viktor Mironow, der Chefredakteur des Bulletins „Chronika“ (Organ des Unions-Wahlverbandes), wurde gleichzeitig in das Parlament Rußlands und in den Moskauer Stadtsowjet gewählt. Obwohl „Chronika“ erst seit einem Jahr



existiert und nur entfernte Ähnlichkeit mit einer Zeitung hat, stimmten 63 % der Wähler für die Position Mironows. Damit gewann er gegen Ernst Safonow, den Chefredakteur der Zeitung „Literaturnaja Rossija“, des Organs des Schriftstellerverbandes der RSFSR.

Viktor Mironow ist 41 Jahre alt. Seit 1980 arbeitete er als Untersuchungsführer bei der Moskauer Transport-Staatsanwaltschaft, später im Komitee der Volkskontrolle im Kalininski-Stadtbezirk von Moskau. Dort wurde er 1988 entlassen, weil er, wie er sagte, bei einer Parteiversammlung die Namen von Mitgliedern des Parteibüros des Rayonkomitees genannt hatte, die ihr Amt zu persönlichen Zwecken mißbrauchten. Dann folgte sein Ausschuß aus der KPdSU.

„Die Idee, eine Wochenzeitung herauszugeben, kam uns nach einem Treffen zwischen dem Kandidaten Boris Jelzyn und Wählern. Der Apparat versuchte alles, um ihn darin zu hindern. So entstand über Nacht die Zeitung „Chronik des Kampfes eines Kandidaten gegen den Apparat“. Heute existiert die Zeitung auf der Basis von Spenden von Arbeitskollektiven, Organisationen und Privatpersonen. Sie hat viele freie Korrespondenten. Die Informationen stammen aus dem Obersten Sowjet, von TASS, dem KGB usw. Überall gibt es ehrbare Leute. Wir haben mehr als 5500 Abonnenten in 200 Städten des Landes. Unser wichtigstes Ziel besteht in wahrheitsgetreuer Infor-

mation. Wir bieten unseren Lesern Analysen politischer Prozesse, die im Land ablaufen, und versuchen, die Leute anzuregen, sich zu Bewegungen und Verbänden zusammenzuschließen.

Man glaubt uns!“

Der bescheidene Lehrer und Autor von Beiträgen für unsere Zeitschrift, der 43jährige **Wladimir Kusnezow**, erwarb die Sympathien der Wähler, die eine große Auswahl hatten. Seine Kontrahenten vertraten verschiedene Programme, von „Pamjat“ bis liberaldemokratisch... Kusnezow schlug sie alle, selbst Wladimir Lakschin, Twardowskis Kampfgefährten von „Nowy Mir“.



„Mein Programm war das am meisten bevorzugte. Die Leute stimmten weniger für meine Person, als vielmehr für radikale Veränderungen in der Gesellschaft, radikal aber ohne Blutvergießen. Das Wichtigste an meinem Programm ist die Veränderung des politischen Systems, die Beseitigung des Machtmonopols einer Partei. Ich trete für die Veränderung unserer gesamten Gesetzgebung ein, für ihre völlige Übereinstimmung mit internationalen Normen. Ich bin für Privateigentum.“ So erklärte Kusnezow seinen Sieg.

Es spielte sicher eine Rolle, daß er selbst auf dem Territorium seines Wahlbezirks wohnt und arbeitet. Er war nach seiner Tätigkeit in der Akademie der pädagogischen Wissenschaft-

ten an die Schule gekommen. Kusnezow schrieb einige scharfe Artikel für die „Utschitel'skaja“ Gaseta („Lehrerzeitung“). Er schrieb, daß die Schulordnung aus der Zarenzeit demokratischer gewesen sei als die heute gültige. Die Theoretiker der modernen Pädagogik stützen sich seiner Meinung nach nicht auf die Ideen von Karl-Marx, sondern auf die von Ignatius von Loyola, dem Gründer des Jesuitenordens. Deshalb wurde er gezwungen, die Akademie zu verlassen.

Wladimir Kusnezow ist KPdSU-Mitglied, was jedoch beim Wahlkampf, wie er selbst sagte, keine Stütze war. Er will aber auch nicht aus der Partei austreten. „Ich beabsichtige keineswegs, mit den Apparatschiks die Verantwortung für die Diskreditierung des Marxismus zu teilen.“

Der Wahlkampf ist für Kusnezow noch nicht vorbei: Nach der Stimmauszählung legte ein Kontrahent Beschwerde ein. Die Vorwürfe sind nicht neu: antisowjetische Ansichten, Beleidigung der KPdSU und des Politbüros. Ein Referent des Rayon-Staatsanwalts, der mit der Klärung des Falls beauftragt wurde, sagte jedoch, der Paragraph 70 sei inzwischen außer Kraft gesetzt worden.

„Mich bewegen in erster Linie Fragen von Glasnost, Redefreiheit und natürlich der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands“, sagte **Anatoli Beljajew**, Chefredakteur des bislang nur wenigen bekannten Bulletins des Sowjetischen Friedenskomitees „Das 20. Jahrhundert und der Frieden“.

Seine Nominierung für das Parlament Rußlands kam für Beljajew völlig unerwartet. Er nahm das aber gemessen hin, auch seinen Sieg über sechs weitere Mandatsanwärter.

Die Beziehungen der Zeitschrift zum Herausgeber und zu höheren Instanzen gestalten sich längst nicht immer so einfach. Vielen ist die staatsbürgerliche Position, die das Bul-



letin, das von nur acht Mitarbeitern gestaltet wird, bezieht, ein Dorn im Auge. Eine wichtige Etappe, die das Gesicht des „20. Jahrhunderts“ prägte, war Beljajew zufolge die Veröffentlichung des Rundgesprächs „Barrikaden der Perestroika“ vor drei Jahren. Dieser Beitrag fiel durch seine publizistische Tiefe und die Schärfe der gestellten Fragen auf. Gerade in jener Zeit bildete sich in vieler Hinsicht das Autorenkollektiv heraus, dem Leute wie Gefter, Pawlowski, Saraskina, Nujkin, Pomeranz und Juri Afanassjew angehören. Davor galten einige von ihnen als Dissidenten und konnten nur im Samisdat publizieren. In der offiziellen Presse erschienen ihre Namen erstmals im „20. Jahrhundert“.

„Ich mag kluge und feinfühligere Autoren, die unklarschlüssig denken. Und Leserbriefe. Darin findet sich eine Unmenge interessanter Gedanken und Vorschläge. Und es werden immer mehr. Es ist eine reine Freude, mit ihnen zu arbeiten“, sagte Beljajew.

Der gelernte Ökonom arbeitete bei der „Ekonomitscheskaja Gaseta“, „Prawda“ und „Probleme des Friedens und des Sozialismus“. Seinen gegenwärtigen Posten hat er schon seit neun Jahren inne. In der jüngsten Zeit ist die Auflage der Zeitschrift auf mehr als das Siebenfache gestiegen und beläuft sich jetzt auf über 200 000 Exemplare. Das ist der beste Beweis dafür, was die Leser von einer Zeitung halten.

Konkretes über Abstraktes

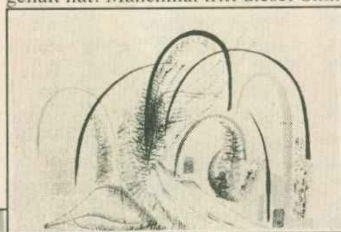
Ausstellung einer italienischen Malerin in den Sälen des Sowjetischen Kulturfonds unter der Schirmherrschaft des Fürsten von Monaco

Für einen alten Moskauer, der mit den Traditionen der realistischen Kunst groß wurde, ist abstrakte Malerei entweder langweilig oder unverständlich (was eigentlich dasselbe ist). Mit großem Interesse und gewissen Befürchtungen betrachtete ich die Ausstellung der italienischen Malerin Rosanna Forino. An die eigenen Abstraktionisten haben wir uns dank den Ausstellungen auf der Malaja-Grusinskaja-Straße schon gewöhnt. Da ich in der Nähe wohne, habe ich häufig Ausstellungen der Nonkonformisten besucht, die das „Non-“ ganz besonders hervorhoben... Manchmal interessierte mich etwas, meist belustigte mich jedoch das desorganisierte Linien- und Farbgewirr, dem die Autoren noch dazu erfundene und unverständliche Namen wie „Pangenomische Konstanten“, „Figureationen“, „Invention“ usw. gaben.

Die vom Sowjetischen Kulturfonds organisierte Ausstellung der ausländischen Künstlerin, die in Räumen des Kulturfonds gezeigt wird, unterstreicht nicht nur den hohen Professionalismus der Meisterin, sondern auch ihre ernsthafte Beziehung zu jener Malweise, die bei uns bis vor kurzem als verrufen galt. Davon sprach bei der Eröffnung der Ausstellung auch Akademiemitglied Dmitri Lichatschow, der Vorstandsvorsitzende des Sowjetischen Kulturfonds.

In der Kunst jedoch haben Worte wenig Bedeutung, auch wenn sie aus berufenem Munde stammen. Der Betrachter bleibt mit den Bildern allein, und nur sie sind in der Lage, jenes eigenartige und bis heute nicht erklärbare Gefühl auszulösen, das der Kontakt mit der Kunst vermittelt. Mit diesem Gefühl ging ich durch die Ausstellungsräume und betrachtete die Bilder von Rosanna Forino. Vor einigen hielt ich mich länger auf. Über die Abstraktionisten witzelt man völlig zu unrecht, sie würden deshalb so malen, weil sie nicht zeichnen können. Auf Rosanna Forino trifft das nicht zu. In der Ausstellung sind auch realistische Bilder zu sehen, in erster Linie Porträts, unwahrscheinlich ausdrucksstarke, ein we-

nig romantische Gesichter. Die meisten ihrer Werke entsprechen jedoch jener Richtung, die man mit „abstrakte Kunst“ bezeichnet. Aber wie abstrakt ist sie bei Rosanna Forino? Betrachtet man die verschlungenen Linien und die unerwarteten Farbspiele genauer, wird einem plötzlich bewußt, daß jede dieser „Abstraktionen“ einen Sinngehalt hat. Manchmal tritt dieser Sinn sogar



Eröffnung der Ausstellung in Moskau. Komposition von Rosanna Forino

deutlich in Erscheinung, wie z. B. in den Bildern „Mirage“ oder „Elemente des Lebens“. Manchmal jedoch ist dieser Sinn von einem Geheimnis umhüllt, der seelischen Verwirrung des Künstlers, die unerwartete Sicht einer Landschaft, wie in den Bildern „Lagune“ oder „Meine Wiese“...

Natürlich, viele Kenner der abstrakten Malerei sind mit dem Begriff „Schön!“ völlig zufrieden. Und man sollte ein solches Urteil über ein Kunstwerk nicht geringschätzen. Letztlich ist die Schönheit das wichtigste Element der Kunst, weswegen es auch ganz natürlich ist, einfach vor einem Gemälde zu stehen und sich an der Kühnheit der Linien und der wilden Frische der Farben zu

erfreuen. Es ist schön! Damit ist alles gesagt. Und die Bilder von Rosanna Forino bieten den Kennern solcher Schönheit einen großen Genuß. Dennoch sind ihre Bilder nicht ausschließlich dekorativ. Sie enthalten Freude, Trauer, Nachdenklichkeit, manchmal auch Verzweiflung. Man begreift mit der Zeit, daß die Künstlerin in ihren Bildern die Bewegungen in ihrer eigenen Seele wiedergibt, ihr Nachdenken über die Rätsel des Seins, all das, was einen Künstler erst zum Künstler macht. Vielleicht sollte man auch gar nicht versuchen, jenes Gefühl aufzuklären zu wollen, das die Künstlerin auf so eigenartige Weise mitzuteilen versucht. Die abstrakte Malerei hat viele Gemeinsamkeiten mit der Musik, besonders mit der „neuen“, der Gegenwartsmusik. Diese Klänge bewegen einen, obwohl sie den inzwischen klassisch gewordenen so unähnlich sind. Aber wie schwer, manchmal sogar unmöglich, ist es, zu erklären, was mit dem Komponisten geschehen ist, womit er seinen Hörer beeindruckt hat. „Ich verstehe das nicht!“ war noch nie eine adäquate Antwort auf etwas Neues, Ungewöhnliches, Fremdes. Im Streit mit jenen, die die Kunst Picassos, Chagalls und Falks ablehnten, sagte Ilja Erenburg, es sei unanständig, sich mit seinem Unverstand, seiner Unwissenheit auch noch zu brüsten. Wenn du es nicht verstehst, dann versuche es. Gelingt das nicht, dann störe wenigstens die anderen nicht und behandle nicht diejenigen, die das Unbegreifliche zu begreifen versuchen, mit Geringschätzung. Verachte nicht die Künstler, deren Kunst nur langsam, manchmal auch quälend, ihren Weg zu den Menschen findet. Da wir gerade von der Musik sprechen, sei der Komponist Alfred Schnittke erwähnt, der erst nach Jahren des Vernachlässigens, Verschweigens und Verlachens Anerkennung fand.

Oft ist in der abstrakten Malerei das Streben des Künstlers zu spüren, den Betrachter erschauern oder zornig werden zu lassen. Das Schaffen von Rosanna Forino ist frei von derartigen Ansprüchen. Es ist ruhig, romantisch und zutiefst lyrisch. Ihre Bilder reizen nicht, sondern beruhigen, selbst die gewagtesten Farbkombinationen. Ich denke, das liegt daran, weil sie alle harmonisch sind.

Wahrscheinlich werden viele Berufsmaler, Kunstkritiker und informelle Künstler bei der Ausstellung von Rosanna Forino Material für ihre schöpferischen Eindrücke, Gedanken und Analysen finden. Für uns einfache Betrachter ist diese Bilderschau ein seltenes und hervorragendes Geschenk. Dafür möchten wir den Organisatoren und der Künstlerin herzlich danken.

Lew Rasgon

Das erste Festival

Die Amerikanisch-Sowjetische Filminitiative zeigte in Moskau ein überraschendes Programm

In ihrer Grußadresse an die Gäste und Teilnehmer des Festivals hoben Deborah Kaufman und Janis Plotkin, die treibenden Kräfte der Organisation mit Sitz in San Francisco, hervor: „Für uns ist das ein historisches Ereignis: Erstmals seit 50 Jahren findet in der Sowjetunion eine Großveranstaltung statt, die der jüdischen Kultur gewidmet ist.“

Es gab etwa 30 Filme der verschiedensten Stile und Gattungen, von Dokumentarchronik bis zu avantgardistischer Tragifarse; auch die Filmautoren sind in Temperament, Charakter, ästhetischen und menschlichen Sympathien sehr unterschiedlich. Ziel des Festivals war, den sowjetischen Zuschauer mit dem ganzen Spektrum der heutigen Probleme des Judentums in verschiedenen Ländern und Regionen bekannt zu machen. Den Grundstock des Programms bildeten amerikanische Filme, gezeigt wurden jedoch auch Streifen aus Europa (Frankreich, Österreich, BRD), Lateinamerika und Israel. Die UdSSR steuerte das Filmmusical „Der Fuhrmann und der König“ nach Motiven von Werken Isaak Babels bei.

Die Retrospektive trug keinen historischen Charakter (die Filme stammen aus den letzten fünf Jahren), aber die geschichtliche Atmosphäre prägte die meisten Werke. Josh Waletzky brachte zwei Streifen mit: „Image Before My Eyes“ und „Partisans of Vilna“. Der eine ließ den Alltag der polnischen Juden aus der Vorkriegszeit wiederauferstehen, der andere berichtete über ihre Teilnahme an der Widerstandsbewegung im zweiten Weltkrieg.

Jeremy Paul Kagans Film „The Chosen“ nach einem bekannten Roman von Chaim Potok behandelt mit einem schmerzlichen feinen Gefühl für den Bruch mit der Tradition das Schicksal von zwei Halbwüchsigern, die alles verbindet – bis auf die Einstellung ihrer Eltern zu den orthodoxen Glaubens Traditionen. Wie der Regisseur sagte, betrifft sein Film „nicht nur Juden, sondern allgemein menschliche Ideen und Konflikte, er analysiert die Möglichkeit, Brücken auch über die tiefsten ideologischen Abgründe zu schlagen. In letzter Instanz ist das ein Film über die Fähigkeit, mit einem menschlichen Wesen mitzufühlen.“ Meiner Meinung nach ist das nicht nur deklariert: Das Werk selbst und seine Wirkung auf das Publikum bestätigen die Worte des Regisseurs. Das tut auch der Telefonanruf einer Russin bei der Amerika-

nisch-Sowjetischen Filminitiative mit der Bitte, „The Chosen“ unbedingt für den sowjetischen Vertrieb zu kaufen: Alle mußten die dramatischen inneren Konflikte einer Nation, die von vielen nur allzu gern als feindseliger Monolith dargestellt wird, kennenlernen und gefühlsmäßig erfassen.

Auf einer Pressekonferenz wurde den Veranstaltern eine paradoxe Frage gestellt: Glaubten sie nicht, daß die Vorfüh-

ben. Besonders konfliktgeladen waren Filme aus Israel, d. h. aus dem Land, wo die Nation, wie man meinen sollte, die Möglichkeit hat, zu der langersehnten Einheit zu gelangen. Uri Barbashs Film „Beyond the Walls“, in dem Juden und Araber unter den harten Bedingungen eines Gefängnisses zusammenkommen, was ihre Solidarität überraschend fördert, wie auch Daniel Wachsmans „Hamsin“ und Itzak Yeshurans „Noa at 17“ veranschaulichen, jeder auf seine Art, neue Konflikte, die entstehen, während noch die ehemaligen Widersprüche gelöst werden müssen. Denn die Selbstverwirklichung einer Nation ist kein Endsieg, sondern vielmehr ein ununterbrochenes Vorankommen in Gemeinsamkeit mit anderen.

Viele traditionellen Sponsoren jüdischer Veranstaltungen in den USA weigerten sich, das Festival in Moskau zu finanzieren: Die Juden würden sowieso aus der UdSSR ausreisen. Schon die Idee, die nationale Kultur jenen vorzuführen, die beschließen werden, dazubleiben und ihr Leben gemeinsam mit den anderen Nationalitäten aufzubauen, schien diesen Kreisen lästerlich. Der anderen Seite schien die Idee eines Festivals jüdischer Filme in Rußland, das ohnehin an so vielen Problemen laboriert, nicht weniger lästerlich. Mir fällt da ein Ausspruch aus dem Film „Angry Harvest“ ein: „Wie konnten wir uns in der Situation, in der wir sind, wegen des Glaubens raufen?“ Das sagt die Heldin des Films zu ihrem Geliebten und Retter in einem Augenblick, da er sie vor Faschisten versteckt, aber beinahe bereit ist, sie wegen Widersprüche im Neuen und Alten Testament zu schlagen. Es gibt in der Tat Kleinigkeiten, die in einer dramatischen Situation vergessen werden sollten, weil sowohl unser Land als auch die gesamte Menschheit heute vor gemeinsamen Aufgaben stehen, die die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Völkern erfordern, eine Zusammenarbeit, die ihre nationale und kulturelle Eigenständigkeit nicht zerstört, sondern auf großem Einfühlungsvermögen gegenüber der Spezifik jeder Kultur und auf großer Achtung vor den Traditionen jedes Volkes beruht. Das Festival jüdischer Filme in der Sowjetunion war meiner Meinung nach ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Dr. habil.
(Kunstwissenschaftler)
Kyrill Raslogow



rung eines Films, dessen Hauptfigur ein Jude und Kommunist sei („Poor Butterfly“ von Raul de la Torre), schaden könne, daß der Film die heute populäre These bestätige, gerade Juden hätten die Oktoberrevolution zum größten Unglück der Völker eines Sechstels der Erde eingefädelt und Rußland vom richtigen Weg abgebracht?

In seiner Antwort bemerkte Alan Snitow, Präsident des Direktorenrats des Jewish Film Festival, San Francisco, nicht ohne Grund, daß Juden zu verschiedenen Parteien, ideologischen und politischen Gruppen und Richtungen gehörten und gehören; Filme des Programms seien eben dafür bestimmt, diese Vielfalt widerzuspiegeln und zu analysieren.

Im Mittelpunkt des ganzen Panoramas steht das dramatische Schicksal einer über die ganze Welt verstreuten Nation, die bestrebt ist, sich ihre kulturelle Eigenständigkeit zu bewahren und auch unter den dramatischsten Bedingungen zu überle-

Den Igors, was den Igors gebührt



Igor Smirnow:
Sieger beim
Comedy-Festival
in Melbourne

Igor Smirnow ist Zeichner, Igor Schejin Gestalter. Der Schüler Smirnows, des damaligen NZ-Gestalters, überflügelte vor drei Jahren seinen

Vorgesetzten derart, daß dieser sich entschloß, ihm seinen Posten anzuvertrauen. Nun ist der Name Igor Schejins in jeder Ausgabe der NZ zu finden, der Name Smirnows dagegen nur dann, wenn sein „Chef“ Schejin eine Karikatur billigt, von denen Smirnow regelmäßig Dutzende in der Redaktion vorlegt. Die übrigen erscheinen in „Moscow News“, „Der Spiegel“, „New York Times“ und „Paris-Match“, wo man nicht einmal ahnt, daß sie nur dank der scharfen Auswahlkriterien der NZ etwas abbekommen.

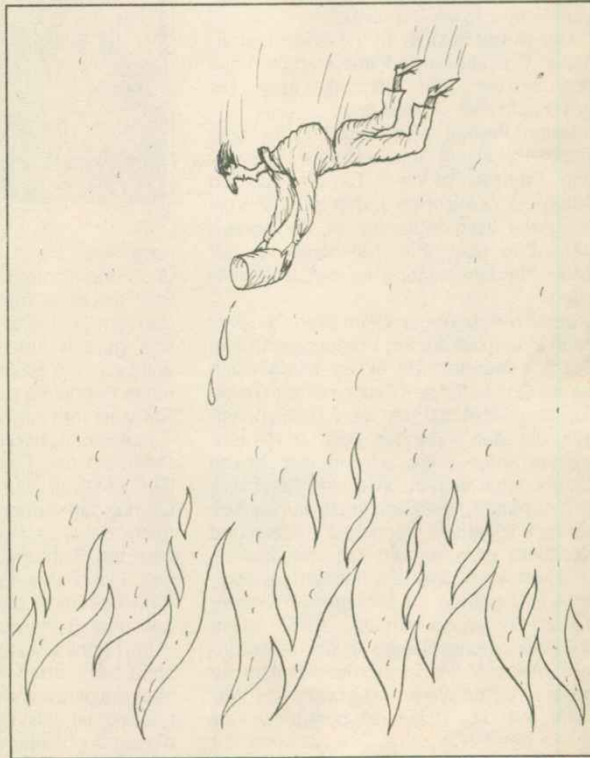
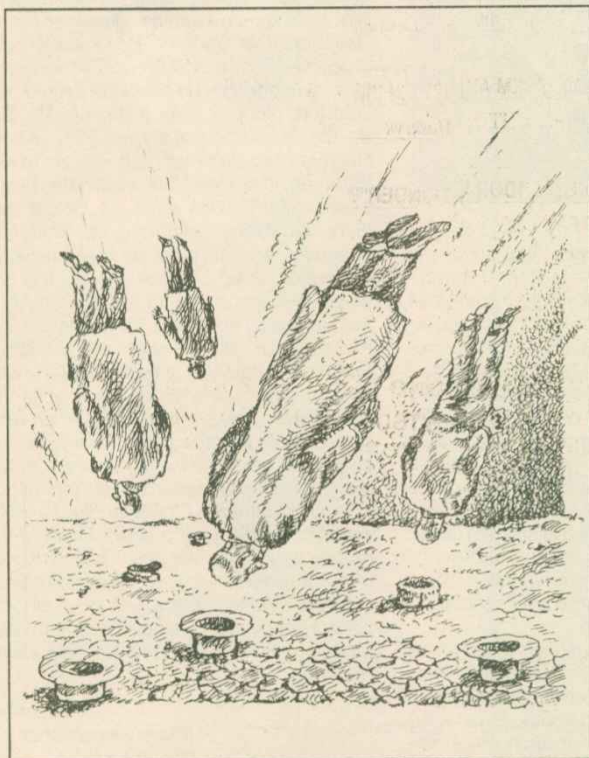
Igor und Igor ist also zweierlei. Nun sind sie auch noch Antipoden. Igor Schejin gewann seinen Preis bei einem Karikaturistenwettbewerb auf der nördlichen, Igor Smirnow dagegen auf der südlichen Erdhalbkugel. Der eine holt sich seine Auszeichnung in Italien ab, der andere muß dazu nach Australien fliegen.

Die Mitarbeiter der NZ sind hochofrefreut. Nicht jede Zeitschrift kann darauf stolz sein, daß zwei ihrer Künstler gleichzeitig international erfolgreich sind.

Igor und Igor, wir wünschen euch...



Igor Schejin:
1. Preis beim 22.
Internationalen Wettbewerb
für Humorzeichnungen
in Marostica



Die Unions-Außenhandelsvereinigung
„TECHNOPROMIMPORT“, die auf 60 Jahre
Weltmarkterfahrungen zurückblicken kann, übernimmt die
Einfuhr von kompletten und einzelnen Anlagen für die Leicht-
und die Druckindustrie, für die elektrotechnische, die
elektronische und die funktechnische Branche sowie von
technischen Anlagen für die Ausrüstung von Betrieben des
Kantinen- und Gaststättenwesens, von Kopier- und
Vervielfältigungstechnik, von Anlagen für die Ausrüstung
kleiner Druckereien sowie von Fax-Geräten

„TECHNOPROMIMPORT“

ist ferner bereit, bei der Modernisierung bestehender
Betriebe in der UdSSR in Zusammenarbeit mit aus-
ländischen Firmen und Betrieben zu helfen.

*Die Zusammenarbeit mit „TECHNOPROMIMPORT“
garantiert Ihnen Erfolg.*

„TECHNOPROMIMPORT“, 113 324 Moskau
Owtschinnikowskaja nab. 18/1
Telefone: 220 12 18, 220 18 31
Telex: 411233



14159 15 100 000 00
JANSETSCHEK, R
8800 5031 9864 SLBN 27/C 12

Besuchen Sie die UdSSR!

**DIE SOWJETUNION –
EIN LAND
FÜR ERHOLUNG
UND TOURISMUS**



Unsere Gäste lernen die malerische russische Natur, Monumente des Altertums und Kunstdenkmäler, Leben und Kultur des Sowjetvolkes heute kennen.

Ausführliche Informationen über Flüge in die UdSSR bei den Aeroflot-Vertretungen in Ihrem Land bzw. in der Internationalen Zentralagentur von Aeroflot:

125212 Moskau
Leningrader Chaussee 29.
Telefon: 245 00 02
Telex: 411922

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines